

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzeln Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragene in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1899 unter Nr. 7820.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltenen Koloniel-
 stelle oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen, sowie
 Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate für die
 nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“.

Redaktion: C. 19, Beuth-Strasse 2.

Sonnabend, den 8. April 1899.

Expedition: C. 19, Beuth-Strasse 3.

Wähler im zweiten Wahlkreise!

Am nächsten Dienstag findet im zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreise eine Nachwahl statt. Sorge jeder Wähler dafür, daß diesmal gleich im ersten Wahlgang der Socialdemokrat

Richard Fischer

gewählt werde. Hätte Fischer bei der Hauptwahl im vorigen Jahre nur wenige hundert Stimmen mehr erhalten, so wäre er schon im ersten Wahlgange gewählt und eine Stichwahl nicht nötig gewesen.

Dieses Ziel muß diesmal erreicht werden! Fischer muß im ersten Wahlgang gewählt werden, denn die Socialdemokratie ist im zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreise stärker, als die anderen Parteien zusammengenommen.

Aber dazu ist nötig, daß kein Mann an der Wahlurne fehlt. Nur dadurch, daß es säumige Wähler gab, ist der Kreis das vorige Mal verloren gegangen.

Die Ehre jedes Socialdemokraten, jedes Arbeiters gebietet es, daß am 11. April Richard Fischer als gewählt aus der Wahlurne hervorgeht.

Sorge jeder Genosse dafür, daß kein im zweiten Wahlkreise Wahlberechtigter am 11. April der Urne fernbleibt!

Der Socialdemokrat muß siegen!

Die Manchestertruppe.

So treten der als freisinnige Volkspartei auf dem Aussterbeetat stehende Liberalismus seinen früher betonten politischen Grundsätzen geworden ist, so beharrlich hängt er an seinen wirtschaftlichen Prinzipien. Die von der wirtschaftlichen Erkenntnis längst überwundene Manchestertheorie hat heute noch ihre Gläubigen, ja ihre fanatischen Anhänger in den Reihen der freisinnigen Volkspartei. Man hätte aber dem von Eugen Richter geführten Fähnchen der deutschen Liberalen bitterlich unrecht, wollte man ihnen Mangel an Verständnis der wirtschaftlichen Verhältnisse annehmen; nein nicht aus Unwissenheit, sondern als bewusste rücksichtslose Vertreter der Unternehmerinteressen halten sie an der für und vom Großkapitalismus ausgebildeten Manchesterlehre kampfhaft fest. Wo sie den Ausschlag geben so in den Verwaltungen großer Gemeinden, haben sie fast stets das Gemeininteresse hinter das Interesse großer Unternehmercorporationen zurücktreten lassen; aber auch wo sie wenig Einfluß hatten, wie im Reichstage und in den Landtagen, haben sie jede Aenderung der wirtschaftlichen Gesetzgebung, die irgendwie nicht dem Vorteile des privaten Industriebetriebes entsprach, nach Kräften einzunengen gesucht, vor allem machen sie gegen jede Ausdehnung des Arbeiterschutzes Stimmung.

Kein Väter-Innungsmeister, kein agrarischer „Reiter des Handwerks“ konnte schoffer über die doch sicherlich ungenügende Bundesrats-Verordnung zum Schutze der Väterei-Arbeiter urteilen, wie das Hauptorgan der freisinnigen Volkspartei, die von Eugen Richter selbst redigierte „Freisinnige Zeitung“. Es war ein treffendes Wort des Genossen Singer und zugleich die denkbar schärfste Kritik der Arbeiterfeindschaft der freisinnigen Volkspartei, als er sagte: „In socialpolitischer Hinsicht traue ich schließlich dem Bundesrat noch mehr zu, als der freisinnigen Partei.“ Trägt doch an dem unbefriedigenden Zustande unserer Arbeiterschutzes-Gesetzgebung die freisinnige Partei ihr vollgerichtetes Maß von Schuld. Der Name des freisinnigen Abgeordneten Guttlein erweckt die Erinnerung an die Verschlechterungs-Kommission, welche mit einem besseren Sache würdigen Eifer thätig war, um das Arbeiterschutzes-Gesetz vom Jahre 1891 den Unternehmern schmähhaft zu machen.

Und auch später hat sich die Haltung der Freisinnigen nicht geändert, sie haben niemals eine socialpolitische Maßregel befürwortet, sich fast jeder widersetzt, und selbst wenn alle Parteien bis zur äußersten Rechten etwas für dringend nötig im Interesse der Arbeiter gehalten haben, wie beim Schutze der Konfektionsarbeiter, da haben die sonst so rebedlustigen Freisinnigen geschwiegen. Sogar bei den Nationalliberalen kann man noch eher auf Spuren socialpolitischer Verständnisses stoßen, als bei den Anhängern der freisinnigen Volkspartei.

Wenn man die freisinnigen Volksfreunde an ihre socialpolitischen Sünden erinnert, dann berufen sie sich auf ihre „Verdienste“ um das Koalitionsrecht. Mit diesen ist es aber wahrlich nicht weit her, waren doch zu der Zeit, als die Koalitionsfreiheit in Preußen gewährt wurde, alle Parteien, die Konservativen und die Regierung mit eingeschlossen, für die Aufhebung der die Koalition der Arbeiter beschränkenden Bestimmungen. Wie wenig glücklich die angeblich freisinnige Leistung aber war, beweist ja schon die Thatsache, daß der Auslegungsumfang der Gerichte und Polizeibehörden kein Niegel vorgeschoben wurde, daß damals nicht eine klare, jede gezielte Interpretation ausschließende Zertigung durchgeführt wurde. Verfolgt man die Haltung der freisinnigen Presse, freisinniger Stadt- und Polizeiverwaltungen der Arbeitereinstellungen gegenüber, so erscheint die Sympathie dieser Partei für die Koalitionsfreiheit als eine rein

theoretische. Bei jeder Lohnbewegung, die das allgemeine Interesse in Anspruch nimmt, stehen die Organe der freisinnigen Volkspartei für die Interessen des Unternehmertums ein, ihnen ist dann keine Verleumdung und Verdächtigung der Arbeiter zu läppisch, niemals erscheint ihnen eine Forderung der Arbeiter berechtigt. Als anlässlich des letzten Konfektionsarbeiter-Streiks das Elend der von raffinierten Schwigmeistern ausgebeuteten Arbeiter und Arbeiterinnen auch der Bourgeoisie enthielt wurde, als bis in die konservativen Parteien hinein Sympathien für die Streikenden erweckt wurden, als ein wirklicher preussischer Minister von der Tribüne des Reichstages herab den Streik für berechtigt erklärte und die nationalliberale Partei die sofortige Erledigung eines Schutzgesetzes zu Gunsten dieser so schwer ausgebeuteten Heimarbeiter forderte, da war die freisinnige Partei und Presse die einzige, die sich von den Sympathien für die Konfektionsarbeiter ausschloß. An den Profitten der Herren am Hausvoigtelplatz läßt sie eben nicht rütteln. Die Heiligkeit des Profits nicht antasten zu lassen, das ist die wahre Socialpolitik der freisinnigen Volkspartei. Dies sah man auch zur Zeit des Berliner Bierboikotts; die letzte Spur von ruhiger Ueberlegung war damals der freisinnigen Presse, vor allem dem Organe Eugen Richters abhanden gekommen; in fast keiner Nummer seines Blattes fehlte es an offenen und versteckten Denunziationen gegen die Berliner Arbeiterschaft.

Am besten läßt sich die Socialpolitik des Freisinnstudieren in den freisinnig verwalteten Gemeinden. Berlin steht trotz seiner reichen Mittel, trotz der Verpflichtungen, die der größten Stadt des Reiches sich von selbst ergeben müßten, weit hinter anderen deutschen Gemeinwesen zurück. Für die modernen socialpolitischen Aufgaben der Gemeinden fehlt der Berliner Stadtverwaltung fast jedes Verständnis; wären nicht Socialdemokraten in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung, so würde der kapitalistische Mangel jede Rücksicht für die ärmeren Volksklassen, vor allem für die Arbeiter in den Wind schlagen. Aber auch so liegt, dank der auf Grund des plutokratischen Wahlsystems gesicherten freisinnigen Mehrheit gar vieles im Argen. Die Anregungen, durch Bestimmungen über das Submissionswesen den elementarsten Anforderungen der Bauarbeiter zu entsprechen, wurden ignoriert. Als die Arbeitslosigkeit in Berlin zur schweren calamität geworden war, leugneten die freisinnigen Herren schlankeweg die Existenz jedes Notstands. Während andere deutsche Städte — von den großen socialen Leistungen französischer, englischer und amerikanischer Städte ganz zu schweigen — hervorragendes geleistet haben in der Fürsorge für die städtischen Arbeiter, in der Organisation städtischer Betriebe und städtischer Arbeitsnachweise, in der Reform des Armentwesens, ist Berlin weit zurückgeblieben, weil für die Entschuldigungen der freisinnigen „Stadtväter“ die Instinkte der kapitalistischen Ausbeutung den Ausschlag geben.

So ablehnend sich die Freisinnigen gegen jede Forderung der Berliner Arbeiter gestellt haben, so entgegenkommend zeigten sie sich stets den Wünschen des großen Unternehmertums gegenüber; ihm haben sie gegen lächerlich kleine Entschuldigungen die Ausbeutung des städtischen Verkehrswesens, der elektrischen Beleuchtung usw. überlassen.

Es giebt kaum eine bürgerliche Partei im Deutschen Reich, die in socialpolitischer Hinsicht sich so rückständig erwiesen, so wenig belehrbar gezeigt hat, wie gerade die freisinnige Volkspartei. Wer für die socialpolitischen Bedürfnisse unserer Zeit kein Verständnis hat, wenn der gute Wille fehlt zu bessern, wer für die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft in alle Ewigkeit ist, wer die Macht des

Kapitalismus noch mehr zu verstärken sucht, der soll nicht Vertreter des deutschen Volkes werden.

Am 11. April haben die Arbeiter des zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreises die Entscheidung in der Hand, ob sie den mit schiefen Mitteln eroberten Kreis der socialpolitisch rückständigen freisinnigen Volkspartei überlassen wollen oder ob sie ihn im ersten Ansturm der Socialdemokratie zurückerobern wollen!

Die Kreittling! Die Genosse Fischer!
 Mag auch Herr Kreittling persönlich das Beste denken und wollen, er wird noch viel weniger als die Kaufmann, Harmening, Wollrath und Genossen in der freisinnigen Volkspartei erreichen, er wird nie etwas im Interesse der Arbeiter sagen oder gar thun dürfen; in der freisinnigen Volkspartei herrscht unumschränkt der strenge Hohepriester des unverfälschten Manchesterturns. Niemand darf es da wagen, nicht zu parieren! Selbst wenn Herr Kreittling der beste Kandidat wäre, darf er die Stimme keines Arbeiters, keines Befürworters socialpolitischer Forderungen erhalten, denn er unterwirft sich der Despotie Eugen Richters und da wird jeder gute socialpolitische Wille, ja jede selbständige Regung unterdrückt. Das muß jedermann in der kurzen Spanne Zeit, die bis zur Wahl noch bleibt, klar gemacht werden: Jede Stimme für Kreittling ist ein Votum für das rückständigste Manchesterturn!

Die Kreittling! Die Richard Fischer!
 Herr Kreittling hat sich nicht bewährt, er kann sich auch nicht bewähren als Vertreter einer socialpolitisch aufgeregten Arbeiterschaft; es fehlt ihm, selbst wenn er wollte, was wir nicht glauben, in der freisinnigen Volkspartei auch nur die geringste Möglichkeit, sich zu bethätigen.

Richard Fischer hat sich dagegen seit Jahrzehnten als Vertreter der Interessen der Arbeiter bewährt, er hat in seiner Stellung als Abgeordneter oft und wirkungsvoll die socialpolitischen Interessen der Arbeiter verfolgt, er war der gefürchtete Kritiker der socialpolitischen Rückwärtskonzentrierung der Posadowsky und Genossen, er hat in energischer und durchschlagender Weise das Urteil gesprochen über den Buchhändlerkurs auf dem Stuttgarter Parteitag.

Deshalb kann die Parole im zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreise nur sein:

Richard Fischer muß gewählt werden!

Politische Ueberblick.

Berlin, den 7. April.

Ein deutscher Friedensgesandter.

Die deutsche Regierung hat zum Gaager Abrüstungskongress den Münchener Rechtsprofessor Karl Frhr. v. Stengel entsandt. Diese Wahl muß auf den Jaren wie eine Provokation wirken. Denn Herr v. Stengel gehört zu den neumodischen Blutgelehrten, die in den Negeln, die zwischen zwei Menschen vorfallen, zwar Ausflüsse viehischer Rohheit sehen, sofern sie aber Zehntausende von Menschen zerstören, eine lobesame Neuerung der Volkskraft bezubeln. Der Freiherr v. Stengel steckt tief in der Weltanschauung des Interoffiziers und des Reserveleutnants, die alle in der Kulturtradition der Menschheits-Entwicklung Gereiften als die Blüte des Säbelzeitalters der Schneidigkeit würdigen.

Herr v. Stengel hat unlängst in einer Broschüre seine Ansichten über die Friedensfrage in der bekannten zwischen Moltke, Darwin und Hermann dem Charakter lernenden Weise dargestellt:

Nicht die geistigen Errungenschaften entscheiden schließlich über das Schicksal eines Volkes, sondern das, was es im Kriege zu leisten vermag. Es handelt sich ja im Kriege nicht allein um die physische Kraft, sondern es kommen dabei auch eine Menge von geistigen und ethischen Faktoren in Betracht, die für die Wertung eines Volkes maßgebend sind.

Für die physische Kraft, wie für die geistigen und ethischen Faktoren unseres Schlachtendekens wirkt offenbar das Kleinlatrige förderlich. Das Lazarett ist ihm das Paradies, und die Höhe der Kultur erkennt er an dem Verbrauch von Pulver und Blei. Selbst nur, daß man diesen Idealzustand des Rassenmordes nicht in Permanenz erklärt. Gewiß, jeden Patrioten, Germanen und Rechtsstreiter muß es tief erhitzen, daß wir nun schon fast 30 Jahre unter den Graueln des Friedens verderben und verkrüppeln. Der einzig wahrhaft nationale Philosoph ist die Hyäne des Schlachtfeldes, die in verpestetem Leichengeruch gewaltig wandelt und die Wunder der göttlichen Weltordnung tiefbringend studiert.

Herr v. Stengel findet alle Friedensbestrebungen zwecklos, ja kindisch. — Wir citieren nach der „Post“ — weil das angestrebte Ziel niemals erreicht werden könne. Der Freiherr v. Stengel wird also vermutlich im Haag angefaßt des kindischen Friedensmanifestes vor dem versammelten Europa die Entmündigung seines Urhebers verlangen . . .

Das Paradies der Arbeitswilligen.

In der wissenschaftlichen Beilage der sonst stummstümmen Geistes nicht allzu fern stehenden „Münchener Allg. Ztg.“ erörtert Professor V. Brentano mit besonderer Beziehung zu dem geistigen „Schutz der Arbeitswilligen“ die Verhältnisse in der Berliner Konfektionsindustrie. Seine Darlegungen sind eine vernünftige Kritik des neuesten Kurses unserer Socialpolitik. Wir wollen daher den von Brentano mit unmissverständlicher Zustimmung „Ein klassisches Gebiet der Arbeitswilligen“ überschriebenen Artikel aus dem Verstand der wissenschaftlichen Beilage des genannten Blattes herausziehen.

Gestützt auf die Untersuchungen des Hrn. G. Dyhrenfurth über die Lage hausindustrieller Arbeiterinnen in der Berliner Wälder-, Unterrod-, Schürzen- und Trikotfabrikation schildert Brentano die fürchterlich traurige Lage dieser Arbeiterinnen, die sich mit Löhnen von 7 Pf. bis 15 Pf. pro Stunde bei angestrengtester Arbeit begnügen müssen, und die, soweit sie darauf angewiesen sind, vom Ertrage dieser Arbeit nicht nur allein zu leben, sondern oft noch Kinder erhalten sollen, entweder dem Hunger oder der Schande anheimzufallen. Ihre Wohnungen sind elende Löhler, in denen sie wie die Heringe zusammengepfercht sind; alle Einrichtungen des täglichen Lebens sind in dem einzigen Raume vorzunehmen.

Die Heimarbeiterinnen sind überwiegend verheiratete Frauen im Alter zwischen 25 und 35 Jahren, in dem die Zahl der erwerbsfähigen Kinder am größten ist. Ramentlich sind es die Frauen von Männern, die unter periodischer Arbeitslosigkeit leiden. Dann lebt die ganze Familie von dem läuglichen Verdienst der Frau, ja der Mann mit seinen unbescheidenen Fingern wird dann selbst Lehrling in den verschiedenen Künsten, welche die Herstellung der Konfektionswaare erheischt. Außerdem aber zeigt sich der wasserpeffartige Charakter der Hausindustrie, wie immer, so auch hier darin, daß sie, wo sie existiert, gar nicht mehr auszuhalten ist. Je schlechter die Einnahmen werden, desto weniger Zeit hat man, sich nach einer lohnenderen Beschäftigung umzusehen; daher es so selten ist, daß jemand, der einmal im Gewerbe drin ist, denselben wieder verläßt. Je niedriger die Lohnsätze sinken, desto früher werden die eigenen Kinder zur Mitarbeit herangezogen. Je nötiger eine Verschärfung des Angebots wäre, desto mehr nimmt es fortwährend zu; denn die weitgehende Arbeitssteigerung macht nur eine Lehrzeit von zwei bis vier Wochen nötig, die Leichtigkeit in der Beschaffung der Maschine veranlaßt unzählige ehemalige Dienstmädchen, nach ihrer Heirat als Heimarbeiterinnen einen Zuzug zu den Hausindustriellen zu vernehmen, und dazu kommen noch die Frauen und Töchter von kleinen Beamten und Bürgern, welche Arbeiten übernehmen, nur um sich die Möglichkeit gelegentlichen Theaterbesuchs oder anderer Extravergnügen zu verschaffen. Allein es giebt auch zahlreiche Mädchen, bei denen der Lohn, den sie verdienen, nicht bloß ein Zubehör ist, sondern die kein anderes ehrbares Einkommen haben.

„Die Konfektionsindustrie erscheint also als ein wahrhaft klassisches Gebiet der Arbeitswilligen. Von allen Seiten drängen sie sich heran, bereit, Arbeit unter fast jeder Bedingung zu nehmen. Hier stört keinerlei Koalition das Recht des einzelnen, die übrigen zu unterbieten . . . Unternehmer, die es für nötig halten, die von ihnen Beschäftigten vor Vergewaltigung durch Streikende zu schützen, finden hier nichts zu thun.“

Und die Folgen dieser unbegrenzten und unbehinderten „Arbeitswilligkeit“ sind eben jene allerjämmerlichsten Lebensverhältnisse, die durch den Streik im Jahre 1896 in der weitesten Öffentlichkeit bekannt geworden sind. Hat sich doch selbst die Regierung damals veranlaßt gesehen, ihre Sympathie mit den Streikenden zum Ausdruck zu bringen und nach den folgenden Untersuchungen der Kommission für Arbeiterstatistik hat sie sich ja sogar jetzt dazu aufgerafft, in dem bereits bekannten Entwurfe zur Abänderung der Gewerbeordnung Vorschläge zum Schutze dieser Arbeiter zu machen. Vorschläge, die allerdings sehr wenig besser werden, denn der Ausdang der Arbeitswilligen wird dadurch nicht gebindert und er verschuldet vor allem die schweblichen Zustände.

Angefaßt solcher Zustände ist es jedermann klar, daß etwas ganz anderes zum Schutze der Arbeiter notwendig wäre als wie die Bekämpfung der Koalitionen durch den famosen Schutz der Arbeitswilligen, daß es vielmehr notwendig wäre, die Koalitionen und die Koalitionsfreiheit mit größeren Garantien zu umgeben.

Die „Arbeitswilligkeit“ unter allen Umständen ist eine Kulturverderbnis, unter der nicht nur die Arbeiter, sondern schließlich die gesamte Gesellschaft leidet. Wenn wir eine Regierung hätten, die nur eine Spur von socialpolitischer Einsicht hätte, so würde sie es als ihre vorzüglichste Aufgabe erachten, die für die Erhaltung eines menschenwürdigen Daseins strebenden Organisationen mit allen Mitteln zu stärken. Statt dessen will sie die arbeitenden Massen einigen Großkapitalisten zur schrankenlosen Herrschaft ausliefern. Lupo Brentano hat an einem Musterbeispiel die verheerenden Wirkungen der „Arbeitswilligkeit“ aufgezeigt. Diese „Tugend“ der Einsichtslosigkeit, des Feinds und der Verwahrlosung zu schützen, heißt die Socialreform überhaupt preisgeben. Freilich unterm heutigen Kurse gelten die in wissenschaftlichen Organen auftauchenden Ansichten nicht: Die „Männer der Praxis“ von der Masse Stummus haben ja ein viel reiferes Urteil als „Stuhengelehrte“ von der Art Lupo Brentanos, obzwar der ein heftiger Gegner der Socialdemokratie ist.

Der Regierungsschutz der Bauarbeiter.

Die „Nordb. Allg. Ztg.“ hat den Auftrag erhalten, die Reichsregierung in Schutz zu nehmen gegen den Vorwurf, daß sie der Frage des Bauarbeiterschutzes nicht genügende Beachtung schenke. Sie teilt zu dem Zwecke ein von Herrn v. Posadowsky am 24. Januar im Reichstage erwähltes Rundschreiben deselben vom 30. Juni 1898 an die Bundesregierungen auszugswise mit, das sich mit der Frage des Bauarbeiterschutzes beschäftigt.

Dieses Rundschreiben kann die Thatsache nicht aus der Welt schaffen, daß die Forderungen der Bauarbeiter nach einem ernsthaften Schutze vor den Gefahren des Berufs noch so gut wie vollständig unerfüllt sind. Was der Herr Staatssekretär in dem Rundschreiben als zum Schutze der Bauarbeiter erforderlich bezeichnet, ist nach den Darlegungen auf dem Bauarbeiterschutz-Kongresse zunächst schon sachlich ungenügend. Davon abgesehen, wird eben in den Bundesstaaten, denen die Reichsregierung diese Aufgabe zuweist, auch den Ansprüchen des Rundschreibens noch nicht einmal Geringe geleistet und deshalb verlangen die Bauarbeiter das Eingreifen des Reiches. Schließlich giebt selbst das Rundschreiben zu, daß die besten Vorschriften nichts nützen, wenn sie nicht beachtet werden und daß dazu eine wirksame und sachverständige Kontrolle nötig sei. Deshalb verlangen ja die Bauarbeiter die Einrichtung einer besonderen Bauinspektion, während Herr v. Posadowsky die Polizei in Anspruch nehmen will.

Zum Schluß kommt auch das Rundschreiben auf den Gedanken, daß zur wirksamen Kontrolle auch die Heranziehung der Arbeiter selbst nötig ist; aber hier ist gerade die alleranfechtbarste Seite des Rundschreibens und die stärkste Differenz zwischen ihm und den berechtigten Forderungen der Arbeiter. Die „Nordb. Allg. Ztg.“ sagt darüber:

„Freilich wird man zu diesem Zwecke nicht eine gesonderte Organisation, ihre Spitze gegen die Unternehmer lehrende Arbeitervertretung schaffen können, durch welche die Gegenstände, wie sie sich in Folge der socialdemokratischen Agitation im Baugewerbe mit besonderer Schärfe herausgebildet haben, zum Schaden der Sache nur noch gesteigert werden würden. Wohl aber ist die Erwägung angeregt worden, ob nicht bei einzelnen, insbesondere größeren Bauten die Unternehmer zu verpflichten wären, ihrerseits der Polizeibehörde einzelne Arbeiter zu bezeichnen, welche die Aufgabe haben würden, auf die Beachtung der Schutzvorschriften bei den Bauten mitzuwirken und, wenn der Vetter oder die sonst den Bau leitende Stelle ihren Vorstellungen wegen Beachtung solcher Vorschriften nicht gerecht wird, bei der Polizeibehörde Anzeige zu machen.“

Eine solche Beteiligung der Arbeiter an der Baukontrolle wäre natürlich eine ebenso wertlose Dekoration wie die famosen Arbeiterausschüsse, die auch hinausfliegen, sobald sie versuchen, die Interessen ihrer Kollegen wenn auch nur in der schärfsten Weise zur Geltung zu bringen. Es ist demnach durchaus richtig, daß die Forderungen der Bauarbeiter bei der Regierung nicht diejenige Verlässlichkeit finden, die ihnen zukommt.

Deutsches Reich.

Der Reichstag wird nach dem Ablauf der Osterferien sich vor ein noch recht beträchtliches Arbeitspensum gestellt sehen. Von den größeren Entwürfen sind zwar der Invalidenversicherungsentwurf und die Bauvorsorge in der ersten Lesung erledigt, haben auch schon in den Kommissionen teilweise oder ganz die Vorberatung gefunden, dagegen stehen die ersten Lesungen für so wichtige und umfangreiche Entwürfe, wie das Postgesetz, das Fleischschau-Gesetz, die Novelle zur Gewerbe-Ordnung und den Entwurf über die Benutzung der öffentlichen Wege durch die Telegraphenverwaltung noch aus. Die aus dem Reichsjustizamt kommenden Entwürfe, wie die Novelle zum Strafgesetzbuch, die die Fideikommiss betreffende Novelle zur Civil- und Strafprozess-Ordnung, der Entwurf über die gemeinsamen Rechte der Besitzer von Schuldverschreibungen, sowie der Hypothekensanktionsentwurf haben alle nur die ersten Lesungen passiert. Auch auf sie wird der Reichstag im Plenum noch manden Sitzungsperiode verwenden müssen, nachdem sie aus den Kommissionen, Beratungen herausgelassen sein werden. Dazu kommt, daß noch einige Vorlagen dem Reichstage nach den Osterferien zugehen werden, so der Nachtragsetz, die Vorlage wegen der Handelsbeziehungen zu England und die „Justizhaus-Vorlage“. Weniger wichtige Entwürfe sind in der Aufzählung nicht angeführt. Aber schon aus der Reihe der mitgeteilten Entwürfe geht hervor, daß der Reichstag in den etwa fünf Wochen, die ihm zur Beratung zwischen Ostern und Pfingsten verbleiben, das Pensum kaum wird erledigen können.

Kranztragen mit roter Schleife kein grober Unfug. Die Stadarbeiter Schallenberg und Kahl hatten sich gestern vor dem Schöffengericht wegen groben Unfugs zu verantworten. Es wurde ihnen zur Last gelegt, am 2. Januar cr. in der vordersten Reihe des vor einem Leichenzuge gehenden Trauergleits ist einen großen Kranz mit einer großen, blutroten Schleife demonstrativweise getragen zu haben, wodurch bei den Passanten und Anwohnern großes Aufsehen und ausgeprochenes Unbehagen erzeugt worden sei. Die als Zeugen vernommenen Schulgenossen behaupteten, daß ihnen das Einschreiten in Fällen, wie den vorliegenden, von ihrer vorgesetzten Behörde aufgetragen sei. Auf die Frage, ob jemand davon Bermanen genommen habe, verneinten die Beamten nur zu sagen, daß erst, nachdem sie die Angeklagten aufgefodert hätten, sich in dem Befolge zu verteilen, und die Angeklagten dieser Anforderung nicht nachgelassen seien, von einigen Zeugen unmutige Bemerkungen über das Verhalten der Angeklagten gefallen seien. Der Staatsanwalt beantragte gegen jeden der Angeklagten eine Geldstrafe von je 9 M. Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Heinemann beantragte die Freisprechung und die Aufhebung auch der Kosten der Verteidigung an die Staatskasse. Dieser Antrag rechtfertigte sich damit, daß selbst wenn alles, was in der Anklage gesagt sei, wahr wäre, die Angeklagten demonstrativ und wirklich die Passanten daran Anstoß genommen hätten, noch lange kein grober Unfug vorliege. Dazu gehöre, daß die Demonstration sich unmittelbar gegen den Bestand der öffentlichen Ordnung richte. Das Reichsgericht, welches dieses Moment längerer Zeit unzutreffenderweise nicht ausreichend berücksichtigt hat, stellte sich jetzt endlich auch auf diesen Standpunkt. In längeren juristischen Ausführungen ging der Verteidiger jedes einzelne Merkmal des groben Unfugs durch und verwarf die nachzuweisen, daß vorliegend nicht eines davon gegeben sei. Der vorliegende Fall habe eine prinzipielle Bedeutung weit über den vorliegenden Fall hinaus. Es handle sich darum, zu verhindern, daß die Auslegung des groben Unfugs-Paragrafen nicht dieselbe Ausdehnung annehme, wie in Sachfen. Der Reichsgericht schloß sich diesen Ausführungen an, legte auch die Kosten der Verteidigung der Staatskasse zur Last. Die Anweisung an die Beamten könne zu Recht bestehend nicht angesehen werden und sei es unter diesen Umständen den Angeklagten nicht zu verargen, wenn sie sich eines juristischen Weistandes bedienten.

Im Punkte socialer Einsicht könnte sich die deutsche Regierung ein Beispiel an der belgischen nehmen. Das belgische Ministerium für Industrie und Arbeit hat sich in einem Schreiben an das Arbeitersekretariat in Brüssel gewandt und um regelmäßige Zusendung seiner Drucksachen im Austausch gegen die von dem genannten Ministerium herausgegebene „Revue du Travail“ gebeten. Deutsche Regierungen haben keine Zeit, wenn sie von Arbeitern geladen werden, an ihren Kongressen teilzunehmen; deutsche Regie-

rungen finden sich nicht bemüht, mit Arbeiterinstituten im Verkehr zu treten.

Dafür sind wir auch das Land der Socialreform.

„Eine jüdische Kellame“. Nach einer Pariser Meldung aus Monaco hat der Kaiser Wilhelm dem Fürsten Albert von Monaco bei dessen neulichem Besuch in Berlin die Erwerbung dieses Besuchs in Aussicht gestellt. Diese Gelegenheit sollte dazu benutzt werden, ein Lieferschwand-Museum feierlichst einzuweihen, welches mit Kaiser Wilhelms Einwilligung dessen Namen tragen soll. Der Besuch sollte ursprünglich im Anschluß an die italienische Reise erfolgen, da diese jedoch unterbleibt, wäre er angeblich bis zum Herbst vertagt.

Die „Staatsbürger-Zeitung“ bemerkt dazu: „Wir halten das Ganze für eine echt jüdische Kellame zu Gunsten jenes Raubnestes, mit der man jener Hölle des Spielstüdes den Stempel der Hoffähigkeit aufdrücken möchte. Die Fürstin von Monaco ist ja übrigens eine Jüdin.“

Eine Verhinderung der Großindustriellen, die den bekannten Antrag Hehl bekämpft hatten, weil sie meinen, derselbe sei geeignet, den Socialdemokraten Wasser aus die Mühle zu liefern, unternimmt jetzt Herr Hehl selbst in der „Wormser Zeitung“. Der Antrag sei ein Fortschritt auf dem Wege socialpolitischer Gesetzgebung und stelle einen Schritt der zur Pflege des Friedens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern. Dahin rechnet der Verfasser vor allen Dingen, daß die Arbeiter aus der Arbeiterkammer heraus ihre Vertreter wählen. Gegenwärtig kommen in Fällen von Meinungsverschiedenheiten bei den notwendig werdenden Verhandlungen als Vertreter der Arbeiterkammer Leute zum Vorschein, die mit den Arbeitern der wahren Gesinnung nach nichts zu thun haben, vom Gewerbe meistens nichts verstehen und nur darauf denken, für die Socialdemokratie etwas herauszuschlagen. Die geplante Organisation dagegen werde den socialdemokratischen Agitatoren keine Ruhepoften gewähren; sie werde sogar den Socialdemokraten sehr unangenehm sein. Die Socialdemokratie habe immer da völlig versagt, wo praktische Fragen zu regeln waren. Uebrigens tritt Herr v. Hehl dann doch selbst dafür ein, daß, sofern die Arbeiter in der Wahl ihrer Vertreter zu den Gewerbe-gerichten dauernd lieber politische Spieler, anstatt den tüchtigen Ernst des Lebens treiben, die auf die Förderung des Friedens und des wirtschaftlichen Fortschritts der Arbeiter berechnete Organisation wieder aufgeschaltet wird. Der Antragsteller hofft jedoch, daß der Arbeiter, wenn er sieht, daß er, wenn er statt tüchtiger Vertreter der Arbeiter Agitatoren wählt, sich nur selbst ins Fleisch schneidet, in ein anderes Fahrwasser einlenkt. Was Herrn v. Hehl aber besonders für den Antrag stimmt, ist die Gewissheit, daß es dann mit der stillen Mäßigkeit zu Ende sei, da das, was an Wänschen und Beschwerden bei den Arbeitern vorhanden ist, an das Tageslicht und offen vor die Unternehmer gebracht werden müsse.

Die Großindustriellen sind nun also bestens informiert, daß Herr Hehl, was übrigens selbstverständlich und von uns sofort festgestellt wurde, mit seinem Antrag sich nur von dem Gesichtspunkte hat leiten lassen, den Einfluß der Socialdemokratie zu schwächen. Die Agitatoren, d. h. die unabhängigen Arbeitervertreter, sollen aus den Gewerbegerichten und sonstigen zu gunsten der Arbeiterschaft errichteten Körperschaften beiseite und durch Leute ersetzt werden, die in den Betrieben der betreffenden Unternehmer tätig, von diesen direkt abhängig sind. Das Bestreben, durch solche Projekte Frieden zwischen Kapital und Arbeit herbeizuführen, wird ebenso scheitern, wie die Hoffnungen, die man ehemals an die Arbeiterausschüsse in den Fabriksbetrieben knüpfte.

Zur Verneinung-Debatte äußert sich die „Ethische Um- schau“:

Es ist ein ehrendes Zeugnis der Reife, daß sich, im Gegensatz zu vielen anderen Parteien, diese principielle Erörterung innerhalb der Arbeiterpartei im vollen Lichte der Öffentlichkeit vollzieht. Die wohl nicht ausbleibende, schadenfrohe Voraussetzung einer inneren Schwäche würde auf einer bedauerlichen Kurzsichtigkeit der Gegner beruhen. Nur starke, ihres inneren Rechtes sich bewußte Vereine können vermögen diesen, in unserem politischen Leben leider auch so ungewohnten Weg zu gehen. In einem Vereine von Hunderttausenden und Millionen von Anhängern müssen ja naturgemäß verschiedene Anschauungen, müssen Gegensätze bestehen, die aber gemeinlich vernichtet werden. Hier steht die überwiegende Mehrheit der Parteiführer ungewisselhaft auf einem dem Vernünftigen entgegen- gesetzten Standpunkt, und diese Mehrheit beherrscht sicherlich auch den Parteiverlag. Um so verdienstlicher ist es, daß durch gleichzeitige Verantwärtung einer Volksaufgabe den weitesten Kreisen die „Reheren“ gegen das seitherige Parteidogma nahegebracht werden. Vielen würde dies als ein gefährliches Experiment erscheinen, aber es ist der sicherste Weg zur Wahrheit. Die Gegner haben natürlich die Voraussetzung „bedauerlicher Kurzsichtigkeit“ glänzend bestätigt.

Den Enthüllungsschandenfeldern schließt heute der „Reichsbote“ als Verbrüder an seinen frommen Vusen, obwohl wir ihm gestern verraten haben, daß der Mann wegen Unterschlagungen vier Jahre im Gefängnis gesessen hat. Welch Hebermuth von christlicher Milde für einen reinen Sünder! Der „Reichsbote“ und die übrigen Blätter, die wohl von den plumpen Beleidigungen Notiz genommen haben aber nicht von unserer Enthüllung, oder die Persönlichkeit ihres Gewährsmannes, mögen das Maß ihres Edelmutts voll machen und dem Belehrteten eine Vertrauensstellung in der konfessionellen Partei und Presse verschaffen. Für täglich zweimal frische Enthüllungen wird er Garantie leisten.

Abänderung des Unterstühnungswohlfuh-Gesetzes beantragt in einer Eingabe an die beiden Häuser des Landtages der bekannte Pastor v. Wodelschwingh. Dielesfeld, dessen Wohlthätigkeitsanstalten schon häufig einer recht herben Kritik durch die Presse unterzogen wurden. Dem fürsorglichen Gottesmann ist das jetzige Gesetz zu human. „Nach dem bestehenden Gesetze muß jedem unehelichen Schlingel, der aus Hebermut oder Faulheit, Trotz oder Leichtsinne, oder aus Bosheit und Uebelwillen seinem Arbeitgeber den Kontrakt bricht und das Seine verliert, in jeder Gemeinde, wo er sich aufhält, Obdach und Unterhalt unentgeltlich gewährt werden. Denn das Gesetz sagt ausdrücklich, daß dies auch in Fällen verhandelter Arbeitslosigkeit den Arbeitslosen zukommt. — Das Gesetz verlangt nicht die geringste Legitimation. Wollten die Gemeinden thun, was das Gesetz verlangt, so müßten sie für Hunderte von Faulenzern Verpflegungshäuser bauen. Da begehren die Ortsvorsteher lieber jeden Tag so und so viel Gesetzesübertretungen, indem sie den arbeitsfähigen Arbeitslosen die gesetzliche Unterstühnung verweigern und sie dadurch zu neuen Uebelthretungen, nämlich zum Bettel zwingen, wofür auch die unehelichen Weiber dann gefaßt, von Gefängnis zu Gefängnis geschleppt und schließlich ins Arbeitshaus gesteckt werden.“

Hier wird also unumtunden zugegeben, daß, was wir immer behauptet haben, der arbeitslose Wanderer zum Wetteln gezwungen wird, gezwungen von den Behörden, die ihn hätten unterstützen müssen, gezwungen von derselben Obrigkeit, die ihn dann der Wein — des Gefängnisses und des Arbeitshauses überliefern. Zur Abhilfe wird empfohlen: 1. Auflösung aller arbeitsfähigen Wanderarmen von der Unterstühnung durch die einzelnen Orts-Armenverbände und Uebelthretung dieser Pflicht auf breitere Schultern (Kreise und Kreisverbände); 2. strenge Forderung einer Arbeitsleistung von allen Unterstühnungsuchenden im Anschluß an einen gründlichen Arbeitsnachweis; 3. einheitliche Wanderordnung und Legitimationspflicht für alle mittellosen Wanderarmen des ganzen Reichs. Nach der Vorlage soll die Last von Staat, Provinz und Kreis zu gleichen Teilen getragen, der kommunale Arbeitsnachweis kräftiger gehandhabt und der Mißbrauch besser verhindert werden. Auch eine staatliche Organisation des Arbeitsnachweises wird angeregt und eine spätere Regelung von Reich wegen vorgelesen.

Heber „Leutenot“ unterhielt sich in diesen Tagen auch die westpreussische Landwirtschaftskammer. Die Hauptfrage, die er zu erörtern hat, ist die Frage der Erhaltung der Landbevölkerung. Das Verdrängende der Freizügigkeit, das die Landbevölkerung abdrängt, ist die Freizügigkeit der Arbeiter. Die Personalarbeiter müssen für Arbeiter erhöht werden. Das die Herren Junker Gemütsmenschen sind, zeigt sich auch noch an dem Verlangen, daß die Strafen möglichst im Winter abgehört werden. Schließlich wurde auch die Verpachtung von Kolonistenstellen an Arbeiter empfohlen. Was solche Verpächter, Kolonisation durch Arbeiter zu betreiben, zu bedeuten habe, zeigt ein Beispiel, das die „Königsb. Volkstimme“ beibringt: „Auf der Besitzung Kaiserdorf hat man 80 Kolonisten auf Waldboden gesetzt. Den müssen sie urbar machen und quälen sich so etwa fünf bis sechs Jahre ohne nennenswerten Ertrag. Es liegt dann ganz in der Gnade des Grundbesizers, den Kolonisten, wenn der Boden ihm gut genug dünkt, wegzujagen und die Resultate langjähriger Arbeit für sich einzufriedeln. So läuft der neue Plan auch nur wieder auf eine rücksichtslose Ausbeutung der Arbeiter hinaus.“

Kinderarbeit. Der Kultusminister hat sämtlichen Regierungen und Oberpräsidenten einen Erlaß übermittelt, worin auf ein Urteil verwiesen wird, in dem entschieden ist, daß eine Polizeiverordnung, nach welcher schulpflichtige Kinder in der Zeit von 7 Uhr nachmittags bis 7 Uhr vormittags zum Austragen von Nachwaren, Milch, Zeitungen oder anderen Gegenständen, zum Regelaufheben oder zu sonstigen Verrichtungen in Schankwirtschaften, zum Aufwarten oder zum Handel mit Blumen oder anderen Gegenständen nicht verwendet werden dürfen, Rechtsgültigkeit hat. — Was zum Erlaß eines allgemeinen Verbotes hat man sich also nicht aufzudrängen vermocht.

Eine weitere Verordnung hat der Minister des Innern herausgegeben; diesmal betrifft sie die Bewahrung minderjähriger weiblicher Personen vor unzüchtlichem Lebenswandel. Es heißt darin, daß in vielen Fällen, besonders in den Städten, Mädchen schon in einem so jugendlichen Alter der gewerksmäßigen Unzucht verfallen, daß eine alsbald einsetzende geordnete Erziehungsbildung noch besser auf sie einwirken und sie zu einem sittlichen Lebenswandel zurückzuführen kann. Die Vormundschaftsgerichte, deren Sache es ist, in solchen Fällen thätigst einzuschreiten, bedürfen der Unterstützung der Polizeibehörden. Deshalb weist der Minister die Polizeibehörden an, in allen Fällen, in denen Minderjährige der gewerksmäßigen Unzucht verdächtig sind und eine an die Eltern und Vormünder zu richtende Aufforderung, dem unzüchtlichen Treiben Einhalt zu thun, ohne Erfolg bleibt, dem Vormundschaftsgericht Anzeige zu machen. Werden Kinder unter zwölf Jahren wegen hiesigen Umverhaltens aufgegriffen, so ist beim Vorliegen einer strafbaren Handlung der Antrag auf Zwangsverziehung zu stellen. Wenn Personen im Alter von 12 bis 18 Jahren der gewerksmäßigen Unzucht verdächtig sind und ihr Treiben eine strafbare Handlung darstellen könnte, so ist stets der Staatsanwaltschaft Anzeige zu machen, um eine Verhaftung oder Ueberweisung zur Zwangsverziehung herbeizuführen. Die Vormundschaftsgerichte werden durch den Justizminister angewiesen werden, die ihnen von der Polizei oder der Staatsanwaltschaft mitgeteilten Fälle sorgfältig und scheinung zu prüfen. Ergibt sich dabei die Notwendigkeit, den Eltern das Recht der Erziehung eines im kindlichen Alter befindlichen oder diesem Alter nahestehenden Mädchens abzurufen, so wird es sich für die Gerichte regelmäßig empfehlen, mit der Kommunalverwaltung wegen Uebernahme des Mädchens in Waisensorge in Verbindung zu treten, geeignetenfalls auch deren Vermittelung in Anspruch zu nehmen, um Aufnahme des Mädchens in eine auf privater Wohlthätigkeit beruhende Anstalt zu erwirken.

Wenn alle Unsitlichkeit, die sociale Not und das Elend durch ministerielle Verordnungen aus der Welt zu schaffen wären, wie herrlich müßte es dann im Deutschen Reich ansehn.

Verginspektion. Zu der gestern auch von uns wiedergegebenen Nachricht, daß der Handelsminister beabsichtigt, in den schlesischen Bergwerksbetriebe Arbeiterdelegierte zur Inspektion versuchsweise mit heranzuziehen, schreibt die „Schl. Jtg.“: Diese Meldung ist sehr wenig glaubhaft. Schon früher, im September v. J., haben wir darauf hingewiesen, daß die staatlichen Bergwerke in Oberschlesien sich am allerwenigsten zu Versuchsobjekten in dieser Beziehung eignen, da in der dortigen Arbeiterchaft brauchbares Material für die Arbeiterdelegierten noch viel weniger vorhanden ist als in anderen Bergwerksbetrieben. In Nr. 673 vom 25. September v. J. haben wir eine in demselben Sinne sich ausprechende Zuschrift wiedergegeben, die von einem mit den ober-schlesischen Bergbau-Verhältnissen genau vertrauten Gewährsmann stammte. Nachher ist überdies auch bekannt geworden, daß das Oberbergamt Breslau sich von vornherein mit aller Entschiedenheit gegen jeden Versuch, auf den staatlichen Bergwerken in Schlesien Arbeiter zur Verginspektion heranzuziehen, erklärt hat. — Für den, der die preussischen Verwaltungsorganismen kennt, klingt die Lesart der „Schlesischen Zeitung“ allerdings glaubhafter, als die erste Nachricht.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Die Arbeiterfrau Johanna Winkler aus Strehlen wurde von der Riegler Strafkammer wegen Majestäts-Beleidigung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Die Beleidigung soll in einer Schankwirtschaft begangen worden sein. Die Angeklagte betruerte unter Thränen, eine Beleidigung gegen den Kaiser nicht beabsichtigt zu haben.

Afrikabahn auf Reichskosten? Die gestern wiedergegebenen Meldungen Londoner Blätter über den Stand der Verhandlungen mit Cecil Rhodes sollen nach den „Berl. R. N.“ verflücht sein. Die Unterhandlungen seien noch nicht so weit gediehen, daß die Frage der Reichsgarantie für das aufzubringende Kapital in positivem oder negativem Sinne entschieden wäre. Ebenso sollen die Angaben über die deutsch-afrikanische Centralbahn den That-sachen verrauchen.

Ob verflücht oder nicht, offenbar ist etwas im Werke. Die Eisenkapitalisten wünschen, reiche Klassen Eisenbahnmateriale in die afrikanischen Urwälder und Wüsten abzuführen und der deutsche Steuerzahler soll die Zinsen zahlen für Unternehmungen, deren Rentabilität so zweifelhaft ist, daß kein Kapitalist daran denkt, einen Pfennig dafür aufzuwenden. Und die deutsche Weltmächts- und Abenteuerpolitik ist willig, solche Unternehmungen zu fördern.

Ausland.

Die Neutralität der Schweiz und der Pariser Kongreß.

Aus Paris wird uns geschrieben: Die bis weit in die bürgerlichen Kreise hinein nachgiebige Erregung und Entrüstung über die aus allzu großer Nachgiebigkeit gegenüber dem verhassten Italien erfolgte Anweisung der italienischen Sozialisten aus der Schweiz, daß die Presse zu vielseitigen Betrachtungen veranlaßt. Insbesondere ist dies in den socialdemokratischen Umgebungen geschehen. So wird in dem, an dieser Stelle bereits erwähnten offenen Briefe der Berner socialdemokratischen Vertreter in den Verbänden an den Bundesrat die Frage aufgeworfen: Was soll das Schweizer Volk von seiner Wehrkraft und seiner Ehrhaftigkeit, für deren Hebung man neue und sehr große finanzielle Mittel fordert, für einen Begriff bekommen, wenn der leiseste Wink einer ausländischen Regierung unsere oberste Bundesbehörde zu Maßnahmen veranlaßt, deren Rechtfertigung sachlich ein Ding der Unmöglichkeit ist? Muß sich da das Schweizer Volk nicht fragen, daß unter derartigen Verhältnissen die Hebung der Wehrkraft eine ganz unnütze Sache sei, wenn wir nicht einmal gegenüber ungebührlichen Forderungen des Auslandes uns auf unsere historische Vergangenheit und unsere nationale Ehre zu besinnen wagen?

Uns kam dabei in den Sinn, daß die Schweiz ja auch seit 84 Jahren die Garantie ihrer Neutralität und Unabhängigkeit seitens der europäischen Staaten genießt und daß sie in ihrer halben Million Vaterlandsverteidiger und ihren Kanonen auch die Macht hat, jenes Recht zu schützen. Der am 20. November 1815 von den Vertretern der Mächte in Paris unterzeichnete Beschluß enthält die ausdrückliche Anerkennung der Neutralität und Unverletzlichkeit der Schweiz. Ihre Unabhängigkeit sollte von allen fremden Einflüssen ferngehalten werden, wie das den wahren Interessen der europäischen Politik entspreche.

Die Vertragsmächte erklärten ferner, daß keinerlei ungünstige Schlußfolgerung in Bezug auf die Rechte der Schweiz, betreffend ihre Neutralität und die Unverletzlichkeit ihres Gebietes gezogen werden kann und darf aus den Ereignissen, welche es notwendig machten, daß ein Teil der alliierten Truppen durch Schweizergebiet marschieren. Die Passage, von den Kantonen durch die Konvention vom 25. Mai freiwillig gewährt, war das notwendige Resultat des freimütigen Zutrittes der Schweiz zu den Grundfragen, welche die Signaturmächte im Allianzvertrage vom 25. März manifestierten.

Die in dem Vertrag der Schweiz ausgesprochene schweichelhafte Anerkennung für den von ihr gestatteten Durchmarsch der alliierten Truppen fällt zusammen mit der auf 1798, dem Jahre der schweizerischen Annahmungen gefolgten Reaktion, da die „gnädigen Herren“ gegen das Volk wieder frech geworden waren, manche neue Einrichtungen wieder beseitigten und alte, dem Volke verhasste und von der Revolution verdrängte Institutionen wieder herstellten. Aber diese Reaktion oder Restauration war doch nicht von langem Bestand und wenige Jahrzehnte später fanden die bürgerlichen politischen Prämissen nicht bloß fremdliche Aufnahme in der Schweiz, sondern auch ehrenvolle und auskömmliche Geltung als Universitätsprofessoren etc. Ist heute die Schweiz wieder angegriffen durch die Socialisten auswirkungen im Niedergange begriffen, triumphiert die Reaktion? Man möchte es fast glauben.

Deutsches Kulturwerk in China.

Aus London wird den „B. N. N.“ telegraphisch: Nach einer Meldung des „Reuter'schen Specialdienstes“ aus Peking hat der Gouverneur von Kiautschou Befehl zur Einäscherung zweier Dörfer gegeben, die in der Nähe der Stelle liegen, wo die deutsche Marine-Patrouille angegriffen worden ist. Diese Maßregel werde als willkürlich und überflüssig angesehen und von der deutschen Gesandtschaft, die gestern vom Zung-li-Hamen einen bescheidenen Protest gegen das beabsichtigte Vorgehen des Gouverneurs erhalten habe, schwerlich gebilligt werden.

Wir erwarten, daß die Regierung diese „Reuter-Meldung“ unbergänglich als unrichtig zu bezeichnen in der Lage ist. Denn unser Zutreten zu den civilisatorischen Fähigkeiten der deutschen Chingagrosen ist zwar groß, doch nicht so groß, um ein solches tatarisches Vorgehen des Gouverneurs von Kiautschou für möglich zu halten.

Oestreich-Ungarn.

Die Blünderungs-scenen in Raschod (Böhmen), von denen wir gestern berichteten, sollen angeblich durch ezechische Arbeiter hervorgerufen worden sein, denen seitens einer Fabrik die Lohn-erhöhung verweigert worden sei. Eine andere Lesart jedoch geht dahin, daß die Arbeiter einer Fabrik die Arbeit einstellen, weil 6 ihrer Kollegen wegen Teilnahme an den Strawallen verhaftet worden waren. Im ganzen sind 30 Verhaftungen vorgenommen. Die Nachrichten über die Ursachen der Strawalle sind einander widersprechend und unkontrollierbar.

Frankreich.

Die Enthüllungen über die Revisionsakten werden nicht bloß im „Figaro“, fortgesetzt, sondern auch der „Voltaire“ bringt Bruchstücke daraus. In seiner letzten Nummer benennt „Voltaire“ die Aussagen Paléologue vor dem Kassationshofe. Aus denselben geht hervor, daß das sogenannte Geheimaktenstück im Zusammenhang mit einem Verkommen angelegt wurde, welches in keinem Zusammenhang mit dem Fall Dreyfus steht. Jedoch enthalte dieses Aktenstück ein Dokument, in welchem der Name Dreyfus vorkommt; dieses Dokument stamme aber aus der Zeit nach der Verurteilung, seine Echtheit sei daher zweifelhaft. Das Dokument besitze in einem Brief, welcher von einer ausländischen Dame, die Spionendienst für Frankreich verrichtet, an einen geheimen Agenten gerichtet sei. In dem Briefe heißt es, ein italienischer Major besuche jährlich zweimal mehrere französische Häfen, derselbe sei seit einer Reihe von Jahren mit Dreyfus befreundet. „Voltaire“ schließt seine Enthüllungen, indem er auf die Widersinnigkeit dieser Mitteilung hinweist.

Der „Figaro“ veröffentlicht heute die Aussagen des Generals Roget vom 28. Januar und 8. Februar in Erwidrerung der Aussagen Vertulus, Picquarts und Develles. Roget bemüht sich darzutun, daß die Zusammenkunft Genzys und Vertulus, wie sie von letzteren erzählt worden ist, falsch sei; Genzy soll von seiner Zusammenkunft mit Vertulus dem General Goussier nach seiner Rückkehr erzählt haben, und zwar habe, entgegenge- setzt den Aussagen Vertulus, dieser ihn weinend umarmt mit dem Hinzusagen, daß er von Picquart und anderen gedrängt werde, aber im Grunde auf Seiten des Generalstabs stehe. Roget greift Vertulus heftig an, dem er schon lange mißtraue; von Esterhazy sagt er, derselbe sei bezahlt worden, zu lägen. Roget legt sodann den Beweggrund des Generals Dreyfus an, indem er, der durch ein schlechtes Abgangszeugnis der Kriegsschule erbittert gewesen und dieses als eine ihm in seiner Eigenschaft als Brakill widerfahrte Ungerechtigkeits angesehen habe. Roget bekämpft ferner die Aussagen Picquarts, den er lägen zeugt; er fordert eine Gegenüberstellung mit demselben. Roget sagt weiterhin, die Aussagen des Generals Cordier seien voller Unrichtigkeiten, ebenso wie diejenigen Develles über den Kadettenstand, den dieser gar nicht kenne.

Die „Voss. Jtg.“ ist in der Lage, die Äußerungen des General Rogets noch dahin zu ergänzen: Roget erklärt einfach Vertulus für einen Lügner und gebraucht gegen ihn genau dieselben Ausdrücke, die Vertulus als Esterhazy's Meinung von Genzy angeführt hatte. Roget sagt: Vertulus ist ein Pummelbruder, Spieler und Schwelger“, er behauptet ferner, Vertulus sei in Thränen ausgedröhnt, habe Genzy geküßt und gekümmert, sein rotes Anstaltar sei gefährdet. Deshalb ein Unteruchungsrichter vor einem vorgelegten Zeugen, über den er Gewalt, der aber über ihn keine hat, in Schlußworten ausbrechen, ihn küssen und ihm allerlei vorzammern soll, versucht Roget nicht einmal zu erklären.

Die nationalistischen Blätter greifen Vertulus wegen seiner veröffentlichten Aussagen heftig an. Mehrere dieser Blätter bezeichnen ihn geradezu als einen Agenten des Dreyfus-Syndikats und drohen mit der Veröffentlichung eines im Justizministerium befindlichen Schriftstückes, welches für Vertulus sehr kompromittierend sein soll. Die „Aurore“ verzeichnet unter Vorbehalt ein Gerücht, nach welchem General Roget pensioniert worden sei. Der Grund dieser Maßregelung sei das Verhalten des Generals Roget gelegentlich des Staatsrechtövertrages Déroulès. — Das „Journal“ will uns unbedingt sicherer Quelle wissen, die von dem Direktor des anthropometrischen Dienstes speziell angestellte Schriftführung habe ergeben, daß das Vorderbein nur Esterhazy zugeschrieben werden könne. — Die Klage gegen den „Figaro“ wegen seiner Veröffentlichungen wird schon in nächster Zeit vor dem Schwurgericht verhandelt werden.

Belgien.

Die Errichtung einer vlämischen Hochschule bezw. die An- wendung der Gent'schen Universität in eine solche hat eine Ab- ordnung des vlämisch-nationalen Centralvereins in Brüssel dem Minister des Unterrichts gefordert. Der Minister hat die erste Prüfung dieser Forderung zugesagt. Belgien besitzt jetzt zwei staatliche Hochschulen, nämlich die Universitäten in Lüttich und in Gent. Die Universitäten in Brüssel und in Löwen sind private Hochschulen,

auf welche die Regierung keinerlei Einfluß hat. Dieselben sind völlig französisch und befehlen keine einzige Lehrstühle vlämisch. Selbstverständlich kann niemand die Leistungen dieser Hochschulen, da sie aus privaten Mitteln erhalten werden, zwingen, in ihrer Organi- sation eine Aenderung vorzunehmen. Anders verhält es sich mit den staatlichen Instituten. Sowohl die Universität in Lüttich wie die in Gent sind ausschließlich französisch, so daß die 2 1/2 Millionen Belgen in Belgien in Wirklichkeit vier Hochschulen besitzen, die 3 1/2 Millionen Belgen aber keine einzige.

Afrika.

Aus Kairo wird über London gemeldet: Die britischen Truppen müssen aus Omdurman nach Galfieh zurück, wegen der ungenügenden Verhältnisse des Ortes. Omdurman soll dem Verkauf preisgegeben werden. Die ägyptischen Truppen sollen den Auftrag erhalten, gegen die Anhänger des Khalifen vorzugehen, doch ist es wahrscheinlich, daß dieselben von englischen Truppen begleitet werden. Die Reise des Sirdars nach Kaffala und Suakin wurde unternommen nicht allein zum Zweck einer Inspektion, sondern auch zum Zweck der Durchführung einer steigenden Landaufnahme für neue Telegraphen- und Eisenbahnlagen.

Partei-Nachrichten.

Unter den Mauerungs-Propheten ist „Lante Bog“ einer der eifrigsten und sicher auch glaubigsten. Es liegt in der Natur der Schwärze, daß sie an Wunder glaubt und wirkliche Niederlagen in eingebildete Siege verwandelt.

Die arme Fortschrittspartei lebt, seit sie im „Großen Konflikt“ durch Bismarck überwunden ward und vor ihm kapitulieren mußte, von eingebildeten Siegen. Während ihre Scharen immer mehr zusammenschmelzen, und die der Socialdemokratie immerfort wachsen, hat sie die tröstliche Entdeckung gemacht, daß die Socialdemokratie sich „spalte“, und dieser Entdeckung ist, nach dem Erscheinen der Bernstein'schen Schrift, die weitere gefolgt, daß die Socialdemokratie im Begriff sei, mit Sad und Pac in das Lager der Demokratie überzugehen. „Lante Bog“, das Urbild des Berliner Weibchens und Fortschrittspolitikers, ist vor Freude ganz außer sich über diesen Sieg der bürgerlichen Weltanschauung, und liebt es, der an die Verbürgerlichung der Socialdemokratie nicht glauben will, mit mißleidiger Ueberlegenheit den Text, Anknüpfend an den gestern von uns erwähnten Bericht einer Rede Webers in Göttingen, meint die „Voss. Jtg.“ scharfsinnig, wenn Bernstein, weil er ein halbes Dutzendmal in London lebt, die deutschen Verhältnisse nicht mehr kennen soll, welche Autorität können dann Marx und Engels beanspruchen, die noch viel länger ihrem Vaterlande einseindeln waren? Der „Vossischen Zeitung“ haben wir zu antworten: daß die Bedeutung von Marx und Engels hauptsächlich auf wissenschaftlichem Gebiete liegt, und daß Bernstein gewiß der letzte ist, der sich mit beiden auf eine Stufe stellen will.

Von der Parteipresse. Der „Volkstribun“ in Karlsruhe kann die erfreuliche Mitteilung machen, daß er in den letzten 14 Tagen allein in der Stadt Karlsruhe über 400 Abonnenten gewonnen habe und auch in den Landorten einen erfreulichen Zuwachs zu verzeichnen habe.

Totenliste der Partei. In Mainz starb der Genosse Jakob Tawernier. Er war ein alter Veteran der Partei, der jahrzehntelange mit glühender Begeisterung für die Sache der Arbeiter getreut und gestrebt hat und der bis zum Tode treu blieb. Ehre seinem Andenken.

Der Druckereibesitzer Ludwig in Chemnitz hat bekanntlich infolge der Aenderung in den Verhältnissen der dortigen Parteipresse seinen Austritt aus der Partei erklärt und dies durch eine öffentliche Erklärung begründet, in der er gegen die Partei in Chemnitz heftige Vorwürfe erhebt. In der „Volkstribun“ in Chemnitz veröffentlichte demgegenüber die Kommission und Agitationskomitee von Chemnitz eine Erklärung, in der sie die Vorwürfe Ludwigs als unberechtigt zurückweist. Sie verweisen darauf, daß die Partei zu Gunsten Ludwigs auf Forderungen im Werte von 2000 M. Verzicht geleistet hat, daß man ihm 2500 M. Varentschädigung angeboten hat, die er aber als „Trinsgeld“ zurückgewiesen hat, daß die Kaufende, von denen Ludwig als Geschenk für die Partei spricht, dadurch entstanden sind, daß er, um die Genossen zur Agitation anzuspornen, sich verpflichtet hatte, per Exemplar jährlich 20 Pf. an die Parteikasse abzuliefern, daß er kurz vor der Reichstagswahl den Druckvertrag per Juni 1898 kündigte und sich nur auf dringende Vorstellungen bereit erklärte, den „Verdächter“ „noch einige Zeit“ zu denken und daß er schließlich, obgleich er nur mit geringen Mitteln begonnen, jetzt ganz gut situiert ist.

Politikalisches, Gerichtliches usw.

Wegen Verleumdung zweier Unternehmer wurde Genosse Spiventy, Redacteur des „Vollblattes für Halle“, zu 50 M. Geldstrafe verurteilt.

Wegen Verleumdung des Pastor Martienssen zu Gschow bei Parahm wurde der Redacteur der „Medlenburger Volkszeitung“ Genosse Starofon von der Strafkammer in Rostock zu der außerordentlich hohen Strafe von drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Der Einberufer einer Bauarbeiter-Versammlung in Rahna bei Zeitz erhielt die Versammlungsanmeldung mit folgender Randglosse zurück:

Polizeiliche Genehmigung verweigert, weil ich vermute, daß dadurch die Unzufriedenheit der ländlichen Arbeiter geschürt werden soll.

Rahna, den 27. März 1899.

Der Amtsvorsteher. Schellenberg.

Wir stehen betäubend vor der Weisheit des Herrn Amts- vorstehers.

Wenthen (Oberschlesien), 7. April. (Eig. Ber.) Die hiesige Strafkammer verhandelte heute nochmals gegen den Kolporteur Genossen Johann Dylong aus Königsbütte wegen Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen. Der Angeklagte hatte vor den letzten Reichstagswahlen ein in Berlin verfaßtes und gedrucktes Flugblatt verbreitet, in dem das Landgericht Verächtlichmachung der Volk- und Steuer-Gesetzgebung, der Gesinde-Ordnung und des Reichstages erbliche und den Angeklagten zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt. Das Reichsgericht hatte dieses Urteil aufgehoben, indem es an demselben überaus scharfe Kritik übte. Das Landgericht Wosen hatte wegen Verbreitung desselben Flugblattes nur auf 100 M. Geldstrafe erkannt. In der heutigen neuen Verhandlung wurde Dylong zu neun Monaten Gefängnis verurteilt.

III. Kongreß der durch Vertrauensmänner centralisirten Gewerkschaften Deutschlands.

Braunschweig, den 6. April 1899. Der vierte Punkt der Tagesordnung: Arbeitsnachweise und Arbeitersekretäre, wurde durch ein Referat des Gen. Reuter Berlin eingeleitet. Reuter wendet sich scharf gegen die paritätischen Arbeitsnachweise, wie sie von Dr. Freund-Berlin, dem indessen eine gute Absicht nicht abzusprechen sei, geplant werden, und spricht sich für von den gewerkschaftlichen Organisationen zu schaffende Arbeitsnachweise aus. Es müssen, trotz der gewaltigen Hindernisse, die diesen Arbeitsnachweisen entgegenstehen, die größten Anstrengungen gemacht werden, solche zu errichten. Er schlägt folgende Resolution vor:

„In Erwägung, daß die Arbeitsnachweise der Gewerkschaften zu den notwendigsten Kampfmitteln derselben zu zählen sind, so daß mit Aufgabe derselben auch die Agitation für die Organisation vollständig lahm gelegt würde, beschließt der Kongreß der durch Vertrauensmänner centralisirten Gewerkschaften, in Braunschweig tagend, folgendes:

Alle zu stehenden Gewerkschaften werden aufgefordert, alle Mittel anzuwenden, überall da, wo irgend eine Möglichkeit vorhanden ist, eigene Arbeitsnachweise zu errichten, dieses sofort zu thun und dieselben so auszubauen, daß sie jederzeit in der

Wage sind, über alle den Beruf betreffenden Fragen, als wie Arbeitslosigkeit, über Angebot und Nachfrage usw. eine Klare, sich auf dem laufenden haltende Uebersicht haben zu können. Nur da, wo eine absolute Ausichtslosigkeit, eigene Arbeitsnachweise erziehen zu können, vorhanden ist, muß danach getrachtet werden, in die schon bestehenden oder noch einzurichtenden Innungsnachweise usw. einzubringen und die ganze Kraft anzuwenden, um wenigstens dafür zu sorgen, daß bei Streiks in Gewerbe der Arbeitsnachweise zu rufen hat. Dieses ist das vornehmste Recht, welches eine Gewerkschaft zu fordern verpflichtet ist. Ohne dies wird es nicht möglich sein, das Ziel des Kampfes, das ist die Besserstellung der Arbeiterklasse, herbeizuführen.

Zu den Arbeitersekretären stellt der Referent folgende Resolution vor Verhandlung:

In Erwägung, daß mit dem Gründen von Arbeitersekretariaten, wie es in der letzten Zeit in verschiedenen Städten Deutschlands geschieht, die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter nicht gebessert und gefördert werden können, auch die gewerkschaftliche Organisation dadurch nicht gefördert wird, beschließt der dritte in Braunschweig tagende Kongreß der durch Vertrauensmänner centralisirten Gewerkschaften,

das Gründen von Arbeitersekretariaten nicht weiter zu befürworten.

Nebst dem sind die Delegierten der Ansicht, daß es wohl nötig ist, an jedem Orte gewerkschaftliche Kartelle resp. Kommissionen zu bilden, die in unparteiischer Weise die Regelung aller örtlichen Vorgänge im gewerkschaftlichen Leben übernehmen, soweit dies von den einzelnen Organisationen nicht selbst besorgt wird.

Krondt-Verein wendet sich gegen den Referenten. Der Streit um die paritätischen Arbeitsnachweise sei ein Streit um Kaiser's Wirt, da sie nie in Kraft treten werden. Die Fabrikanten und Innungen werden nie ihre Arbeitsnachweise aufgeben und schon an dieser Thatsache werden die paritätischen Nachweise scheitern.

Fischer-Verein, Wäcker Klammell-Verein, Zimmerer Fischer-Verein, Wegener-Verein, Möbelpolierer Schulz-Verein, Maurer Wolf-Halle, Thiemer-Verein, Hoffmann-Verein, Mähler-Verein, Gammann-Halle, stellen sich auf den Standpunkt, der Kongreß könne gar keine bestimmte Stellung den Arbeitsnachweisen gegenüber einnehmen. Fischer-Verein erklärt sich auch gegen die Gründung von Arbeitersekretariaten, da durch dieselben die Gewerkschaftsbewegung eher geschädigt, als gefördert werde.

Maurer Brieser-Braunschweig hält die ganze Debatte über diese Frage für überflüssig. Selbst die Nachweise der hiesigen Gewerkschaften seien zum größten Teil nur Schein-Arbeitsnachweise. Er verspricht sich auch von dem in Braunschweig geplanten Arbeitsnachweis nicht viel.

Reuter-Verein sucht in seinem Schlusswort verschiedene Einwände der übrigen Redner zu widerlegen. Daraus werden die von ihm beantragten Resolutionen angenommen.

Ueber den 6. Punkt der Tagesordnung „Streiks, deren Regelung und Unterstützung“, referiert Genosse Kater-Verein. Die Erfahrung des letzten Jahres, speziell die Unterstützung des Braunschweiger Maurerstreiks, müsse den Delegierten die Meinung beibringen, daß die Streikunterstützung noch weit mehr zu centralisieren sei, als es bisher der Fall war.

Ein von Wegener-Verein gestellter Antrag, wonach die Bauarbeiter auf den Bauten dafür zu sorgen haben, daß die Pflessenleger sich der Organisation anzuschließen haben, wird nach kurzer Begründung einstimmig angenommen.

Nach kurzer Debatte wird ferner der Antrag der Berliner Zimmerer: „Die Kongresse der durch Vertrauensmänner centralisirten Gewerkschaften finden in Zukunft nicht mehr alljährlich, sondern nach Bedarf statt“, abgelehnt, der zweite Antrag der Zimmerer Berlins:

„Auf dem in Braunschweig stattfindenden Kongreß werden nur der Vorsitzende und Geschäftsleiter gewählt. Die übrigen Mitglieder der Geschäftscommission werden von den Gewerkschaften desjenigen Ortes gewählt, an welchem die Geschäftscommission ihren Sitz hat“, angenommen.

Darauf wurde folgende für das Verhalten bei Streiks maßgebende Resolution von Kater eingebracht:

In Erwägung, daß den einzelnen Orten das Selbstbestimmungsrecht nicht aus den Händen gewunden werden soll, daß aber trotzdem bei ausbrechenden Differenzen resp. Streiks genügend Geldmittel zur Verfügung vorhanden sein müssen, beschließt der dritte in Braunschweig tagende Kongreß der durch Vertrauensmänner centralisirten Gewerkschaften Deutschlands:

1. An jedem Orte und in jedem Berufe neben den Organisationen einen Vertrauensmann in öffentlicher Versammlung zu wählen und einen Streik- und Agitationsfonds einzurichten; dasselbe gilt auch für diejenigen Orte, an denen Umstände halber es nicht möglich ist, Organisationen zu schaffen, durch Einsetzung eines Vertrauensmannes die Schaffung der vorgenannten Fonds in die Wege zu leiten. Auch über die Streikfonds resp. Beiträge ist genau Buch zu führen und jährlich öffentlich Rechnung abzulegen.

2. Sämtliche Specialberufe wählen sich einen ersten Vertrauensmann als Geschäftsleiter mit den dazu notwendigen Revisionen. Der 1. Vertrauensmann hat für sämtliche Orte seines Berufes ein einheitliches Sammel-Material, sowie die dazu gehörenden Mittheilungen, als Bücher, Karten usw. anzuschaffen und zu veräußern. Die Höhe der Beiträge zum Streikfonds resp. Agitationsfonds bleibt den Orten selbst überlassen.

3. Hat der örtliche Vertrauensmann bei wichtigen Vorkommnissen im Beruf dem ersten Vertrauensmann sowie der Geschäftscommission rechtzeitig Bericht sowie Aufschluß zu geben.

4. Verpflichtet sich jeder an die Geschäftscommission angegeschlossene Beruf, wenn durch Buchführung derselben oder durch das Organ „Die Einigkeit“ Streiks resp. verurtheilt werden, auf dem schnellsten Wege ihre Mittel zur Unterstützung zur Verfügung zu stellen.

5. Agitation hat zunächst jeder Beruf in seiner Nachbarschaft selbständig und auf eigene Kosten zu betreiben und werden nur in notwendigen Fällen oder für schwächere Berufe von der Geschäftscommission Referenten resp. Geldmittel gewährt.

Nunmehr trat die Mittagspause ein. Nach Wiedereröffnung der Sitzung wurden die Wahlen zur Geschäftscommission vollzogen. Als Vorsitzender wurde Kater-Verein und als Belegter Thiemer-Verein gewählt. Ein Antrag Kater-Verein: Jeder Delegierte hat in kurzer Zeit bei der Geschäftscommission anzugeben, wie viel Geld am Schluß des 1. Quartals die Organisation und wie viel der Generalfonds besitzt, wird nach kurzer Diskussion angenommen. Eine längere Debatte entspann sich sodann über die von Kater gestellte Resolution zum letzten Punkt der Tagesordnung „Streiks“. Die Resolution wurde angenommen, nachdem über jeden Punkt einzeln abgestimmt war. Angenommen wurde ein Antrag Fischer-Verein, für den Absatz 2 im Absatz 4 zu setzen:

„Alle Gelder für Streikunterstützung sind an die Geschäftsleitung zu senden; wenn dies nicht möglich ist, die Geschäftsleitung aber bestimmt zu benachrichtigen. Der erste Vertrauensmann hat alsdann alljährlich der Geschäftscommission einen Situations- und Kasseebericht einzureichen, damit durch dieselben genau festgestellt werden kann, wie viel von sämtlichen lokalorganisirten Gewerkschaften geleistet wurde. Die Geschäftscommission hat die dazu nötigen Circulare unentgeltlich zu veräußern.“

Ein Antrag, vom Möbelpolierer Reuter-Verein gestellt, welcher verlangte, daß eine Gewerkschaft nicht früher in einen Agitationsstreik eintreten soll, bevor sie nicht einen Fonds gesammelt habe, der hinreichend die Streikenden während der ersten zwei Wochen des Streiks selbst zu unterstützen, wurde abgelehnt. Zu Revisionen wurden hierauf Wäcker Klammell und Möbelpolierer Reuter, beide in Berlin, gewählt. Den Ort des nächsten Kongresses soll die Geschäftsleitung bestimmen. Das Protokoll des Kongresses soll zum Selbstkostenpreise an die Gewerkschaften abgegeben werden.

Hierauf referiert Kater unter Anwesenheit von 21 in der Bau-

branche beschäftigten Delegierten über den Bauarbeiterstreik. Er kritisiert das Submissions- und Ausschwindlerwesen. Mit dem Versuch, eine Aenderung durch Einwirkung auf die gesetzgebenden Körperschaften herbeizuführen, können wir uns völlig einverstanden erklären.

Zimmerer Meher-Verein vertritt den Standpunkt, daß jeder Arbeiter selbst für Beseitigung der Mißstände auf den Bauten eintreten müsse, das sei der einzige Weg zu einer Aenderung. Maurer Herforth-Verein bezweifelt den guten Willen der Behörden und herrschenden Klassen, hier Abhilfe zu schaffen. Es ist folgende Resolution eingekommen:

„Die durch Vertrauensmänner centralisirten Bauarbeiter sind im wesentlichen mit den Beschlüssen des am 19. März d. J. in Berlin stattgefundenen Bauarbeiter-Kongresses einverstanden.“

Da aber nach den gemachten Erfahrungen durch Eingaben von Petitionen und geeigneten Abänderungsvorschlägen seitens der Arbeiter nichts erreicht wurde, versprechen sich dieselben die Durchführung dieser Beschlüsse nur dann, wenn sich die Bauarbeiter Deutschlands Organisationen schaffen, durch welche sie selbst in den Stand versetzt werden, auf die heute bestehende Gesetzgebung einzuwirken, so, daß dieselbe wirklichen Schutz für Leben und Gesundheit der Bauarbeiter gewährleistet. Zu diesem Zweck verpflichten sich die Delegierten, überall für die Gründung von Organisationen dieser Form einzutreten und vor allen Dingen dafür zu sorgen, daß wenigstens die jetzt bestehenden polizeilichen Vorschriften von Seiten der Unternehmer eingehalten werden.“

Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Gramann-Halle a. S. empfiehlt noch folgende, gegen die Accordarbeit gerichtete Resolution:

„Die am 8. April 1899 auf dem Kongreß in Braunschweig versammelten Bauarbeiter der Vertrauensmänner-Centralisation fordern ihre Berufsgenossen auf, gegen das Accordsystem, wie es noch in manchen Orten vorherrschend ist und zwar 1. deshalb, weil das Submissionswesen im Baugewerbe hierdurch noch mehr gefördert und die Ausbeutung der Arbeitskräfte durch das Unternehmertum immerfort getrieben wird, 2. weil die Bestrebungen um Durchführung eines für jeden Beruf den örtlichen Verhältnissen entsprechenden Minimallohnes, sowie die Einführung einer bestimmten Normalarbeitszeit dadurch verhindert werden, 3. und weil bei der Accordarbeit die Unfallversicherungs-Vorschriften nicht genügend oder gar nicht eingehalten werden, dahin zu wirken, die Accordarbeit überhaupt zu beseitigen.“

Die Resolution wurde ebenfalls einstimmig angenommen. Damit ist die Tagesordnung des Kongresses erschöpft. Nach einem Schlusswort des Vorsitzenden Kater wurde derselbe mit einem Hoch auf die durch Vertrauensmänner centralisirten Gewerkschaften Deutschlands geschlossen.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Der Ausstand der Färber in Bremen hat einen für die Arbeiter günstigen Verlauf genommen. Eine der größten Firmen hat nunmehr die zehnstündige Arbeitszeit bewilligt, während vorher einige Firmen bereits dasselbe Zugeständnis gemacht hatten. In acht Geschäften bestehen noch kleine Differenzen, die hoffentlich beigelegt werden. Die Organisation der Textilarbeiter hat gute Fortschritte gemacht, sie zählt jetzt an tausend Mitglieder.

Die Maurer Braunschweigs befinden sich mit den Arbeitgebern in Differenzen. Es handelt sich um die Erriemung des schon im vorigen Jahre geforderten Stundenlohnes von 45 Pf. Zugut ist streng fernzuhalten.

Der Schneiderstreik in München ist als beendet zu betrachten. Ueber die beiden Firmen Anagge und Union, die sich auch jetzt noch sträuben, den Tarif anzuerkennen, ist die Sperre verhängt und haben die Ausständigen anderwärts Arbeit erhalten.

Ausland.

Die Schneidergehilfen in Thun (Schweiz) haben durch einen zweitägigen Streik die Einführung eines neuen Lohns und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen erreicht. Desgleichen ergielten die Schneider in Karau durch Unterhandlungen Lohnerhöhung und Tarif.

Die Schneide- und Wagneregehilfen in Thun (Schweiz) haben durch eine friedlich verlaufene Lohnbewegung die 10/11stündige tägliche Arbeitszeit, Minimallohn von 35 Cts. pro Stunde, Lohnzuschlag von 20 Proz. für Ueberzeitarbeit, völlige Sonntagruhe, je 14 tägige Lohnzahlung und Mündigung, Abschaffung von Kost und Logis bei den Meistern, Versicherung der Arbeiter gegen Unfall, Freigabe des 1. Mai, Anschläge der Vereinbarung in den Werkstätten und Anerkennung des Fachvereins seitens der Meister erreicht.

Die Pariser Arbeitsbörse im Jahre 1898. Dem Jahresbericht der beratenden Kommission der Arbeitsbörse an den Pariser Gemeinderat ist folgendes zu entnehmen: Die Zahl der Gewerkschaften, die bis zum 31. Oktober 1898 in der Arbeitsbörse Aufnahme fanden, beträgt 231, um 37 mehr als 1897. Die Gesamtzahl der gewerkschaftlichen Versammlungen beziffert sich auf 2225 gegenüber 1898 im Jahre 1897. Außerdem wurden die Versammlungsräume 324 mal für Fachunterrichtskurse und Vorträge benutzt.

Den **Arbeitsnachweis** betreiben 117 Gewerkschaften. Davon haben nur 90 über ihre Arbeitsnachweis-Thätigkeit während der ersten neun Monate des Jahres Angaben gemacht. Insgesamt haben diese 90 Gewerkschaften 32426 Stellen vermittelt, davon 16144 dauernde und 16282 zeitweilige. Im Jahre 1897 waren die entsprechenden Zahlen um die Hälfte geringer, 16741 bezw. 8202 und 8539.

Die **Bibliothek** der Arbeitsbörse enthält über 3500 Bände, Karten und Zeichnungen. Vom August 1897 bis 31. Oktober 1898, das heißt im Laufe von 15 Monaten, wurden 3408 Bände im Lesezimmer gelesen und 507 ausgeliehen. Die Benutzung der Bibliothek erfolgt hauptsächlich in den Wintermonaten. Am Werke wurden gelesen volkswirtschaftliche und sozialwissenschaftliche Werke (931 Bände), dann Litteratur (695 Bände), Geschichte und Geographie (577 Bände), Encyclopädie und Lexika (293 Bände), Romane (124 Bände) u. a. m.

Unternehmer-Verbände.

Der Deutsche Bund der Arbeitgeber für das Baugewerbe hat Veranlassung genommen, in einem an Bau-, Maurer- und Zimmermeister gerichteten Rundschreiben denselben Verhaltensmaßregeln gegenüber der Streikbewegung von Bauarbeitern anzuzurechnen und sich selbst bei dieser Gelegenheit in wohlwollende Erinnerung zu bringen. „Dringend zur Nachsicht“, so wird in dem Rundschreiben ausgeführt, „wird empfohlen, keine Gesellen oder Arbeiter aus Orten zu beschäftigen, in denen eine Arbeitseinstellung eingetreten ist. Aber auch das Annoncieren nach Arbeitskräften gegen hohen Lohn in den Streikorten ist seitens der Arbeitgeber zu unterlassen, um zu vermeiden, daß die Arbeitseinstellungen auf die Nachbarorte der Streikherde übertragen werden. Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe“ hat unter anderem die Aufgabe, Nachrichten über die Arbeiterbewegung einzuziehen, insbesondere über drohende oder ausgebrochene Arbeitseinstellungen im Baugewerbe, um durch übersichtliche Zusammenstellungen dieser Nachrichten die Bauarbeitgeber auf dem Laufenden zu erhalten, die Behörden, das bauende Publikum und die Presse mit wahrheitsgetreuen Nachrichten über die Lage im Baugewerbe unterrichten zu können. Am dieser Aufgabe nachkommen zu können, werden die Bauarbeitgeber (soweit dieselben organisiert sind) ersucht, dem Vorstande des Bundes bezügliche Nachrichten zuzulassen zu lassen.“

Sociales.

Die Grubenaufsicht und der Betrieb wie Abbau der Gruben überhaupt scheint sich in Sachsen nicht zu bessern; es läßt sich das wenigstens aus dem Nachweis der Sektion VII (Sachsen) der Knappschafts-Vereinsgenossenschaft

für das I. Quartal 1899 ersehen. Die angezeigten Unfälle sind von 1050 im gleichen Zeitraum des Vorjahres auf 1057 gestiegen, wovon 76 gegen 68 im Vorjahre entschädigungspflichtig wurden; während die Zahl der tödlichen Unfälle 13 gegen 7 im Vorjahre betrug, davon allein 10 beim Steinföhlen-Bergbau, welcher im gleichen Maße auch an den Unfällen überhaupt partizipiert.

Die Klagen der Vergleute in unserer Presse und auch auf dem am Dienstag geschlossenen Kongreß der Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter über mangelhafte Grubenaufsicht, Verbesserung der Strecken und Abbaue halten wir also für voll berechtigt. Es wäre sehr notwendig, daß einige Grubenbesitzer und Berginspektoren solchen Kongressen beizuwohnen, um die Wahrheit zu hören und darnach bessere Vorschriften zu erlassen zum Schutze der Vergleute zu treffen, statt dessen verstopfen sie sich die Ohren und sinnen mehr auf Maßregelungen der Beschwerdeführer, als auf rationelle Besserung der Verhältnisse.

Die unentgeltliche Krankenpflege, soweit sie die ärztliche Behandlung betrifft, ist in verschiedenen Schweizerstädten für Unbemittelte eingeführt, ohne daß sie als Armenunterstützung betrachtet würde. So in Zürich, Winterthur, Basel etc. und neuerdings auch in Neuenburg. In letzterer Stadt hat der Stadtrat mit den Ärzten ein Abkommen getroffen, wonach sie den bedürftigen Kranken unentgeltliche ärztliche Hilfe gewähren bei voller Freiheit der Arztwahl. Im Jahre 1894 wurde die Initiative der Arbeiter für die Schaffung der unentgeltlichen Krankenpflege durch die eigenartige Sozial- und Unfallversicherung von allen bürgerlichen Parteien als sozialistische Utopie bekämpft und nun wird das Bedürfnis hierfür in immer weiteren Kreisen anerkannt.

Gerihts-Beifung.

Ein Raube-Alt niedriger Art wurde dem Handlungsgehilfen Julius Kaminowski zur Last gelegt, welcher gestern wegen verleumdender Verleumdung vor dem Schöffengericht stand. Am 14. September u. J. ging bei der polizeilichen Polizei ein Schreiben ohne Unterschrift ein, worin angezeigt wurde, daß der Kaufmann Tr. in der W. Straße wohnhaft, ein leidenschaftlicher Anarchist sei. Derselbe habe seiner Freude über das gelungene Attentat gegen die Kaiserin Elisabeth dadurch Ausdruck gegeben, daß er seinem Commis Käufmann ausgehändigt habe mit der Weisung, sich einen vergnügten Abend zu machen. Die im geheimen angestellten Ermittlungen ergaben das völlig haltlose der Anzeige, worauf die Polizei bemüht war, in Verbindung mit dem Verleumder den Schreiber der Anzeige ausfindig zu machen. Der Verdacht der Häterschaft lenkte sich deshalb auf den Angeklagten, weil derselbe kurz zuvor vom Kaufmann Tr. wegen ungenügender Leistungen entlassen worden war und weil nur der Angeklagte wissen konnte, daß Tr. an seinem Geburtstag allerdings seinen beiden jungen Leuten 5 M. gegeben hatte, um sich dafür ein Vergnügen zu bereiten. Der Angeklagte bestritt seine Schuld mit Entschiedenheit. Die Sachverständigen, Frau Prof. Dilow, begutachtete, daß der Angeklagte der Schreiber der Anzeige sei. Der Gerichtshof kam auch zu dieser Ueberzeugung, da die Handschrift des Angeklagten so besonders kennzeichnende Merkmale aufwies, daß sie selbst einem Laien auffallen müßten. Das vom Staatsanwalt beantragte Strafmaß von drei Wochen Gefängnis mußte als viel zu niedrig angesehen werden, denn die Handlungsweise des Angeklagten vertrat eine überaus niedrige Gesinnung. Es sei deshalb auf eine Gefängnisstrafe von drei Monaten erlannt worden.

Wegen Vergehens gegen das Gesetz über den Gewerbebetrieb im Umherziehen und gegen Artikel 9 der Novelle zu Gewerbe-Ordnung vom 6. August 1898 war der Wandgast Kehrung aus Friedrichshagen angeklagt und in den ersten Instanzen auch verurteilt worden. Ihm wurde vorgeworfen, er habe im Umherziehen Bestellungen auf Waren aufgesucht, ohne im Besitze eines Wandergewerbeheimes zu sein. Kehrung reiste sehr viel im Lande herum und veröffentlichte dann in den Zeitungen der Gegend, wo er sich gerade befand, Anzeigen des Inhaltes, daß er in diesem oder jenem näher bezeichneten Gasthof oder Hotel abgetrieben sei, um dort Bestellungen auf Bruchbänder entgegenzunehmen. Es kamen denn auch Leute, die sich Pfah nehmen ließen und Bruchbänder bestellten. Kehrung fertigte die Bänder in seinem Wohnort an und sandte sie den Bestellern zu. Schöffengericht und Landgericht erklärten das Geschäftsvorgehen des Angeklagten für eine Ausübung des Wandergewerbes, auf seine Revision hob jedoch das Kammergericht die Verurteilung auf und sprach ihn frei. Der Vorderrichter habe, so führte der Präsident aus, den Begriff des Wandergewerbes verkannt. Kehrung habe ja gar nicht die Warenbestellungen bei den Bestellern aufgesucht, denn er sei ja nicht zu ihnen in die Wohnung gegangen. Die Leute seien vielmehr zu ihm gekommen und hätten ihm ihre Bestellungen gebracht. Durch die Bestimmungen, die die Führung eines Wandergewerbeheimes vorschreiben, solle das Publikum lediglich vor einem Ueberlaufen durch Reisende usw. geschützt werden.

Vom Zugenische fort verhaftet wurde gestern die unterhaltige Arbeiterin Keman aus Charlottenburg, die gestern vor dem 2. Strafkammer am Landgericht II als Zeugin vernommen wurde. Eine Witwe Anna K. d. r. war wegen Ruppel angeklagt. Sie sollte hiederlichen Mädchen in ihrer Wohnung gegen Entgelt Unterschlupf geleistet haben. Durch die Beweisaufnahme wurde die Angeklagte auch schwer belastet, die Zeugin Keman sprang ihr aber bei der Beweisaufnahme entgegen und sprach die Zeugin frei, daß bei der Angeklagten niemals ein solcher Verkehr geherrscht habe, wie seitens der Staatsanwaltschaft behauptet werde. In der Verlesung einer derartigen, offenbar stark beeinflussten Zeugin erblickte der Staatsanwalt wie der Gerichtshof ein erschwerendes Moment, weshalb gegen die Angeklagte auf sechs Monate Gefängnis erlannt wurde, die Zeugin wurde dagegen wegen dringenden Verdachtes des wissentlichen Meineids in Untersuchungshaft genommen.

In der Klage, die Fräulein Ella Goltz zur Wiedererlangung des ihr von Grünenthal gekentchten Geldes führt, stand gestern wieder ein Termin an, der abermals mit Vertagung endete. Die Klägerin ist jetzt nach dem Haag gereist. Das Strafverfahren gegen den Verleumdeter Wieneke, der Ella Goltz Betrüben verurteilt haben soll und auch einer Reihe anderer Straftaten beschuldigt wird, u. a. der Urkundenfälschung, ist bis zur Erhebung der Anklage gestanden. Die Hauptverhandlung ist auf den 15. d. M. vor dem 9. Strafkammer am Landgericht I angelegt worden.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Bremen, 7. April. (B. L. B.) Die Rettungstation Nordern telegraphirt: Am 7. April sind von der im Riß vor Nordern gestrandeten deutschen Ruff „Johanne Antine“, Kapitän Roggenberg, 4 Personen durch das Rettungsboot „Hrzt Widmar“ der Station gerettet worden.

Brann, 7. April. (B. L. B.) Die Spinnfabrik von Himmelfreich u. Zwicker ist total niedergebrannt. Der Schaden wird auf 300 000 Gulden geschätzt.

Rom, 7. April. (B. L. B.) Der Internationale Drehkongreß beendigte heute Nachmittag seine Arbeiten und beschloß, daß der nächste Kongreß in Paris tagen soll.

Peterburg, 7. April. (B. L. B.) Die Studentenbewegung hat sich wieder verhärtet, bisher hat keine einzige Institution stattgefunden und ist die beabsichtigte Eröffnung der hiesigen Hochschulen deshalb fraglich geworden. Die „Kowoje Wrenja“ wurde, wegen ihrer studentenfeindlichen Haltung von den Studenten, den wissenschaftlichen und literarischen Vereinen, sowie vielen Privatpersonen boykottiert.

Peking, 7. April. (B. L. B.) Li-hung-shang lehnte in der letzten Audienz bei der Kaiserin jede Uebernahme eines Amtes wegen seines hohen Alters ab; trotzdem erhält er das Amt eines Großsiegelbewahrsers.

Zur Reichstags-Wahl im 2. Kreise.

Alle diejenigen Wähler, welche infolge der Verschiedenheit ihres Wohnortes und ihres Arbeitsortes sowohl an ihrem Wohnort in die Wählerliste eingetragen sind, wie auch an dem Orte, wo sie die Woche über arbeiten (z. B. Arbeiter, Handwerker etc., die im Wahlkreis Zettow-Beeslow, Rauch-Welzig, Nieder-Barnim usw. wohnen und in Berlin II arbeiten oder umgekehrt), haben selbstverständlich das Recht, bei der Reichstagswahl am 11. April im 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis ihre Stimme abzugeben, sofern sie schon bei der letzten Wahl in die Wählerlisten des 2. Kreises eingetragen waren.

Wir bitten die Genossen, ihre Rebenarbeiter hierauf aufmerksam zu machen und sie zu veranlassen, am 11. April ihr Wahlrecht auszuüben. Wir haben den letzten Mann notwendig, damit die freisinnige Spekulation, die socialdemokratische Stimmzahl durch die vielfachen Umzüge künstlich heruntorzudrücken, vereitelt werde! Wir müssen alles aufbieten, den Freisinn schon in der Hauptwahl aus dem Felde zu schlagen, denn der Freisinn rechnet darauf, in der Stichwahl abermals die Hilfe der Regierungsorgane und die Stimmen der Konserwativen zu erhalten. Wenn er diesmal den Dank auch nicht wie bei der letzten Wahl hat in reaktionären Gegendiensten durch die Wahl der konserwativen Kandidaten in Potsdam, Brandenburg, Ludenwalde-Fäterbog usw. abstrahlen kann, so kann dies ja später in der Form freisinniger Umsätze, Abkommandierungen und Schwänzungen geschehen wie beim Socialistengesetz. Und die Justizhandvorlage steht drohend vor der Thüre. Und ebenso als warnendes Wahrzeichen die Thatsache, daß Eugen Richter den letzten Umfall des Centrums bei der Militärvorlage offen beschönigte, aus Furcht vor Neuwahlen und zum Dank für die Stichwahl-Hilfe des Centrums!

Also, Parteigenossen, agitirt und werbt für volkzhiliges Erscheinen aller Arbeiter an der Wahlurne und deren Stimmabgabe für den socialdemokratischen Kandidaten

Richard Fischer, Kreuzbergstr. 25 IV.

Das socialdemokratische Wahlkomitee.

Zur Beachtung

für die am 11. April zu Kontrollversammlungen eintreffenden Wähler des 2. Kreises.

Diejenigen Wähler, welche am 11. April, dem Tage der Reichstagswahl im 2. Kreise, zu Kontrollversammlungen eintreffen sind, verlieren dadurch das Wahlrecht nicht. Sie unterliegen zwar für den ganzen Tag dem Militär-Strafgesetz, haben sich daher von jeder Agitation und Dienstleistung für die Socialdemokratie fernzuhalten, aber ihr Bürgerrecht als Wähler können sie unbehindert ausüben.

Also: Jeder in die Wählerliste eingetragene Reservist und Landwehrmann, ob er am 11. April zur Kontrollversammlung eintreffen soll oder nicht, hat das Wahlrecht und daher, wenn er seine politischen und sozialen Interessen ernsthaft wahren will, die Pflicht, am 11. April für den socialdemokratischen Kandidaten

Richard Fischer, Kreuzbergstraße 25 IV

seine Stimme abzugeben!

Weitere freisinnige Wahlkämpfe.

Heute und morgen bringen die freisinnigen abermals ein Flugblatt zur Verbreitung, das auf vier Seiten die albernsten und geschmacklosesten Verlästlerungen der Socialdemokratie kopiert. Derselbe Freisinn, der, wo er am Ruder ist, wie in der Berliner Stadtverwaltung, nichts weiter kennt als die einseitige Begünstigung der großen Aktiengesellschaften — Pferdebahn, Electricitäts-Gesellschaft etc. —, spickt sich plötzlich wieder zum Beschläger des Kleinhandwerkers und Kleinhändlers auf, während er der Socialdemokratie nachredet

ihre Führer haben in Schriften, Versammlungen und auf Parteitagungen besonders scharf betont, daß ihnen nichts erwünschter sei als die Proletarisierung und vollständige Vernichtung der Existenzen im Kleinhandwerk und Kleinbetriebe.

Man kann die Herren Perls, Pasquel, Gutschmann, Helmann und Stahl, die dieses Flugblatt mit ihren Namen unterzeichneten, doch nicht für so unwissend und beschränkt halten, daß sie nicht zu unterscheiden vermögen, was die Socialdemokraten als naturnotwendige Konsequenz des vom Freisinn betriebenen und gerichteten kapitalistischen Produktionsprozesses darstellen und was sie als ihre Ziele hinstellen. Und deshalb muß diese Flugblatt-Verbreitung als ein Verbrechen, auf die Unwissenheit der Wähler spekulierender Wahlschwinder zurückgewiesen werden. Freilich, wenn ein Leiter der freisinnigen Wahlbewegung den Mut hat, offen sich etwa dahin zu erklären, derjenige werde die besten Wahlschäfte machen, der den Schwinder am besten versteht, so kann man solche Latit am Ende verstehen.

Natürlich kehrt auch die alberne Behauptung wieder, daß die Socialdemokraten gegenwärtig gegen alle Belege stimmen, welche bestimmt sind, die sociale Lage der arbeitenden Klassen zu verbessern. Es nimmt sich das besonders nett aus von einer Partei, deren Führer unter dem Weisfall seiner Parteigenossen mit wahrer Verfechterei gegen die ganze Socialgesetzgebung losgeht und dafür den Dank und Bruderkuß der Widmark, Stöder, Hammerstein und Stumm zum Lohn erhielt, und der gegen jeden Arbeiterschutz als polizeiliche Einmischung in das freie Arbeitsverhältnis wütet und in seinem politischen Abwuchs rundweg die Aufhebung der ganzen Versicherungs-Gesetzgebung fordert, was natürlich dem Geldinteresse des Unternehmertums am besten entspreche.

Wie weit macht sich demgegenüber die sittliche Enttäuschung, mit der die freisinnigen Herren die Verdächtigungen und Verdrehungen zurückweisen, welche die socialdemokratischen Flugblätter angeblich über Herrn Kreitling brachten. Solange die Herren nicht wenigstens eine solche Verdächtigung anführen, muß man auch diesen Humbug zurückweisen. Und wie kleidet diese sittliche Enttäuschung gerade jene Herren so schön, die sich nicht schämen, von der Socialdemokratie in ihrem Flugblatt zu behaupten:

„daß sie die Unhaltbarkeit und Undurchführbarkeit ihres Programms kennen und den nicht genügend denkenden Genossen und Mitläufern Sand in die Augen streuen.“

Mit anderen Worten: Die Socialdemokraten seien entweder Betrüger oder Dummköpfe! Gel, wie würden dieselben Herren aufschreien, wenn man ihnen gegenüber eine solch schamlose Sprache führte! Man muß seine eigene politische Ueberzeugung und seine eigene politische Ehre sehr gering einschätzen, wenn man die des

Gegners nur mit solchen niedrigen Einwänden zu belämpfen versucht. Da muß sich ja schließlich jeder anständige Freisinnige für sein eigenes Wahlkomitee schämen!

Selbstverständlich fehlt auch der Arbeiter Kreitling nicht, der lediglich infolge rechtschaffener Arbeit und beharrlichen Fleißes es zum Rentier gebracht hat. Kein Mensch hat die Rechtschaffenheit des Herrn Kreitling bestritten oder auch nur angezweifelt, aber die freisinnige Behauptung darf man doch als Truggebild zurückweisen, als ob jeder Arbeiter, wenn er nur „rechtschaffen“ und mit „beharrlichem Fleiß“ arbeitet, es ebenso wie Herr Kreitling zum Rentier bringen könne. Solange die Herren und nicht an der Höhe der Arbeitslöhne und der dabei möglichen Ersparrnisse die Möglichkeit dieses Rentier-Exempels nachzuweisen, werden sie uns schon gestatten, daß wir auch diese Behauptung als inhaltlose Wahlphrasen kennzeichnen, an die sie selber nicht glauben können!

Wenn zum Schluß dann noch die politische Unabhängigkeit des Herrn Kreitling hervorgehoben wird gegenüber jenen, die „ein von der Parteileitung angestellter und gänzlich von ihr abhängiger Beamter ist“, so kann das nur das Lachen aller hervorgerufen, welche die wirkliche Sachlage kennen. Weß nicht alle Welt, daß Eugen Richter in der freisinnigen Partei jeden niederblüffelt, der anderer Meinung ist als er; oder der es gar wagte, gegen den Stachel des Parteipapstes zu läßen! Sind die einen, wie Harmering, nicht hinausgeschoben, und die anderen, wie Kaufmann, nicht zum Schweigen gebracht worden? Und wie viele Jahre durfte der arme Dr. Max Dirich seine unschuldige Arbeiterfreundlichkeit nicht offen bekennen, resp. wurde er dafür von der gesamten freisinnigen Parteileitung geboykottet! Und war es nicht der Vorsitzende der freisinnigen Parteileitung, der es, ohne dafür auch nur getadelt zu werden, wagte, sogar Herrn Kreitling (und Herrn Perls) bloß deshalb, weil sie sich für den rebellischen Potsdamer Thorbegleitverein erklärten, „als einfache politische Null auch innerhalb der freisinnigen Partei“ hinzustellen („Freisinnige Zeitung“ Nr. 276 vom 25. November 1898). Und mußte nicht Herr Kreitling diese schmählische Beschimpfung schweigend ertragen!

Angesichts solcher Thatsachen sollen die Herren Perls, Heimann, Stahl e tutti quanti doch weislich stille sein von der „Unabhängigkeit“ in der freisinnigen Partei! Ja, wenn Herr Kreitling zu allem Arbeiterfeindlichen Treiben und Hehen und Schimpfen Richters Ja und Amen sagt, dann wohl, sonst aber — „einfache Null“ — „hinand“!

Daher werden die Wähler keinen Augenblick im Zweifel sein, daß für politische Unabhängigkeit einzig und allein der socialdemokratische Kandidat Garantie bietet und über die freisinnigen Flugblatt-Phrasen lachend hinweggehen!

Die „Freisinnige Zeitung“ erklärt, der „Vorwärts“ hätte einen vollständigen Lügenlad über den Freisinn aus. Der einzige Beweis, den die „Freisinnige Zeitung“ für ihre schamlose Behauptung anföhrt, ist nun selbst eine — freche Lüge. Sie behauptet:

„Unter anderem wird es so dargestellt, als ob die Aufhebung der Privatposten in Berlin 2700 Beamten die Uebernahme in den Reichsdienst und die Pensionsberechtigung gewähren werde.“

Wir fordern die „Freisinnige Zeitung“ auf, unsere „Lügen“ wörtlich anzuföhren und in ihrer Unwahrheit nachzuweisen, sonst bekennt sie sich ehrlöser Verleumdungen schuldig.

Wir stehen für jedes Wort ein, was wir geschrieben. Wir sind bereit, jede Widerlegung der „Freisinnigen Zeitung“ getreu abzudrucken. Aber es widert uns an, mit einem Blatt zu polemisieren, das grundsätzlich niemals die Meinung eines Gegners unverfälscht wiedergibt.

Auf gleicher Stufe steht die Erwiderung, die Eugen Richter gegen die Auffassung unseres Aufsatzes über das Wahlrecht abgab. Sein Citat aus der Wahlprüfungscommission paßt gar nicht auf den von uns gemeinten Fall; es ist Richtersches Gaukelspiel.

Den Schwankenden.

Die noch immer etwas vom Freisinn halten, empfehlen wir zur Lesüre ein Gedicht, das kürzlich, wenn wir nicht irren, in der „Wiener Revue“ veröffentlicht wurde. Es lautet:

Der Sang vom Freisinn.

Der neue deutsche Reichstag ist unlängst zusammengesetreten. Auf, Freisinn! Geh' mit an Dein Werk: Die Zeit mit Reden zu töten.

An Reden und Programmen wird Dir's sicher niemals mangeln; Gehörte weiter nichts dazu, Du habst die Welt aus den Angeln.

Du hättest die morische Feindlistät zu Grund und Boden zerstampert: Du hättest Aronen plattgedrückt Und hättest Gott entgöttert.

Du hättest siegend die Welt durchbraust Mit fliegenden Standarten. Was hättest Du nicht geleistet, Iam's Nur an auf Redensarten!

In Reden und im „Partei-programm“ findet der Freisinn Genüge. Daß seine Reden Thaten sind, Das ist seine Lebenslüge.

Das Wort, das ist ihm Speer und Schwert, Ist Kraft, ist Ueberzeugung. Er spricht, weil er nichts anderes kann, Er spricht aus Veruss und Reizung.

Das Parlament ist ihm die Welt, Sein Leben ist die Debatte. Er ist ein pathetischer Komödiant Mit dicken Tricots voll Watte.

Ach! Sein heroisches Pathos trägt Einen bürgerlichen Cylinder, Und sein wackleres Heldentum Erschredt bloß kleine Kinder.

Das Feuer der Achtundvierziger In hundertfacher Verbannung; Verdorrte Muskeln; schütteres Haar; Verwachsene Gefinnung.

Alt bist Du, lieber Freisinn, all, Und schäbig von jeder Seite. Kein Herwegh und kein Freiligrath, Nieht Dich heut' noch zum Streite.

Hast längst nicht den alten Fortschermut, Wie Strauß so analitisch, So umsturztröh wie Feuerbach, Wie Koleschott so kritisch.

Spürst Du wohl von Jacoby noch Den Königstrog, den Herben, Kannst freiten Du, wie Feder tritt, Und Robert Blum gleich sterben?

Kannst Du, wie Börne, domern noch, Händelnd, wie Heine, hroten? Bist in des Freisinn's Sünde Du Denn ehrlich hartgesotten?

O nein, o nein! Du stömmest ja Und hast den Grad voll Orden. Du bist ein zitt'rig wackelnder Opportunist geworden.

O Freisinn, Du vergißst und weilst, Bist immer weller und gelber, Den Freisinn glaubt man Dir nicht mehr, Du glaubst kaum an Dich selber.

Du siehst als überreife Frucht, Doch siehst Du weit von Stamm. Einst machtest Revolutionen Du, Heut' machst Du nur Programme.

Ueber die Neuwahl zum Reichstage sprach Donnerstagabend Genosse Max Schippel in „Krieges Zeitungen“, Wasserthorstr. 68. In seinem Vortrage gab Schippel ein Bild von den wichtigsten Fragen, die den Reichstag noch in dieser Legislaturperiode beschäftigen werden. Zunächst die Frage der Vermehrung des Militärs, die ja noch nicht endgültig entschieden ist, dann die beständigen Versuche, das allgemeine Wahlrecht abzuschaffen. Die Reden der Herren v. Stumm und Mirbach zeigen ja ganz deutlich, wohin man es bringen möchte, und als entsprechendes Korrelat auf wirtschaftlichem Gebiete der Sturm auf gegen die Gewerbe-freiheit. Das, was in der Begründung aller innerpolitischen Kämpfe steht, ist der unheilvolle Einfluß des Agrarierthums. Der nächste Reichstag hat über die Handelsverträge zu bestimmen. Die Agrarier wollen dieselben nicht erneuern, um in dem neuen autonomen Zolltarif vollkommen freie Hand zu haben.

Die Agrarier verlangen die Beschränkung der Freizügigkeit der jugendlichen Landarbeiter, sie verlangen weiter, daß unsere Militäransgehungen viel härter sein sollten, damit man einen Teil der Soldaten zu Erntearbeitern freigeben könnte. (Hört! hört!)

Nun könnte man ja sagen: Gegen alle diese agrarischen Uebergriffe treten ja auch die Freisinnigen auf, also können wir hier, im zweiten Wahlkreise, ja ebenjogst Herrn Kreitling unsere Stimme geben. Das ist unrichtig. Zunächst ist es ein großer Unterschied, auf welche Weise die Freisinnigen und wir dieselben Forderungen vertreten. So zum Beispiel in der Bekämpfung des Militarismus. Die Freisinnigen haben schließlich für die Neubewaffung, für Stannonen gestimmt, die Socialdemokraten aber haben prinzipiell alles abgelehnt, dann aber giebt es eine ganze Reihe von Fragen, die eben spezifische Arbeiterinteressen vertreten, und da sehen wir, daß die Fortschrittler Hand in Hand gehen mit den ärgsten Arbeiterfeinden. Die bestehende, ohne hin lächerlich geringe Arbeitervertretung wollen sie aufheben, ohne etwas anderes an ihre Stelle zu setzen. In allen Fragen des Arbeiterkampfes bildet der Freisinn einen Himmelschuh; es bedeutet daher etwas ganz anderes, einen Fortschrittler zu wählen, als einen direkten Arbeitervertreter, wie Richard Fischer, der selbst aus Arbeiterkreisen hervorgegangen. (Lebhaftes Bravo.) Gerade jetzt bereitet die Reaktion einen Hauptschlag gegen die Arbeiterklasse vor, ich meine die weitergehenden Pläne gegen das Koalitionsrecht, das wir noch nie vollständig gehabt, und das immer wieder eingeschränkt worden durch Gewerbe-Ordnung, Strafgesetzbuch und Vereinsgesetzgebung, und das man nun mit neuen, mit Justizhandgehehen vollständig zerhöligen und vernichten will. Schon in den nächsten Wochen wird die Justizhand-Vorlage zur Beratung kommen, und da wird es seinen Eindruck nicht verfehlen, wenn am Tage des Zusammentritts des Reichstages hier in Berlin der Aufschall: Der schärfste Gegner dieses Justizhandstreiches ist gewählt worden: Wenn man uns mit Justizhand bedroht hat, nun, um so wichtiger muß unser Protest am Dienstag sein, um so mehr Stimmen müssen wir dafür in die Bagatelle werfen!

Starker, lang anhaltender Beifall folgte den Ausführungen des Referenten. In der daran folgenden Diskussion trat Wohlfeiler Löwenstein für die Wahl Kreitlings ein. Er meinte, die Ausführenden Schippels könnte man ebenso auf den freisinnigen, wie auf den socialdemokratischen Abgeordneten beziehen (Widerspruch). Was die Vermehrung des Militärs anlangt, so habe Schippel selbst sich auf einem Parteitage für dieselbe ausgesprochen. Der Zukunftsstaat könnte die Socialdemokraten nicht mehr von den Freisinnigen trennen, denn gerade die letzte Zeit hat mit der Veröffentlichung der Versteinischen Ideen die ganze Marxische Theorie über den Haufen geworfen; man kann daher mit bestem Gewissen als für einen Socialdemokraten, für einen Freisinnigen stimmen. Kreitling ist noch ein viel besserer Arbeiter gewesen, als Richard Fischer (Heiterkeit), er hat 32 Jahre lang praktisch als Monteur gearbeitet. (Große Heiterkeit.) Wenn er es nun bahnt gebracht hat, daß er jetzt von seinem erworbenen Lohn als Rentier leben kann, so ist ihm daraus kein Vorwurf zu machen. (Heiterkeit, Zurufe.)

Schippel entgegnete ihm, daß er noch nie für die heutige Militärwirtschaft eingetreten sei. Aber wir belämpfen ja gerade die heutige Gesellschaft und daher auch den Militarismus. Genosse Wilhelm tritt gegen das stehende Heer und für die Miliz ein. Erwald bestreitet, daß irgend jemand durch seiner Hände Arbeit heute reich werden könne. (Sehr richtig!) Kreitling ist wohl auch nur durch die Ausbeutung anderer reich geworden; er beleuchtet sodann die Volksfreundlichkeit der Freisinnigen, die in den Stichwahlen immer für Erziehung eintraten.

Richard Fischer widerlegt die Ausführungen Löwensteins im einzelnen; die Freisinnigen sind nur in der Theorie freisinnlich, wo sie die Majorität hatten und haben, in Landtagen, Gemeindevvertretungen usw. haben sie stets der Reaktion Vorstoß geleistet. Wenn gegen die Justizhandvorlage kein anderer Widerstand sich erhebt, als der freisinnige, dann ist die Arbeiterklasse verkauft und verraten. (Sehr richtig!) Was die Versteinischen Ideen anlangt, so hat sich der Stüttagarter Parteitag gegen sie erklärt, aber in unserer Partei gilt eben freie Meinungsäußerung, ganz anders als bei Herrn Eugen Richter. Redner zerstört sodann, unter Heiterkeit der Versammlung, durch ein Rechenexempel den schönen Wahn, daß Herr Kreitling von seinem Erworbenen Rentier geworden sei; übrigens machte ihm niemand einen Vorwurf daraus, daß er Rentier sei, nur sollte man ihn nicht immer als Arbeiter ansprechen.

Frau Gubela erinnert an die Haltung der Freisinnigen beim Konfektionsarbeiterinnen-Streik und wünscht, daß die Frauenrechte im allgemeinen mehr gepflegt werden. Der Vorsitzende Erwald erwähnt die Genossen, sich recht fleißig der Wahlarbeit zur Verfügung zu stellen, im speziellen auch der am Sonntag stattfindenden Flugblattverteilung. Mit einem dreifachen Hoch auf die Socialdemokratie wird kurz vor 12 Uhr die Versammlung geschlossen.

Warum mußte die Wahl des Herrn Kreitling kassiert werden? Zu dieser Frage äußerte sich der Reichstags-Abgeordnete D. Antria am Donnerstag in einer Versammlung des social-

demokratischen Wahlvereins für den II. Wahlkreis etwa folgendermaßen. Er als Mitglied der Wahlprüfungs-Kommission des Reichstags und als Referent der Kommission in Sachen der Wahl des Herrn Kreiling müsse zunächst dem vielfach verbreiteten falschen Glauben entgegenreten, daß die Wahl Kreilings nur die Folge größter Schwindereien sei. Das sei nicht richtig, denn es sei nicht erwiesen, daß die Wahlleiter bewußten Wahlwindel getrieben hätten. Allerdings habe er beim gründlichen Studium der Akten alle Schönheiten freisinniger Wahlmache kennen gelernt. Schon als am Stichwahltag verkündet wurde, daß Richard Fischer mit 25 547 Stimmen gegen 25 562 Stimmen unterlegen wäre, seien Gerüchte über Unregelmäßigkeiten laut geworden, und noch am selben Abend habe man Unregelmäßigkeiten gemeldet, die bestätigt worden seien bei der Verkündung des amtlichen Wahlergebnisses. Da hätten bereits der Wahlkommissar und seine Beistitzer festgestellt, daß 13 Fischer zugeordnete Stimmen zu Unrecht für ungültig erklärt worden seien und daß ferner drei Winderjährige, sowie ein anderer, gleichfalls nicht wahlberechtigter Mann gewählt hätten. Somit wäre eigentlich Fischer gewählt gewesen, der Wahlkommissar habe aber nicht das Recht gehabt, jene vier Stimmen für ungültig zu erklären. Trotz dieses amtlich festgestellten Thatbestandes habe Herr Kreiling die Wahl angenommen und das Mandat ausgeübt. Vieles lasse sich dagegen sagen, doch sei das mehr eine Frage des Tastes, vor der Herr Kreiling, dessen besonderer Stolz ja seine demokratischen Eigenschaften sein sollen, hier gestanden habe. Redner hätte an seiner Stelle das Mandat nicht angenommen. — Die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstags habe nun, ohne daß sie erst auf das zur Begründung des Wahlprotestes beigebrachte Material eingehen brauchte, amtlich festgestellt, daß 15 Stimmen für R. Fischer unberechtigterweise für ungültig erklärt worden waren. Auch seien vier Stimmzettel mehr abgegeben worden, als die Listen erkennen liessen. Solche Zettel würden aber nach alter Praxis dem Gewählten abgerechnet. Für R. Fischer hätten demnach 25 562 und für Kreiling nur 25 558 Stimmen gezählt werden müssen. Schon wegen dieser Thatfachen sei die Kommission mit allen gegen die Stimme des freisinnigen Korreferenten zu dem Entschluß gekommen, die Kassierung der Wahl zu beantragen. Ein oder zwei Tage darauf habe Herr Kreiling sein Amt freiwillig niedergelegt. Es werde die Frage gestellt werden:

Wie sei es möglich, daß offenbar gültige Stimmen für ungültig erklärt wurden? Nun, die Wahlvorsteher hätten gegen die striktesten Vorschriften der Wahlprüfungs-Kommission gehandelt, gegen Vorschriften, die jeder Wahlvorsteher gedruckt erhalten habe. Die fragliche Druckschrift 286 erläutere den § 19 des Wahlreglements dahin, daß auch Stimmzettel gültig wären, die einen durchstrichenen Namen und darüber oder darunter einen mit Blei oder Tinte geschriebenen anderen Namen enthielten. Die freisinnigen Herren Wahlvorsteher hätten es nicht fertig gebracht, danach zu handeln, sondern hätten derartige Wahlzettel in den verschiedensten Bezirken für ungültig erklärt. In der Erläuterung heiße es weiter: „Ist aus dem Wahlzettel die Person des Gewählten unzweifelhaft zu erkennen, so kommt es nicht darauf an, daß der Zettel außer dem Namen noch den Vornamen, den Wohnort und den Stand des Gewählten enthalte, insbesondere genügt bei Stichwahlen der bloße Name“. Diese blühige Auslegung des Gesetzes habe in einzelnen Fällen die Wahlvorsteher nicht davon abgehalten, Stimmzettel für ungültig zu erklären, auf welchen nur der Name Richard Fischer stand. In zwei Bezirken hätten Soldaten in Uniform gewählt und im 78. Wahlbezirk sei der Wahlvorsteher aus dem Wahllokale hinausgegangen, um draußen einem Kranken den Stimmzettel abzunehmen, obwohl die Wahlprüfungs-Kommission, so lange sie bestünde, solche Zettel für ungültig erkläre. Im 107. Wahlbezirk habe der Vorsteher verlangt, daß der Stimmzettel nur einmal zusammengeknallt werde. Weil er so hineinsehen konnte, seien hier allein über 300 Wähler wieder umgekehrt, ohne ihre Stimme abzugeben. Vielfach seien nicht einmal die Wahllisten und Protokolle richtig ausgefüllt worden, obwohl die Leute nur nach der ihnen gelieferten Schablone arbeiten brauchten. Der freisinnige Korreferent Schmieder habe deshalb sogar in der Kommission für Wahlprüfungen beantragt, den Wahlakt in den Bezirken 46, 55, 71, 77, 83, 88, 97, 104, 107, 115, 117, 120, 123, 125, 132 und 152 für ungültig zu erklären. Es sei hier fast unmöglich gewesen, festzustellen, wie viel Stimmen eigentlich bei der Hauptwahl und wie viel bei der Stichwahl abgegeben worden seien. In einer ganzen Reihe von Bezirken habe man gar keine Nebenprotokolle geführt. In den Bezirken 71 und 107 sei die Stimmenzählung unterlassen worden. Bezeichnend sei, was der freisinnige Abgeordnete Schmieder zu alledem gesagt habe. Es habe von einer sehr wenig gewissenhaften Besorgung der einfachsten Formvorschriften gesprochen und weiter geäußert, daß ihm trotz seiner langjährigen Mitgliedschaft in der Wahlprüfungs-Kommission solche Niederlichkeiten aus Großstädten doch noch niemals zu Gesicht gekommen seien. In westentlegenen Gegenden wäre es vielleicht erklärlich, aber in Berlin, in der Stadt der Intelligenz, sollte man solche Schweinereien nicht erwarten. So der freisinnige Herr.

Stehen nunmehr die Schuld der mit der freisinnigen Volkspartei eng liierten Wahlvorsteher fest, so müßten sich die Parteigenossen dennoch die Frage vorlegen: Sind wir nicht mitschuldig daran, daß der Kreis nicht gleich bei der ersten Wahl in unsere Hände fiel? Die Frage sei leider zu bejahen, denn auch bei der letzten Wahl sei es vorgekommen, daß Arbeiter ihre Stimmzettel selbst ungültig gemacht haben durch Zeichnungen und überflüssige Aufschriften, sowie dadurch, daß sie ihren Namen und ihre Adresse neben den Namen Fischer schrieben. So etwas dürfte nicht mehr vorkommen. — Diesmal müsse Gesetzwidrigkeiten bei der Wahlhandlung von vornherein vorgebeugt werden. Es müsse die Kontrolle verschärft und dafür gesorgt werden, daß jederzeit der Wahlkommissar, Stadtrat Wugdan, sofort über Verstöße benachrichtigt werde könne. Niemand dürfe aus dem Wahllokale gewiesen werden, wenn er sich anscheinend benehme; nach den Erläuterungen der Wahlprüfungs-Kommission selbst der nicht, der dem Wahlvorsteher dadurch lästig falle, daß er ihn auf Verstöße gegen das Wahlreglement aufmerksam mache. Redner verabschiedete sich mit dem Vorschlag für die Kontrollierung der Wahl und schloß dann unter lebhaftem Beifall mit einem warmen Appell an die Versammelten, die Zeit bis zum Wahltag noch thätig auszunutzen, damit die Sozialdemokratie schon bei der Hauptwahl als Siegerin aus dem Kampfe hervorgehe.

Werner äußerte sich im Sinne des Referenten und ersuchte die Genossen, möglichst noch mehr derjenigen Wähler ansündig zu machen, die im Laufe des Jahres verzogen sind. — Es nahm dann der Vorsitzende des freisinnigen Vereins „Franz Ziegler“ Herr Spondroff, das Wort. Er meinte, er „beschmeiße nicht Abwesende mit Dred“, und versprach, sich energisch seiner Sache anzunehmen und festzustellen, ob wirklich alle Wahlvorsteher freisinnige Leute seien. Auch wärmte er das Märchen von den 720 Schlachtfischen wieder auf, die im vorigen Jahre im ersten Wahlkreis gewählt haben sollen, ohne dort zu wohnen. Kreiling nannte er einen harmlosen, aber gerechten Mann. Die Genossen Marquard, Ziegler, Hensel, Jastle, Paschinski, Köber und Dohow traten ihm energisch entgegen. Dohow stellte den Anstand des Herrn Spondroff in das rechte Licht, indem er darauf verwies, daß gerade dieser Herr im vorigen Jahre die Erklärung abgegeben habe, im Wahlkampf sei alles erlaubt. Auch habe Spondroff im vorigen Jahre behauptet, Herr Kreiling hätte von der Herausgabe des Flugblattes: „Wer ist Fischer?“ gewußt, während Herr Kreiling dem Redner selber versichert habe, es sei nicht der Fall. Nach einem sehr wirkungsvollen Schlusssatz des Genossen Antrid erfolgte Schluß der Versammlung.

Schneidige Schwindler.

Vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I stand gestern Termin zur Hauptverhandlung in der mehrfach erwähnten Strafsache Schachtel und Genossen an. Als Angeklagte erschienen: 1. Der Malter Henry Schachtel, 2. der Stallmeister Herbert Dietel und 3. der Leutnant a. D. Claus Rudolf August Martin Graf von und zu Egloffstein, im Jahre 1871 zu Clarend in der Schweiz geboren, seit dem 9. Januar in Untersuchungshaft. Schachtel wird der wiederholten Untreue und Unterschlagung, Dietel der Anstiftung und der Beihilfe zum Betrüge, v. Egloffstein des Betruges in zwei Fällen beschuldigt. Es handelt sich um verwickelte Geldgeschäfte, bei denen die Angeklagten in verschiedenen Rollen beteiligt sind.

Im Jahre 1898 gebrauchte ein Herr R. Geld und übergab dem Angeklagten Schachtel sein Accept mit dem Auftrage, ihm Geld darauf zu verschaffen. Schachtel soll ihm solches auch in sichere Aussicht gestellt, ihm aber kein Geld verschafft, den Wechsel vielmehr selbst als Aussteller gezeichnet, in blanco girirt und im eigenen Interesse verwertet haben. Schachtel soll zu dieser Veruntreuung durch Dietel angestiftet worden sein. — Auch im zweiten Falle handelt es sich um einen Wechsel. Der Kammerherr von Salisch hatte im Frühjahr 1898 auf Vorschlag des Subdirektors Juhász das Haus Rajanenstraße 22 gekauft. Zum 1. Oktober mußte er eine auf diesem Grundstück lastende Kautionshypothek nebst Zinsen ablösen und gebrauchte hierzu 10 000 M. Juhász verwaltete das Haus und auf sein Anraten acceptierte von Salisch einen bis auf den Namen des Ausstellers völlig ausgestellten Wechsel, den Juhász begeben sollte. Letzterer setzte sich mit dem Angeklagten Schachtel in Verbindung, der sich zur Beschaffung des Geldes bereit erklärte. Schachtel erhielt den Wechsel, soll dann aber damit ihm eine ganz unerlaubte Schiebung gemacht haben, indem er ihn an den Grafen Egloffstein weiter gab.

Graf Egloffstein auf Reisen.

Schachtel war nämlich bald nach Empfang des Wechsels zum Derby-Kennen nach Hamburg gereist und dort mit v. Egloffstein zusammengetroffen. Dieser bat ihn ohne Erfolg um ein Darlehen von 200 M., dagegen teilte Schachtel dem Grafen mit, er löse eine hübsche Provision verdienen, wenn er das Accept des Herrn v. Salisch diskontiere. v. Egloffstein ging auf dies Anerbieten ein und erhielt in Berlin das v. Salisch'sche Accept, das er dann in eigenem Nutzen verwertet haben soll, als er nach Gastein fahren wollte und kein Geld hatte. Nachdem er verschiedene vergebliche Versuche gemacht hatte, den Wechsel zu diskontieren, brachte er ihn in Breslau bei einem Herrn Grotensand unter, wobei ihm Schachtel behilflich war. Er reiste mit dem auf den Wechsel erhaltenen Gelde nach Gastein. Grotensand schrieb noch an demselben Tage an Herr v. Salisch und erhielt von diesem den Bescheid, daß er auf den Wechsel keine Valuta darauf erhalten habe. Grotensand schrieb und telegraphierte an Schachtel, bekam aber keine Antwort. Auch Herr v. Egloffstein machte er Vorwürfe; dieser hat sich später verpflichtet, den Wechsel bei Grotensand wieder einzulösen und nach Schluß der Voruntersuchung auch Zahlung geleistet. v. Egloffstein bestreitet, gewußt zu haben, daß das v. Salisch'sche Accept lediglich zur Geldbeschaffung aus der Hand gegeben worden sei und Herr v. Salisch keine Valuta darauf erhalten habe. Die Anklagebehörde nimmt auch an, daß der Angell. v. Egloffstein vielleicht nicht von Anfang an Kenntnis von der Sachlage gehabt habe, hält es aber für zweifellos, daß er später erfahren, daß Schachtel widerrechtlich über den Wechsel verfügt habe. Nebenbei ist schließlich Herr Juhász von seinem Auftraggeber für die Folgen seines Handelns verantwortlich gemacht worden. — Im Frühjahr 1898 gebrauchte v. Egloffstein Geld zur Bezahlung von

„Ehrensoldaten“.

Er wandte sich deshalb an Dietel, der ihm schon wiederholt aus Verlegenheit geholfen hatte. Dietel, der kurz vorher an den Schlächtermeister Fritz Lohstädt einen Wagen verkauft hatte, kam nun auf folgenden Einfall, um dem v. E. Geld zu beschaffen. Er teilte Herrn Lohstädt mit, daß v. E., der aktiver Offizier sei und nach Münster versetzt worden sei, vier Wagen billig verkaufen wolle. Dietel soll sich dann mit Lohstädt zu v. E. begeben und dieser soll versichert haben, daß er die vier Wagen besitze, obgleich dies nicht der Fall war. Lohstädt soll sich haben überreden lassen, 1400 M. als Anzahlung zu leisten, obgleich er die Wagen tatsächlich nicht sehen konnte; er ließ sich zur Sicherheit dagegen v. E.'s Accept geben, verpfändete sich, dem Angeklagten Dietel 500 M. Provision zu zahlen, wovon er 130 M. sofort anzahlte. Er hat die von ihm gekauften Wagen nie erhalten. Schließlich hat er sich mit v. E. dahin geeinigt, daß dieser 900 M. zurückzahlte. Dietel wurde von Lohstädt auf Rückzahlung der 130 M. verklagt und nebst v. E., der sich dafür verbürgt hatte, verurteilt. Dietel hat die 130 M. jedoch erst am 13. Januar d. J. in Verfolg seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter gezahlt. Egloffstein soll damals schon 75 000 M. Schulden und eine Jahresrente von 3000 M. gehabt haben.

Den Vorstich im Gerichtshof führt Landgerichts-Direktor Voigt, die Anklage vertritt Staatsanwalt Filbrg, die Verteidigung führen die Rechtsanwälte Dr. Halpert, Dr. Davidsohn, Justizrat Kleinholz und Dr. Hugo Marcuse.

Die Geldgeschäfte.

Bezüglich des ersten Falles gibt Angeklagter Schachtel zu, den Wechsel des R. nicht dazu verwendet zu haben, dem R. Geld zu verschaffen, sondern ihn an Dietel verwendet habe, von dem der Wechsel an v. Egloffstein gelangte. Damit hat es folgende Bewandnis: Ein Herr v. Linde hatte im April 1898 den Buchhalter Tennhäf, Geschäftsführer in einer Wodaga der Friedrichstraße, beauftragt, ihm Geld zu verschaffen.

Ein Pferdehandel.

Tennhäf brachte ihn mit Schachtel in Verbindung, und dieser verkaufte an v. L. gegen dessen Accept von 10 500 M. drei dem Kapitän zur See a. D. Wroctowicz gehörige Pferde, zwei Fische und eine Rappstute, wobei er eine Provision von 200 M. verdiente. Die Pferde wurden bei Dietel untergebracht und Tennhäf erhielt von v. L. Vollmacht, durch Verkauf der Pferde ihm Geld zu verschaffen und ihn in seinen Geschäftsangelegenheiten mit Herrn Dietel und Schachtel zu vertreten. Tennhäf und Dietel verkauften die beiden Pferde an den Schlächtermeister Lohstädt für 1150 M., Lohstädt zahlte an Dietel noch eine Provision von 300 M., die wovon er an Tennhäf 150 M. weiter gab. Tennhäf gab aber die 1150 M. gar nicht an v. Linde, behielt vielmehr 50 M. für sich und gab 1100 M. an Schachtel, der ihn um das Geld angegangen hatte. Schachtel mußte von den 1100 M. sogleich 100 M. Provision an Dietel abgeben. Tennhäf fürchtete nun aber bald darauf, daß Herr v. Linde eine Anzeige gegen ihn erlassen würde und Schachtel und Dietel befürchteten nun den Grafen Egloffstein, den Tennhäf „herauszureißen“. v. Egloffstein ließ sich bewegen, die drei Lindschen Pferde, von denen aber zwei schon an Lohstädt verkauft waren, zu kaufen und gab dem Dietel für Tennhäf zur Aufhändigung an v. Linde sein Accept über 8000 M. als Zahlung des Kaufpreises. Dietel erklärte ihm dann, die beiden Fische seien schon verkauft, und v. E. erhielt nun die Lindsche Rappstute und außerdem das mehrerwähnte Rische Accept über 3000 M., welches Schachtel dem Dietel unbedingterweise gegeben hat, weil letzterer nach seiner Behauptung ihm mit der Reitgette gedroht habe. v. E. hat sein Accept von 8000 M. demnach nicht eingelöst, dagegen ist v. Linde auf Zahlung seines Accepts über 10 500 M. verklagt worden. — Schachtel behauptet, daß bei der ganzen Sachlage Dietel ein hervorragendes Interesse daran hatte, daß v. Linde von einer Anzeige abgebracht würde. Deshalb habe das Kaufgeschäft mit v. E. eingeschoben werden müssen. Dies Geschäft sei aber nur zu machen gewesen, wenn die beiden an Lohstädt verkauften Pferde wieder zurückgekauft wurden. Hierzu hatte man aber kein bares Geld, und deshalb habe Dietel unter Drohungen mit Gewalt den Rischen Wechsel von ihm verlangt und erhalten. — Der Angell. Dietel tritt den Aussagen Schachtels sehr erregt entgegen und bestreitet,

daton Kenntnis gehabt zu haben, daß Schachtel kein freies Verfügungsrecht über das Accept hatte. — v. Egloffstein glaubt, daß Dietel hierin Recht habe. Gerade Dietel habe ihm geteilt, bei R. anzufahren, ob die Unterschrift auf dem Wechsel echt sei. Darauf sei die Antwort erfolgt, daß die Unterschrift zwar echt, aber keine Valuta darauf gezahlt sei. Er (v. Egloffstein) habe deshalb den Wechsel in den Dietelschen Stall bestellt, wo sich auch Herr R. einfand. Als Schachtel diesen erblidete, habe er davonlaufen wollen, sei aber festgehalten worden und habe nun dem R. erklärt, daß R. seinen Schaden aus dem Accept nähme. Er (v. Egloffstein) habe demnach den Wechsel der Mutter des Dietel zum Verwahren gegeben; er ist schließlich in den Besitz eines gewissen Weinberg gelangt und bei diesem durch einen mit der Ordnung der Verhältnisse des Herrn R. Beauftragten eingelöst worden.

Was den zweiten Angeklagten betrifft, so behauptet Schachtel, daß er dem Grafen ausdrücklich gesagt habe, er dürfe über den Wechsel nicht verfügen, er dürfe ihn nur für Herrn von Salisch diskontieren. — Angeklagter Egloffstein bestreitet ganz entschieden die Richtigkeit dieser Darstellung. Schachtel habe ihm gesagt, der Wechsel sei ein Provisionswechsel und sollte demjenigen überwiesen werden, der den Verkauf des Hauses Rajanenstraße 22 für ihn vermittele. v. E. behauptet ferner, daß Schachtel ihn ermächtigt habe, von dem Betrüge des Wechsels 3000 M. als Erlös für den Rischen Wechsel für sich abzuziehen.

Bezüglich des dritten Anklagepunktes, des Wagenshandels, sagte v. Egloffstein, daß es ihm fern gelegen habe, den Zeugen Lohstädt zu betrügen. Er habe tatsächlich keine Wagen besessen, habe aber von einer Ermächtigung des Dietel Gebrauch gemacht, die diesem gehörigen Wagen Herrn Lohstädt als Unterpfand für die Vergabe von Geld zu stellen. Das ganze Geschäft sei ein Darlehensgeschäft gewesen, bei welchem Herr Lohstädt als Darlehensgeber figurirte, der irgend eine Sicherheit haben wollte. — Auch der Angeklagte Dietel behauptet, daß die ganze Sache ein Darlehensgeschäft gewesen sei, wobei allerdings Lohstädt in dem Falle, wenn er es wünschte, die Wagen hätte beanspruchen können. Im übrigen habe Herr Lohstädt für das Darlehen von 1400 M. eine Summe von 2300 M. erhalten, denn der Wechsel von 1400 M. sei eingelöst worden und L. habe noch 900 M. Abstand bekommen.

Nach beendeter Vernehmung der Angeklagten wird festgestellt, daß der als Zeuge vorgeladene Buchhalter Tennhäf nicht auffindbar war und die gleichfalls als Zeugin geladene Frau Major v. Quigow durch Krankheit am Erscheinen verhindert ist.

Beweisaufnahme

Ist nicht viel Neues mitzuteilen; sie bestreitet im allgemeinen die bei den einzelnen Anklagepunkten gegebene Darstellung. — Zeuge Juhász behauptete u. a., daß er in einem eingeschriebenen Briefe dem Angell. v. Egloffstein mitgeteilt habe, daß Schachtel nicht berechtigt sei, das v. Salisch'sche Accept weiter zu geben und daß v. Egloffstein keine Rechte aus dem Wechsel geltend machen dürfe. Schachtel habe ihm mitgeteilt, daß Egloffstein den Wechsel besitze und ihm diesen aus der Hand gerissen habe. — Angeklagter v. Egloffstein bestreitet entschieden, in einem Briefe des Zeugen solche Mittheilung gelesen zu haben; er habe ja vielleicht einen Brief von Juhász bekommen, derselbe müsse aber einen anderen Inhalt gehabt haben, vielleicht eine Offerte bezüglich eines Hauskaufes oder dgl. Zeuge Juhász bleibt dem gegenüber und auf verschiedene Kreuze und Querfragen des Rechtsanwals Dr. Marcuse mit Entschiedenheit dabei, daß der von ihm abgegebene eingeschriebene Brief den erwähnten Hinweis enthalten habe. Natürlich sei dieser Brief auch bei ihm kopiert worden, er habe sich jedoch beim Nachsuchen nach der Kopie überzeugt, daß die sämtlichen auf die Affaire Schachtel-Egloffstein bezüglichen Papiere auf unerklärliche Weise verschwunden seien. — Rechtsanwält Marcuse stellt durch Befragen der Zeugen v. Salisch und Juhász fest, daß v. Salisch dem Zeugen Juhász noch ein zweites Accept über 10 000 M. gegeben, aber dafür ebenfalls kein Geld erhalten habe, sondern in die Kollage gekommen sei, den Wechsel einzulösen. — Zeuge Juhász giebt hierzu die Erläuterung, daß er den Wechsel einem gewissen Kranz mit der Bedingung übergeben habe, den vollen baren Betrag dafür abzuliefern, Kranz habe jedoch den Wechsel verwertet und sei nach Amerika durchgegangen. — Die Zeugin Frau Dietel, Mutter des Angeklagten Dietel, bekundet: sie habe sich seinerzeit zu dem Zeugen v. Salisch begeben, um zu erfahren, ob das Accept auf dem Wechsel echt sei. Der Wechsel sei ihr von dem Angeklagten v. Egloffstein zur Aufbewahrung übergeben worden. Die Zeugin behauptet, daß sie in dem mit v. Salisch geführten Gespräch auch beiläufig bemerkt habe, „der Wechsel sei wohl ein Provisionswechsel für den Verkauf des sogenannten Künstlerhauses“, und sie habe aus dem Verhalten des Zeugen v. Salisch entnommen, daß er diese Frage bejahen wolle. Auch v. Egloffstein habe den Wechsel für einen Provisionswechsel gehalten. Da die Bekundung dieser Zeugin mehrfach mit ihren Aussagen vor dem Untersuchungsrichter nicht übereinstimmt, wird ihre Aussage protokolliert, um so mehr, als auch Herr v. Salisch bestreitet, den Wechsel als Provisionswechsel bezeichnet zu haben. Die Aussage der Zeugin stimmt auch mit den Behauptungen des Angeklagten Schachtel nicht überein; der Verteidiger des letzteren, Rechtsanwalt Dr. Halpert, bemängelt deshalb die Glaubwürdigkeit der Frau Dietel und beantragt die Verladung des Untersuchungsrichters Landgerichtsrats Brandt. Der Verteidiger beantragt außerdem die

Vorführung des Herrn v. Kriegsheim

aus der Untersuchungshaft. Derselbe solle bekunden: v. Egloffstein sei seitens des Angeklagten Dietel und seiner Mutter in anderen Geldgeschäften stark überverteilt worden, indem er dem Angeklagten Dietel Wechsel zum Diskontieren übergab, während Dietel unter Teilnahme und Kenntnis seiner Mutter diese Wechsel für sich selbst diskontiert habe. Graf Egloffstein habe selbst zugegeben, daß er von Dietel und seiner Mutter um Tausende betrogen worden sei. — Der Gerichtshof beschließt, dem Antrage stattzugeben, nachdem mitgeteilt worden, daß das Strafverfahren gegen v. Kriegsheim durch eine Anzeige des Angell. v. Egloffstein veranlaßt worden ist. — Ein Zeuge bestreitet zu Gunsten des Herrn v. E., daß Schachtel ihm erzählt habe, er schulde Herrn v. E. 3000 M., die dieser sich von dem dem Salisch'schen Wechsel abgeben könne. — v. Kriegsheim: aus der Untersuchungshaft vorgeführt, sagt aus: Er habe im September vorigen Jahres für den Grafen Egloffstein das Schulden-Arrangement übernommen. v. Egloffstein sei über seine Schulden nicht orientiert gewesen, es liefen von ihm Blancowechsel, die in den Händen von Dietel waren, es wurden für ihn Juwelen und Pferdegeschäfte gemacht, von denen er nach seiner Darstellung nur sehr minimale Beträge erhalten habe. Bei einigen Juwelenkäufen sei der Graf mitbeteiligt gewesen und zwar zusammen mit Dietel, und er (Zeuge) habe deshalb gegen beide eine Anzeige erstattet, die noch schweben. Oft wurden für ihn solche Geschäfte auch ohne seine Mitwirkung gemacht, und er wurde dabei in ganz horrender Weise überverteilt. Als Beispiel erzählt er folgendes Geschäft, welches mit dem Pferdehändler Joachimsthal gemacht worden sei. Dietel habe Blanco-Accepte gekauft und diese mit 9000 M. ausgefüllt. Er will von Joachimsthal Juwelen gekauft haben, die Juwelen sollen verpfändet und die Pfandscheine sollen lombardiert worden sein. v. Egloffstein habe aus diesem Geschäft nur 800 M. erhalten. Dies Geschäft sei ohne Mitwirkung von Egloffstein ausgeführt worden, Zeuge hat aber die Ueberzeugung, daß überhaupt das ganze Geschäft nur fingirt worden sei. Dietel habe ihm selbst erzählt, daß er bei dem Juwelenkauf beteiligt gewesen sei, bezüglich der Mutter Dietels habe er nur Vermutungen. Jedenfalls habe ihm v. Egloffstein selbst gesagt, daß er von Dietel und dessen Mutter um Tausende betrogen worden sei. — Angell. v. E.: Er habe früher allerdings den Verdacht gehabt, daß ihn Dietel überverteilt, er habe sich aber überzeugt, daß ihm Dietel gute Dienste geleistet habe. — Der Zeuge v. Kriegsheim wird hierauf wieder abgeführt. — Zu dem letzten Anklagepunkt wird Schlächtermeister Lohstädt vernommen. Er versichert, daß er ein ganz ernstliches Wagensgeschäft habe abgeschlossen wollen, und bestreitet,

daß er solche Geschäfte zu machen pflege, um die Eingabe von Geld an Offiziere dadurch zu sichern. Man habe ihn in dem Glauben belassen, daß v. Egloffstein aktiver Offizier sei, der demnächst nach Münster versetzt werde. Er habe auch Herrn v. E. einmal direkt gebeten, ihm doch endlich die Wagen zu zeigen, v. E. habe jedoch erklärt, sein Vater sei gerade in Berlin und dürfe von dem Geschäfte nichts wissen. — Justizrat Kleinholz und die Rechtsanwälte Dr. Marcuse und Dr. Davidsohn suchen durch Verfragen des Zeugen festzustellen, daß hier durchaus kein betrügerisches Geschäft vorliegen habe, daß die Wagen tatsächlich vorhanden seien und eine Vermögensschädigung des Zeugen gar nicht vorliege. — Die Beweisaufnahme ist hiermit beendet.

Der Staatsanwalt beantragt gegen den Angekl. Schachtel 2 Jahre 3 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust, gegen Dietel 9 Monate Gefängnis und 2 Jahre Ehrverlust, gegen den Grafen von Egloffstein 2 Jahre Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust. — Um 9 Uhr verhandelte der Vorsitzende den Beschluß des Gerichts dahin: Das Urtheil am Freitag, 14. April, mittags 12 Uhr, zu verhandeln. Die Sitzung wird hierauf geschlossen.

Kommunales.

Aus der Magistrats-Sitzung am Freitag. Die Wahlzeit des Direktors der städtischen Anstalt für Epileptische Dr. Gebold läuft demnächst ab. Das Magistrats-Kollegium hat denselben auf fernere 6 Jahre wieder gewählt.

Die Frauen-Badeanstalt an der Leisingbrücke, welche gelegentlich eines starken Sturmes im Dezember vorigen Jahres in den Grund geschlagen wurde, soll beseitigt nicht wieder hergerichtet, sondern nach der Monatliche Brücke verlegt werden. Das Magistrats-Kollegium hat beschlossen, bei der Stadtverordneten-Versammlung zu beantragen, die auf 38 500 hierfür veranschlagten Kosten zu genehmigen.

Seit mehreren Jahren schweben bereits Verhandlungen über die Feststellung von Fluchtlinien für die Verlängerung der Stralauer Dorfstraße bis zur Spree an der sogenannten Stralauer Spitze. Die Gemeinde Stralau wünscht eine gradlinige Durchführung der Straße, während die Stadt Berlin, welcher das an der Spitze belegene Grundstück gehört, eine solche Durchführung vermeiden wünscht und eine Gabelung der Straße innerhalb des städtischen Besitzes in Antrag gebracht hat. Es hat sich darüber ein Verwaltungs-Streitverfahren entsponnen, in welchem jetzt eine Vereinbarung dahin in Vorschlag gebracht ist, daß die Straße nur nach Norden hin innerhalb des städtischen Grundstücks rechtswidrig von der Dorfstraßenverlängerung abgezweigt werden, die gradlinige Verlängerung der letzteren aber von Gebäuden freigehalten werden soll. Das Magistratskollegium hat beschlossen, zu diesem Vorschlag die Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung nachzusuchen.

Lokales.

Eine Flugblattverteilung findet im zweiten Wahlkreise am nächsten Sonntag, früh 7 1/2 Uhr, statt. Die Genossen und Genossinnen, die sich im Dienste der Partei hierfür zur Verfügung stellen wollen, sind gebeten, sich recht frühzeitig und recht zahlreich an den bekannten Stellen einzustellen. Dann ist die Arbeit rasch und ohne allzugroße Belastung für den Einzelnen zu geschehen.

Bei der letzten Flugblattverteilung zur Wahlwahl ließ die Unterstützung aus den anderen Wahlkreisen zu wünschen übrig. Um der Socialdemokratie den gebührenden Erfolg zu sichern, ist es erforderlich, daß sowohl am Sonntag als auch an den folgenden beiden Tagen die Parteigenossen aus Berlin und Umgebung sich zahlreich für die Agitation zur Verfügung zu stellen. Möge jeder, dem es Zeit und Umstände irgendwie erlauben, bei den umfangreichen Agitationsarbeiten, die noch bevorstehen, helfend eingreifen. Nur dann ist uns der Sieg sicher. Alle, die gewillt sind, mitzuhelfen, werden ersucht, sich in folgenden Lokalen einzufinden: Schonheim, Grafenstr. 9; P. Müller, Grafenstr. 31; Ewald, Schönleinstr. 6; Linde- mann, Moritzstr. 9; Jubell, Lindenstr. 106; Sah, Markgrafenstr. 102; Raumann, Wilschstr. 42; Lüdke, Jossenerstr. 10; Rißing, Belle- Alliancestr. 74; Wisert, Großbeerenstr. 54; Haller, Pallaststr. 16; Schulz, Prinz Albrechtstr. 8; Werner, Bülowstr. 59.

Das Wahlkomitee.

Zur Neuwahl im zweiten Wahlkreise. Den Parteigenossen und Genossinnen die Mitteilung, daß am Montag, den 10. April, vier Vorkonferenzen stattfinden, in der die Reichstags-Abg. Wedel, Liebschütz, Singer und Stadthagen über die gegnerischen Parteien und die Neuwahl im zweiten Reichstags-Wahlkreise sprechen werden.

Die erste Stellung.

In der Abnahme einer Ericottailen-Fabrik war es, wo die 15jährige Ella zum ersten Male die Funktionen einer zweiten Buchhalterin ausübte. Ihr Engagementvertrug stand in sellkennem Widerspruch zu ihrer Tätigkeit. Sie war als Lehnmädchen engagiert worden mit einem monatlichen Gehalt von 20 Mark, das sich im Laufe eines Jahres vierteljährlich um je 5 Mark erhöhen sollte. So waren ihre halbjährigen Verdienste, eine Stellung als Buchhalterin zu erlangen von sehr bescheidenem Erfolge gekrönt worden. Als sie 70 Mark Gehalt verlangt hatte, weil sie in einfacher und doppelter Buchführung ausgebildet war, bot ihr der Chef 15 Mark und zuletzt 20 Mark, „denn“, sagte er, „wenn Sie auch theoretisch ausgebildet sind, so fehlt Ihnen doch die praktische Erfahrung. Sie müssen zunächst lernen.“ Doch sie lernte nichts, sondern sie führte die Arbeiterbücher und rechnete die Löhne aus, welche sehr niedrig waren. Für die einfachen Tassen gab es pro Duzend 1 Mark und 2 Mark. In den ersten Tagen gefiel es Ella ganz gut im Geschäft; doch dies änderte sich bald. Der Chef behandelte das Personal schlecht und hatte förmliche Wutanfälle, so daß alle zittern. „Oben wird wieder eine 'rausgeschmissen', pflanzte die Kochdamen im ersten Stock dann zu sagen. Eine Zusanneiderin, mit welcher der Chef in besonderer gute m Verhältnis stand — sie hatte 60 Mark Gehalt — wurde auf gewalttame Weise hinausgeschickt. Solches war übrigens in diesem Geschäft schon ein paar Mal passiert. Die anderen Zusanneiderinnen verdienten 50, 60 und 40 Mark Gehalt, die Directrice 100 Mark. Ueber alle Tische und Bücher legte sich der Ericottail, welcher der Lunge schädlich ist. Ein großer Personalmangel machte sich fühlbar, so daß Ella oft helfen mußte, die gesicherten Tassen zuzuliefern. Die Arbeitszeit war von 8—8 Uhr, doch wurde es meist 1/2 Uhr, außer am Ultimo, gerade dann wurde das Personal zeitig, aber ohne Gehalt fortgeschickt. — Einmal hatte die Directrice um Punkt 8 Uhr das Zeichen zum Aufbruch gegeben; die Zusanneiderinnen legten zusammen, die Lehnmädchen räumten auf, und alles zog sich an. Dann ging einer nach dem andern, die Müdigsten voran, durch Expedition und Comptoir dem Ausgang zu. Doch hier wurde ihnen ein dommerdes Galt geboten. Der Chef wehrte ihnen den Ausgang mit dem Vermerk, daß es noch nicht 8 Uhr sei, daß sie sich anzugießen und zu warten hätten. Und so geschah es. — Während der Abwesenheit des Chefs unterhielten sich die Zusanneiderinnen halblaut. Die eine schwelgte in Erinnerungen, die andere wies einen goldenen Ring vor, den ihr ein Verehrer geschenkt hatte. „Der Jude heirathet sie ja doch nicht“, pflanzte die anderen hinter ihrem Rücken mit einer gewissen Befriedigung zu sagen. — So unliebenswertig der Chef zum Personal war, so nett war er zu den schlechtbezahlten Arbeiterinnen, obwohl seine Wege nie sein waren. Einmal erfuhr er, daß der Mann einer Arbeiterin Socialdemokrat war.

„Die wollen ja die freie Liebe einführen“, sagte er lachend, „wie eine Frau dafür sein kann, ist mir unklar; die Männer nehmen sich dann doch jeden Tag eine andere und lassen die Weiber mit den Kindern sitzen.“ Er schloß gewiß von sich auf andere. Die Arbeiterin aber lächelte nur, als wenn sie es besser wüßte. Eine staltliche Zusanneiderin, Fräulein Rint, schien Ella Vertrauen zu schenken. „Wissen Sie“, sagte sie einmal, „ich habe wenigstens mein Leben genossen, ich bin mit den feinsten Herren ausgegangen und habe kein gelebt, Wein getrunken.“ „Aber das paßt sich doch nicht“, wandte Ella ein, die sehr fitfam erzogen war, „meine Eltern würden nie erlauben, daß ich mit Herren verkehre.“ „Mein Vater ist Fabrikarbeiter und hat eine derbe Faust“, sagte Fräulein Rint lachend, „streng ist er auch, und er hat gesagt, er wolle mir die Knochen im Leibe zerbrechen, wenn ich wieder um 12 Uhr nach Hause komme, aber ich überliste ihn doch, ebenso wie die Herren! Die wollten mich schon einmal betrunken machen, aber ich bin helle! Ich mußte sie alle mächtig aus, wie sie sonst die Mädchen betören, und dann entschäufte ich! Aber das macht Spaß!“ „Ich möchte so etwas um keinen Preis erleben“, flüsterte Ella entsetzt, „ich gehe auch nur mit den Eltern aus!“ „Auf diese Weise werden Sie als armes Mädchen nie etwas von Ihrem Leben haben!“ schloß Fräulein Rint mitteilend lächelnd die Unterredung. — Ella näherte sich dem Stadium der 85 Mark, da „flog“ sie hinaus — ein Vorwand ist bald gefunden.

H. A.

In einer Versammlung der städtischen Arbeiter behauptete man kürzlich, daß die meisten Berliner Kommunalbehörden ihren Arbeitern auf eingereichte Petitionen, Eingaben u. in der Regel grundfänglich keine Antwort zukommen ließen. Die Richtigkeit dieser Behauptung wurde von mehreren kapitalistischen Zeitungen Berlins bezweifelt. Daß sie aber durchaus den Thatfachen entsprechend ist, wird jetzt wieder durch das Verhalten der Verwaltung des städtischen Schlacht- und Viehhofes bewiesen. Die Arbeiter dieses städtischen Unternehmens richteten im November des vergangenen Jahres eine Petition um Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen an die Verwaltung. Als sie nach längerem Warten keinerlei Bescheid erhielten, fragten sie an, ob man ihre Wünsche zukünftig zu berücksichtigen gedenke. Doch auch hierauf ist bisher keine Antwort erfolgt. Herr Stadtrat Gubner, den die Arbeiter daten, eine Deputation aus ihren Reihen empfangen zu wollen, hat den Petenten ebenfalls keinen Bescheid zukommen lassen. Die städtischen Behörden vergeben sich gewiß nichts, wenn sie ihren Arbeitern in derartigen Fällen einer Antwort würdigen und mit ihnen verhandeln. Es ist endlich an der Zeit, daß sie Gesprochenheiten aufgeben, die vielleicht die Schwärmer für den Buchhauskurs in Entzünden verkehren, einer noch gefitteten Grundfragen geleiteten Gemeindeverwaltung aber läbel ansetzen.

Christliches. Zu Ehren des hiesigen Predigers Dr. Georg Wilhelm Schulze, der gestern seinen 70. Geburtstag feierte, will man in christlichen Kreisen eine Stiftung gründen. Es wird berichtet, daß Herr Schulze 1829 in Göttingen geboren ist. Von 1858 bis 1867 war er Missionsprediger in Dienste der Londoner Gesellschaft zur Verbreitung des Christenthums unter den Juden und Prediger an der „Christuskirche“ in Berlin, welche er durch seine Missionspredigten, besonders in Rußland, begründet hat. 1867—1877 Prediger an der Jesulapelle, erbaute er 1877 die „Jesulirche“ auf seinem Grundstück mit eigenen Mitteln.

Zu erwähnen wäre noch, daß Herr Prediger Schulze zu den Hausbesitzervereins-Vorsitzenden gehörte, die sich 1894 an den Landtag wendeten, als es galt, das Wahlpändungsrecht der Hausbesitzer zu beseitigen, und die in einem solchen Schritte den Ruin des Hausbesitzersandes erblickten. Ob Herr Schulze das Wahlpändungsrecht für eine humane, christliche Institution hielt?

Sonntagsruhe der städtischen Markthallen-Arbeiter. Von gewerkschaftlicher Seite schreibt man uns: Auf Grund einer Eingabe der organisierten städtischen Markthallen-Arbeiter ist kürzlich die Sonntagsruhe dieser Kategorie dahingehend geregelt worden, daß sie jeden dritten Sonntag gänzlich frei haben sollen. Nur in der XI. Markthalle am Markteinsplatz ist dies Zugeständnis noch nicht gewährt worden. In den interessierten Kreisen nimmt man an, daß der Inspektor dieser Halle sich nicht um die von der Direktion erhaltenen Anweisungen kümmert und eigenmächtig handelt. Vielleicht tritt die Leitung der städtischen Markthallen der Angelegenheit etwas näher und sorgt auch hier für eine Sonntagsruhe der Arbeiter.

Viel Kopferbrechen machen sich die Rosenzüchter. Es ist nämlich noch nicht gelungen, dem heimtückischen Krankheitsreger der La France-Rose richtig auf die Spur zu kommen. Während mikroskopische Untersuchungen das Vorhandensein eines Wurzelpilzes nicht ergaben und Prof. Dr. Sorauer der Ansicht zuneigt, es handle sich nur um eine allgemeine Schwäche-Erscheinung, will der bekannte Rosenzüchter Kinkel-Rosenheim beobachtet haben, daß die vorjährige große Sommerhitze den Hauptzerstörungsfaktor abgegeben. Neuerdings will man eine ähnliche Krankheitserscheinung auch bei der Maréchal-Niel-Rose festgestellt haben.

Die Spielerraffäre aus dem „Klub der Harmlosen“ wird, nach der „National-Zeitung“, wohl nicht vor dem Spätsommer zur gerichtlichen Verhandlung kommen. Inzwischen hat sich auch ein dabei beteiligter Dr. A. als „abgereist nach Italien“ in seinem Polizeirevier abgemeldet. Es ist ja bekannt, daß sich das Ermittlungsverfahren noch weiter ausgebeht hat.

Eine neue Polizei-Verordnung über den Hundebau ist von dem königlichen Polizei-Präsidium erlassen worden und wird am 15. April in Kraft treten. Die neue Verordnung regelt die Bestimmungen bezüglich der zu tragenden Maulkörbe und legt die Rechte und Pflichten der Hundebesitzer fest. Die Verordnung bestimmt u. a., daß mit Steuermarken versehene, maulkorblose Hunde, die an der Leine geführt werden, ohne Rücksicht auf die Größe des Tieres, nicht gefangen werden dürfen. Solche Tiere, die jedoch keine Steuermarken tragen, unterliegen unter allen Umständen den gesetzlichen Bestimmungen. Hunde, die sich in Vorgärten respektive in offenen Gängen zwischen Vorgärten befinden, dürfen ebenfalls nicht gefangen werden. Den Hundebesitzer wird zur Pflicht gemacht, bei dem Ergreifen der den polizeilichen Vorschriften nicht entsprechenden Tiere möglichst schonend vorzugehen, die Hunde entweder mit der Hand oder mit einer lederumschlungenen Drahtschlinge zu fangen und die Tiere, soweit wie es zu vermeiden ist, nicht zu jagen. Mit Maulkorb und Marke versehene Hunde, die sich in öffentlichen Anlagen frei herumtummeln, dürfen nicht gefangen werden. Dagegen ist der Hundebesitzer verpflichtet, die Besitzer solcher Tiere zu ermitteln und zur Anzeige zu bringen. Hunde, die Mitglieder des königlichen Hauses, ferner den hier verweilenden Mitgliedern von fürstlichen Häusern und Gesandtschaften gehören, unterliegen nicht den Hundbestimmungen. (1) Für Hunde, welche in Berlin beschäufelt sind, aufhalten oder hier durchreisenden Personen gehören, treten die Bestimmungen des eigentlichen Wohnortes in Kraft. Die Besitzer derartiger Hunde müssen jedoch einen Ausweis bei sich führen, daß sie den ortsüblichen vorgeschriebenen Bestimmungen nachgekommen sind.

Die glücklich sind die Hunde, daß sie von keinem Schieferlaß bedroht sind!

Herr Stadtschulrat Professor Dr. Vertram begehrt am nächsten Sonntag das 25jährige Jubiläum als Stadtschulrat von Berlin. Die arbeitende Bevölkerung ist ihm seinen großen Dank schuldig. Unter seiner Leitung hat der Ruf des Berliner Volksschulwesens starke Einbuße erlitten.

Die Allgemeine Berliner Omnibus-Gesellschaft teilt mit, daß auf ihren Linien Potsdamer Brücke—Kosenthalet Thor, Moritzplatz—Moabit und Alexanderplatz—Nizdorf von Sonnabend, den 8. April, ab, Pünnpennig-Preiskarten eingeführt werden. Es ist nimmehr auf den sämtlichen 16 Linien der Gesellschaft der Pünnpennig-Tarif eingeführt.

Die Tollwut-Schutzstation ist von der 23 Jahre alten Katharina Daniel aus Reuthenbarbach in Oberbayern aufgeschickt worden. Das Mädchen ist von einem tollen Hunde, der später getötet wurde, gebissen worden.

Berliner Wohl-Verein für Obdachlose. Im Monat März nächstigen im Männer-Wohl 20411 Personen, im Frauen-Wohl 3055 Personen. Arbeitsnachweis wird erbeten für Männer Wiesenstr. 55/59, für Frauen Bülowstr. 5.

Auf dem freigelegten Terrain der Spandauerstraße ist jetzt zwischen der Egerasse und der ehemaligen Nikolai-Straße mit dem Bau des ersten der drei großen Kaufhäuser begonnen worden, die sich in dem zur Verbreiterung gelangenden Teile der Spandauerstraße erheben werden. Sie werden der Architektur des R. Israelschen Warenhauses angepaßt. Die Neubauten sollen zum 1. Januar 1900 vollendet sein. Die Stadtgemeinde leistet dem Unternehmern für die Straßenverbreiterung einen Zuschuß von 1 150 000 M.

Auch ein Straßensumpf. In den gestrigen Morgenstunden ging ein sog. „fliegender Milchmann“ in der Prinzen-Allee von Haus zu Haus, um seine Kunden zu bedienen, und neue zu werben. Als er nun aus einem Hause trat, sah er an der Ecke der Bellermannstraße zwei Beamte der Sanitätspolizei stehen, die im Begriff waren, die Ware eines anderen Milchhändlers auf ihre Qualität zu prüfen. Auch der „fliegende“ war von den Beamten bemerkt worden, und sie luden ihn zu seinem Schreden durch Wink zum Näherkommen ein. Dem Kerntsten schloßerten die Beine, da die Kuh, von der seine Milch stammte, zuviel Wasser getrunken hatte! Doch er wußte Rat. Schnell loderte er den Dedel seiner Kanne, ließ einige Schritte, strauchelte zu seinem „Unglück“ und der ganze Milchvorrath strömte auf das Straßenspalt. Zu messen gab es allerdings nichts mehr, doch notierten die Beamten sich den Namen des Schlauberger für künftige „Fälle“.

Infolge der gestrigen Notiz über die Niesische Angelegenheit haben sich im Polizeipräsidium eine größere Anzahl Personen eingefunden, welche bei dem städtischen Bankier Niese Effekten und Geld stehen hatten. Diese Unbequemlichkeit wird nun durch Wolffs Telegraphen-Bureau wie folgt abgemindert: Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß es nicht erwünscht ist, wenn alle diese Personen eine besondere Anzeige im Polizeipräsidium erstatten, sondern nur diejenigen Personen, welche über den Verbleib des Niese genaue Angaben machen können, werden gebeten, sich auf Zimmer 197 einzufinden. Wohin sollen sich „alle diese“ begaberten Personen denn sonst wenden, wenn nicht an die erhabenste Sachlerin des dreimal gehelligsten Eigentums, an die Polizei? Wohin soll es mit dem so wie so unausgeteilt schwindenden Vertrauen auf den Bestand der heutigen Eigentumsordnung kommen, wenn schon offiziell erklärt wird, daß der Polizei die Anzeigen der Betroffenen nicht erwünscht sind?!

Ein durchgehender Esel veranlaßte Donnerstag in der Prenzlauerstraße einen großen Menschenauflauf. Vor dem Hause Nr. 66 hatte sich um einen gefallen Gaul eben die übliche stammende Menge angesammelt, da kam ein Ereignis hinzu, das ob seiner Seltenheit in noch viel höherem Maße die Aufmerksamkeit der großen und der kleinen Kinder in Anspruch nahm. Der Handeltmann Bernstein hatte einen Esel gekauft und bis zum Weiterverkauf in seinen Stall gebracht. Hier schien es dem Langohr aber nicht zu gefallen. Er machte sich los und „raute“ nun die Prenzlauerstraße hinunter, hinter ihm her eine von Haus zu Haus stärker werdende Menschenmenge. Als ihm endlich zwei Arbeiter entgegentraten, stellte er sich so tadellos auf die Hinterbeine, als ob er schon im Circus mitgearbeitet hätte und ließ sich willig gefangen nehmen und wieder abführen. Dieser lustvolle Schluß der Schaustellung fand ungetheilten Beifall und erweckte dem Durchgänger erst recht die Sympathien der Menge, die ihm nun mit lautem Hallo das Geleite gab.

Arbeiterisiko. Von zweifacher Gefahr wurde gestern vormittag der Zimmermann Albert Schiller aus der Münchebergerstr. 29 heimgeführt. Er arbeitet am Bau des königlichen Markthalles; er drehte frisch, auf einem Gerüste stehend, eine Winde, um einem in die Spree gerammten Pfahl eine andere Stellung zu geben. Die Windenlette riß plötzlich los, S. wurde von der Kurbel in den Rücken getroffen und stürzte ins Wasser. Die schwere eiserne Winde stürzte nach und verletzte den Unglücklichen im Wasser noch einmal, so daß er nicht so schwimmen vermochte. Schiller zogen ihn jedoch rechtzeitig aus dem Wasser. S., welcher erst acht Tage verheiratet ist, wurde nach einem Krankenhaufe gebracht.

Aus der Irrenanstalt Herzberge sind zwei von der Polizei zur Beobachtung eingelieferte Personen namens Baldrasatis und Marlow entsprungen. Interessant ist die Art, wie sie die Flucht bewerkstelligten: Man vermutet, daß sie einem Wärter vorgebet haben, er möge die Thür vom Treppenhause aufschließen, da sie dort wichtiges zu thun hätten. Von dort haben sie durch das Fenster des zweiten Stockwerkes den Weg in die Freiheit gefunden, obwohl sie einen Sprung aus 10 Meter Höhe zu riskieren hatten.

Die Jury für die Große Berliner Ausstellungen tritt am 12. d. Mts., früh 9 Uhr, zum erstenmale zusammen, um sich zunächst zu konstituieren, und beginnt sodann sofort ihre Tätigkeit. — Die Zusammenkünfte sollen in diesem Jahre ganz enorm sein, so daß die Jurors eine lange und harte Aufgabe haben.

Theater. Im Schiller-Theater erfolgt jetzt die Ausgabe der Abonnementhefte für das demnächst beginnende IV. Quartal. Die näheren Abonnementbedingungen sind an den Kassaagassanten erhältlich. Der Spätkontrakt wird folgende Werke umfassen: „Romeo und Julia“, „Hamlet“, „Othello“, „Der Widerspenstigen Zähmung“, „Was ihr wollt“, „Biel Vorn um nichts“. — Deute, Sonnabend nachmittags 3 1/2 Uhr, findet im Neuen Theater am Schiffbauerdamm die vielbesprochene erste Aufführung von Kleist's „Amphitruon“ von Seiten der „Historisch-Modernen Gesellschaft“ statt. Tageskarten werden in sonst üblicher Weise an der Kasse des Neuen Theaters ausgegeben.

Der Verein von Freunden der Treptow-Sternwarte hält am Mittwoch, den 12. d. M., abends 7 1/2 Uhr, auf der Treptow-Sternwarte seinen 17. Beobachtungabend ab. Herr Prof. Dr. Deman, Mitglied der kaiserl. physikalisch-technischen Reichsanstalt, wird an diesem Abend einen Experimentalvortrag über: „Stimmungsbild als Zeitmesser“ halten. Bestimmte Erläuterungen sind an die Direktion der Treptow-Sternwarte zu richten.

Im Apollo-Theater ist in diesem Monat mander Gast aus früherer Zeit wieder eingelehrt. Alle Bekannte sind die Herren Bender und Steidl, die in der Burleske „Ein Abenteuer im Harem“ dem höheren Blödsinn die Fingel schiefen lassen. Das Stück ist ja altbewährt und birgt, wenn es auch nicht gerade inhaltreich genannt werden kann, doch so manche komische Situation in sich, daß es auch heute kaum etwas von seiner Wirklichkeit einbüßt. Außer den erwähnten beiden Künstlern helfen die Herren Med und Rettner, sowie die Damen Milani und Schererode den üblichen Erfolg sichern. Herr Steidl wartet übrigens auch noch apart mit einigen besonders forschigen Repertoirestücken auf. Das artistische Programm ist mannigfaltig; neben Herrn Imanns mit dreifachen Hunden zeigen die musikalischen Scherevndeleifer Carnamellis ihre komischen Künste, und die akrobatischen Leistungen der Brüder Welton, wie die von Demando und Kunz dürften von Keinem als bedeutend bezeichnet werden. Dezenz und feiner Geschmack entwickelt die spanische Tänzerin La Bella; auf sie mag die Behauptung des Dichters zutreffen, daß auch mit den Füßen poetische Reisterwerke hervorgebracht werden können.

Eine internationale Motorwagen-Ausstellung wird hier vom 3. bis 28. September im Egerzirkus in der Karlstraße abgehalten.

Unter den Tierbeständen des Berliner Aquariums haben nach den jüngsten Einführungen namentlich zwei Gruppen eine seltene Vollständigkeit erreicht. Die eine ist die Abteilung der Krustentiere. Der vor drei Wochen hier eingetroffene, für das Aquarium völlig neuen Dreijahn-Krabbe aus dem Norden haben sich verschiedene andere Arten angeschlossen. So die zur Familie der Spigantel-Krabben zählende Bierjahn-Krabbe aus dem Mittelmeer, deren Kopfdruck am Seitenrand mit vier scharfen, hart vorstehenden Stacheln besetzt ist und deren Eigentümlichkeiten u. a. darin

bedeuten, daß sie niedriger organisierte Wesen, wie Schwämme, Polypenkolonien usw. mit dem spigen Sturmschnabel aufsteigen, um sich unter solcher Wuste zu verbergen. Nach die Gattungen der südlichen Meerestiere, der Riesenfisch- und Vögeltiere, der Echtenfische usw. wurden durch neue Eingänge ergänzt.

Marktpreise von Berlin, 6. April 1899. (Nach Ermittlungen des Polizeipräsidiums.) Weizen 15,90—14,90 M., Roggen 14,25 bis 13,40 M., Futtergerste 13,50—13,00 M. (ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der preuß. Landwirtschaftskammer — Kottbusser Stelle — und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppelcentner). Hafer, gute Sorte 15,40—14,90 M., Mittelsorte 14,80 bis 14,20 M., geringe Sorte 14,10—13,50 M., Weizenstroh 0,00—0,00 M., Gerste 0,00—0,00 M., Erbsen, gelbe zum Kochen 40,00—25,00 M., Weissebohnen, weiße, 50,00—25,00 M., Linsen 70,00—30,00 M. (Kleinhändlerpreise); Kartoffeln 6,00—4,00 M.; alles per 100 Kilogramm. Rindfleisch von der Keule 1,60—1,20 M., Bauchfleisch 1,20—1,00 M., Schweinefleisch 1,80—1,20 M., Kalbfleisch 1,80 bis 1,00 M., Danneifisch 1,60—1,00 M., Butter 2,60—2,00 M.; alles per 1 Kilogr. Eier 4,00—2,40 M. per 60 Stück. Fische per 1 Kilogr.: Karpfen 2,20—1,20 M., Kalle 3,00—1,80 M., Zander 2,60—1,00 M., Dorsch 2,20—1,20 M., Barsche 1,80—1,00 M., Schleie 3,50—1,40 M., Heilbutt 1,40—0,80 M., Krebse 60 Stück 12,00—3,00 M.

Auf dem **Produktenmarkt** blühten Freitag Weizen und Roggen 50—75 Pf. ein. Hafer und Reis ziemlich behauptet. Rüböl leidlich erholt. Bei nachlassenden Zufuhren konnten sich die Preise für Lokware am Spiritusmarkt bei einiger Kaufkraft behaupten. Angeboten waren 118.000 Liter 70er Ware, die mit 89,70 M. Käufer fanden. 50er Ware war nicht angeführt. Termine konnten sich nicht ganz behaupten und gaben eine Kleinigkeit nach. — Mai-Termine notieren 44,90—45 M.

Einen eigenartigen Kampf führen in jüngster Zeit zahlreiche Hausfrauen, die sich zu einer Art Liga zusammengeschlossen haben, gegen Kaufleute und Händler, die trotz wiederholt ausgesprochenen Bittens der Käufer ihre Waren entweder im Hintergrunde ihrer Läden oder hinter wahren Verschönerungen von Nonnenbüchsen u. i. v. abzuwiegen. Die Frauen, denen sich natürlich auch männliche Kunden anschließen, verlangen in gewiß nicht unberechtigter Weise, daß die eingetauchten Gegenstände direkt vor ihren Augen abgewogen werden. Die Androhung, daß die Waagen nur deswegen nicht frei stehen, um Platz zu sparen, wollen die Kunden nicht gelten lassen. Auch gegen das Mitwiegen allzu dicken Packpapiers — in letzter Zeit wird namentlich bei Butter und Fett Pergamentpapier von enormer Dicke angewandt — gegen die Kunden vor.

Aus den Nachbarorten.

Wilmerdorf und Salence. Den Parteigenossen zur Kenntnis, daß am Sonntagvormittag Flugblätter zur Verteilung gelangen. Die Genossen, welche helfen wollen, werden ersucht, sich morgens um 8 Uhr im „Sollgarten“ einzufinden; die Salencer Genossen sollten sich morgens um 8 Uhr, bei Schieffer, Ringbahnstraße einfinden. Der Vertrauensmann.

Steglich-Friedenau. Die Stärke der politischen Organisation am hiesigen Orte entspricht in keiner Weise der Zahl der bei den Wahlen für unsere Partei abgegebenen Stimmen. Es ist Pflicht eines jeden, der sich zur socialdemokratischen Partei rechnet, daß er sich dem Arbeiter-Bildungsverein anschließt. Dessen nächste Versammlung findet am Dienstag, abends 8^{1/2} Uhr, bei Grube, Kaiser-Allee, mit einem Vortrag des Genossen M a u z i statt. Gäste sind willkommen.

In Johannisthal-Niederschöneweide bei Senftenberg ist am Montag Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins. Tagesordnung: Vorstandswahl.

Für den Ausbau der zweiten städtischen Gasanstalt in Charlottenburg hat der Magistrat eine Million Mark bewilligt. Es soll zunächst eine Erweiterung der Anstalt und der Kumpfanlage, die Errichtung einer Coalsanlage, sowie einer Versuchsgasanstalt erfolgen.

Der Charlottenburger Hauspflege-Verein hatte beantragt, die Desinfektion sämtlicher Wäsche in allen Fällen unentgeltlich durch die städtische Anstalt bewirken zu lassen. Der Charlottenburger Magistrat hat dem Antrag zugestimmt, da die Pflegerinnen kaum befähigt sein werden, in allen Fällen zu entscheiden, ob das Vorhandensein ansteckender Keime anzunehmen ist oder nicht.

Die Errichtung einer Wassergas-Anlage ist vom Charlottenburger Magistrat grundsätzlich beschlossen worden. Es soll zunächst die Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde nachgesucht werden. Bei dieser Genehmigung ist es von Wichtigkeit, festzustellen, welches Maß von Kohlenoxydgehalt in dem bereizeten Gas für zulässig erachtet wird, da davon die Anordnung der ganzen Anlage abhängt.

Waldhof. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung wurde eine Armenordnung angenommen, sowie eine Kommission zur dauernden Verwaltung des Armenwesens gewählt. In diese delegierte man aus der Gemeindevertretung die Mitglieder Wadepuhl, Vogel und Wagh und aus der Bürgerchaft Mentzer, Hertz, Mentzer, Wrag und Kaufmann J. Kohn. Ferner wurde beschlossen, den Bürgersteig vor dem Gemeinde-Amt pflastern zu lassen, sowie 1897 Mark Steuerreste aus den letzten drei Jahren und 18 M. 40 Pf. Gerichtslosten von Steuer-Einklagungen niederzuschlagen. Es ist ein Gemeindefassen-Vestand von 17 917 M. vorhanden, die Exemplare des Etats sollen zu 50 Pf. verkauft werden.

Der Plan, für Schöneberg ein eigenes städtisches Elektrizitätswerk zu errichten, ist jetzt soweit gediehen, daß schon die nächste Stadtverordneten-Versammlung über eine dahingehende Magistratsvorlage zu beraten haben wird.

Die Absichtung des Wassers der Müggel nach dem am Karfreitag ertrunkenen drei Realchülern ist auch am gestrigen Tage erfolglos geblieben, wiewohl bei den Landungsversuchen Grundzüge zur Verwendung kamen. Da die Vergungsarbeiten über das gesamte Rahnsdorfer Gewände ausgeführt worden sind, ohne daß von den Entnahmen eine weitere Spur entdeckt wurde, ist nur noch anzunehmen, daß die Leichen mehr in die Mitte des Sees getrieben sind. Die unter diesen Umständen zweifeligen Vergungsarbeiten sind nunmehr eingestellt worden.

Aus Rigdorf. In der Herbergstraße wurde die berechtigte Anna Ziel aus der Schönweiderstraße, welche mit ihren Kindern spazieren ging, von einer Leuchtgugel in den Kopf getroffen, glücklicherweise aber nur leicht verletzt. Der Schuß ist anscheinend aus einem Hinterhause der Herbergstraße abgegeben worden. — In dem seit Monaten schwebenden Disziplinerverfahren gegen den Pastor Wood hier selbst finden gegenwärtig täglich in Sitzungssaale des Rathauses zahlreiche Neugewernehmungen durch den Oberkonsistorialrat Rige aus Magdeburg statt. Auf den Ausgang des Verfahrens ist man auch in unbeteiligten Kreisen sehr gespannt, da es sich augenscheinlich in der ganzen Affaire um ein arges Intriguen-Spiel handelt.

Die Adenicker Gasanstalt, welche vor 10 Jahren von den Gebr. Budde in Berlin und Charlottenburg errichtet worden ist, deren Vertrag mit der Stadt noch 15 Jahre weiterläuft, soll jetzt nach einem von der Adenicker Stadtverordneten-Versammlung gestern mit 14 gegen 4 Stimmen gefaßten Beschlusse am 31. Dezember d. J. für 1 Million Mark in den Besitz der Stadt übergehen, da diese beim Abschluß des Vertrages sich das Recht gesichert hat, nach zehn-jährigem Bestehen der Gasanstalt dieselbe ankaufen zu können.

Die Sparkasse der Stadt Schöneberg, für welche der Oberpräsident die Satzungen bereits genehmigt hat, wird nunmehr am Mittwoch, den 12. d. Mts., eröffnet werden.

In Weisensee ist am Donnerstagnachmittag 6 Uhr der acht Jahre alte Sohn des Maurers Kling aus der Stralburgerstraße von einem Kohlenwagen überfahren worden. Der verunglückte Knabe war sofort tot.

Verfassungen.

Für den ersten Wahlkreis tagte am Donnerstag bei Cohn, Venturstraße, eine öffentliche Versammlung, in der Reichstagsabg. B. Liebnicht über den Friedenskongreß sprach. Der Vortragende schilderte zunächst, nachdem er das Friedensmanifest des Jaren kritisch beleuchtet hatte, die staubdosen Zustände, unter denen das Volk in Rußland durch die verlorrene Verwaltung und die Lotterwirtschaft auf allen Gebieten zu leiden hat, und die eine Folge des absolutistischen Systems, das im Jaren verkörpert ist, darstellte. Rußland hat von jeher, wie dies überhaupt das nache, despotische Regiment bedingt, eine Eroberungspolitik befolgt, um das Volk auf diese Weise zu befriedigen und um es von den ungeheuren Bedrückungen, der Not, dem Elend und der Verworfenheit im Innern abzulenken. Nachdem der Redner darauf hingewiesen hatte, daß, je weniger ein Volk civilisiert ist, es desto mehr zum Kriege neigt, weil es weit weniger als ein kulturelles Volk zu verlieren hat, erörterte er die politische Konstellation der verschiedenen Staaten. Er erinnerte hierbei an das Vorgehen Rußlands in den letzten Jahrzehnten, wie bestrebt war, beständig sein Machtgebiet zu vergrößern, wozu es, was von den Vertretern der Socialdemokratie zur Zeit vorausgesetzt worden ist, ganz wesentlich die bedauerlichen Folgen des deutsch-französischen Krieges benutzte hat. Diese Situation ermöglichte Rußland, seinen Herrschaftsgeheimnissen zu fröhnen und es weiß, daß es in der Hauptsache nur die Macht Englands zu fürchten hat, und auch nur England hat das Schwindelmanifest der russischen Diplomatie gepöhlte. England, dessen Weltmachtstellung und wirtschaftliche Existenz von der Beherrschung der Meere abhängt, ist gezwungen, um seine Stellung zu behaupten, der Eroberungspolitik des Jarenreiches Einhalt zu gebieten. Vor der Macht Englands, das durch die Vereinigten Staaten, welche durch die jüngsten Vorgänge eine völlige Veränderung der ganzen politischen Situation auf der Weltbühne veranlaßt haben, einen außerordentlich mächtigen Bundesgenossen gewonnen hat, muß Rußland zurückweichen und den Kampf unter diesen Umständen hinauschieben, was jetzt in China zu beobachten ist. Redner schilderte, wie vordem die Ursachen, hierauf in eingehender Weise die Wirklungen des Friedensmanifestes. Die Friedensbewegung in England, die vor dem Krimkrieg sehr stark war und auf deren Einfluß Rußland spekuliert hatte, wurde unter der Wucht der so offenkundigen Thaten des Jaren zum Stillstand gekommen. Rußland, welches die hauptsächlichste Ursache ist, daß die Völker in Waffen stehen, und dessen Existenz auf dem beständigen Kriegszustande beruht, gar nicht daran denken kann, einen wirklichen Friedenszustand und eine allgemeine Abrüstung herbeizuführen. Die Friedenskonferenz, deren Programm ja nur noch auf die Feststellung der Friedensprämissen für die einzelnen Staaten und auf die „Humanisierung des Krieges“ beschränkt ist, wird nichts weiter als eine widerliche Komödie sein und keiner der Teilnehmer denkt auch nur ernsthaft an eine Abrüstung. — Nachdem der Redner in kurzen Zügen das Wesen des Militarismus, die hervorragende Stärke der herrschenden Klassen, gebührend gekennzeichnet hatte, weist er im weiteren nach, daß alle Friedensbewegungen, auch die, welche nicht direkt Schwindel-Manöver sind, ergebnislos verlaufen müssen, wenn sie nicht die Beseitigung des Kapitalismus und die Abänderung der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung zum Zweck haben. Die Aufgabe, den Frieden wirklich herzustellen, kann nur die Socialdemokratie erfüllen, und der im nächsten Jahre tagende internationale Kongreß der Socialdemokratie aller Länder, er wird eine wichtige und wirksame Friedensdemonstration bilden, neben welcher die Haager Konferenz in nichts zusammenkrumpft. Der endliche Sieg der Socialdemokratie, die Abänderung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in eine socialistische, wird nicht nur die Ausbeutung durch den Kapitalismus und den Klassenkampf, sondern auch den Militarismus und mit ihm den Krieg beseitigen und den Völkerfrieden herbeiführen. Zum Schluß wendet sich Liebnicht gegen das Geschreibsel der bürgerlichen Presse, die auf Grund der bekannten Auslassungen des Genossen Vernstein, der infolge seines langjährigen Aufenthalts in England mit den Verhältnissen in Deutschland nicht genügend vertraut ist, durchaus eine Spaltung der socialdemokratischen Partei konstruieren will. Er weist, indem er die Auffassung Vernsteins in Bezug auf die Taktik kritisiert, auf die loslösenden Fortschritte hin, die die Socialdemokratie zu verzeichnen hat, und aus denen zur Genüge erhellt, daß ihr Verhalten ein richtiges war und zu einer Aenderung ihrer Stellung durchaus keine Veranlassung giebt. Eine Kampfpartei seien wir nicht, weil das unsere Wahl, sondern weil es Rotwendigkeit. Der Vorwurf, wir hätten die Gegner zur Reaktion gereizt, ist durchaus unbegründet. Wir sind die einzige Partei, welche die Reaktion ernsthaft bekämpft. — Dem Vortrag, der häufig durch Zustimmungsumgebungen unterbrochen wurde, folgte stürmischer Beifall. Eine Diskussion wurde nicht beliebt.

Unter „Verschiedenes“ eruchte das Lokalcommissions-Mitglied Dieker um genaue Beachtung der Lokalliste, und besonders bei Ausfüllung nur solche Lokale zu besuchen, die der Arbeiterchaft zur Verfügung stehen. Von mehreren Rednern wurde auf die bevorstehende Reichstagswahl im 2. Wahlkreise aufmerksam gemacht, zur regen Agitation und zur Beteiligung an den Wahlarbeiten aufgefodert. Ein Rednerin plädierte sodann in längeren Ausführungen, mit dem Hinweis auf die wirtschaftliche Stellung des weiblichen Geschlechts, für den regeren Besuch der Versammlungen seitens der Frauen und für den Anschluß derselben an die eventuelle Vernsorganisation. Nachdem der Vertrauensmann W o h n e zum Beitritt in den Wahlverein aufgefordert und Liebnicht nach zur Unterstützung des zweiten Wahlkreises in der kommenden Wahlschlacht gemahnt hatte, erregte der Schluß der sehr gut besuchten Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf die Socialdemokratie, dem sich ein kräftiges Hoch auf den Genossen Liebnicht anschloß.

Bebel oder Vernstein? So lautete das Thema eines Vortrages, den der national-socialistische Herrmann Raumann am Donnerstagabend in den „Andreas-Festalen“ hielt. Die Versammlung war recht gut und zwar in der Mehrzahl von Socialdemokraten besucht. Herrmann Raumann legte dem Vernsteinschen Buche über den Socialismus und seine Voraussetzungen eine hohe Bedeutung bei, weil Vernstein unmittelbar aus der Schule von Marx und Engels hervorgegangen und seit langen Jahren einer der ersten Theoretiker der Partei sei. Vernsteins Vorgehen liege in der Richtung des früheren Vorgehens von Ballmar, Schippel, Deine zc. Die alle wollen einen offenen Konflikt vermeiden und empfehlen, die bisherige Taktik beizubehalten. Aber es handele sich doch um Gedankenfragen, die in die Partei hineinzuwirken und ihre Wirkung nicht verfehlen werden. — Abgesehen von den Theoretikern habe bis jetzt von den eigentlichen Führern der Partei erst B e b e l Stellung zu dem Vernsteinschen Buche genommen und habe ausgeführt, daß die Hoffnung auf eine Mauferung der Partei eitel sein werde. Diese Hoffnung halte auch er, der Redner, vorläufig für eitel. Immerhin werde die einfache, nächste Interessenpolitik, die Vernstein empfiehlt, in der socialdemokratischen Partei immer mehr anerkannt werden. Wie schnell dies geschehen werde, dies hänge zum großen Teil von B e b e l ab, da in der Partei persönliche Einflüsse sehr mitspielten. Bebel stehe nach seiner ganzen Anschauung und seinem Temperament dem Vernsteinschen Standpunkt am fernsten, obgleich der Bebel'sche Schnelzug wohl schon oft auf den Strang gefahren sei, auf den der kluge Weichensteller Auer die Weiche gestellt habe. In der Bebel verlorpere sich sozusagen der Instinkt der Partei und er habe immer noch das entscheidende Wort gehabt, wo es sich um die Lebensfragen der Partei gehandelt habe. Bebel und Vernstein vertreten die beiden Extreme in der Partei. Bebel sei aus der Handwerkerpraxis hervorgegangen und habe sich die unmittelbare natürliche Einsicht in die Dinge mit herübergenommen. Daneben sei er von Liebnicht zum Marxismus bekehrt worden, und keiner habe dann so viel für diese Weltanschauung gethan, wie Bebel. Aber daneben sei er der Mann der Phantasie, der sich in glühenden Farben den Zukunftsstaat ausmale und ferner der „Romantiker der Revolution“, der gelegentlich durch einen Ausbruch veraltete Einrichtungen über den Haufen zu werfen hoffe. Gegen diese romantische Auffassung der Revolution wende sich

Vernstein, der wisse, daß das komplizierte Wirtschaftsleben sich nicht von heute auf morgen umkehren lasse. Heute allerdings würde die Partei, wenn die entscheidende Frage gestellt würde, in der Mehrheit mit Bebel gehen. Aber die Vernsteinschen Reformgedanken würden nicht verloren sein und in der Partei ihren Weg machen, weil die wirtschaftliche Entwicklung mit den allen Dogmen nicht übereinstimme.

Die materialistische Weltanschauung, der Utopismus und die Hoffnung auf gewaltsamen Umsturz werden sich verflüchtigen. Wenn werde eine socialistisch-demokratische Partei, gestützt auf ein starkes Gewerkschafts- und Genossenschaftswesen, vermehrt besonders durch landwirtschaftliche Veredelungsstelle, für die ein Agrarprogramm geschaffen werden müsse. Aber diese praktischen Dinge genügen nicht, um die mit den traditionellen Dogmen verloren gehende Schwungkraft und Opferbereitschaft der Partei zu erwecken. Die Partei brauche dann einen neuen Gedankenzusammenhalt, und den werde sie gewinnen, wenn sie national werde. Der nationale Gedanke müsse zum einigenden Band werden. Dann würden auch die widerstrebenden reaktionären Mächte, die heute behaupten, national zu sein, überwunden werden. National und social gehörten in Zukunft zusammen.

Nach Raumann sprach unser Parteigenosse Rechtsanwalt **Detue.** Er führte aus, der Gegensatz, der in die Namen Bebel und Vernstein ausgeprägt worden sei, sei in der Partei in dem Sinne gar nicht vorhanden. So wie in der Brust jedes Menschen, so sei auch in der Partei Wünsche und nächsternes Denken von jeder Vereinigt. Vernstein selbst sage es bei jeder Gelegenheit, daß er der Partei keine andere als die schon jetzt befolgte Taktik empfehlen wolle. Selbstverständlich müsse die Theorie fortgebildet werden. Aber deswegen bleibe die Grundlage unserer Taktik doch der Marxismus. — Bebel sagt, die Gegner schreiben uns unsere Taktik vor; das selbe meint auch Vernstein. Vernstein hält, ebenso wie Bebel und die übrige Partei, am Zukunftsziele fest; er legt nur mehr Wert auf die momentane praktische Arbeit. Der große Gegensatz zwischen Vernstein und Bebel als dem Repräsentanten der Partei sei ein rein konstruierter. Wenn auch der eine den Zukunftsstaat näher als der andere glaube, so sei die Hauptsache doch die Übereinstimmung in Bezug auf den einzuschlagenden Weg. Die Hoffnung auf eine blutige Straßenrevolution sei heute in der Partei vollständig überwunden. Im wesentlichen arbeite die Partei und die parlamentarische Vertretung schon seit zwanzig Jahren nach dem Vernsteinschen Rezept. Auf die Ratschläge einiger Theoretiker, beiseite zu treten und die Gesellschaft „verkommen“ zu lassen, sei die Partei nie hineingefallen.

Wir sind praktische Reformer, aber trotzdem werden wir doch nie eine bloße Reformpartei werden. Mit diesem Worte sind andere Begriffe verbunden. Was die gewünschte veränderte Stellung zum Nationalen betreffe, so versichern wir unter „national“ nicht die debote Haltung nach oben, die Bewilligung jeder Militärvorlage und die Begeisterung dafür, daß überall die deutsche Flagge wehe. Wenn man unter „national sein“ versteht, daß man die Nation in ihrer Bedeutung erhalten und ihre Kraft erhöhen will, daß man die deutsche Volkswehr gesund und kräftig machen will, so seien wir so national wie nur irgend wer. Gerade wir halten den Namen der deutschen Nation hoch, indem wir mehr wie andere Parteien die Kulturgüter erhalten und erweitern wollen. Unser Internationalismus bestehe darin, daß wir jeder Nation ihr Recht geben und nicht für die Unterdrückung der Dänen, Polen, Czechen zu haben sind.

Wir brauchen also nicht erst national zu werden, und national in dem Raumannschen Sinne werden wir überhaupt nicht werden. Auch in der Stellung zur Monarchie unterscheiden wir uns von Raumann. Wir verzichten darauf, daß, wie es die National-Socialen esreiben, sich die Monarchie gnädig den Arbeitern zuwende. Nur was sich das Volk selbst erkämpft, gehört ihnen sicher. Auch in Zukunft werde die volkstümlichste Parole lauten: „Socialdemokratisch!“

Vermischtes.

Die Duellprägelei in Koblenz gestiftet abermals einen interessanten Einblick in die Erziehung jener Gesellschaftsklassen, die von den Interessenten der göttlichen Weltordnung immer und immer wieder ausdrücklich für den sittlichen Anker dieser Ordnung angesehen werden. Der in dem Duellkampf mit Leutnant Döring durch einen Schuß in den Unterleib schwer verletzte stud. phil. Aldeborn ist vorgestern abend gestorben. Ueber die Ursache des Duellkampfes erzählt die „Kölnische Zeitung“ folgendes: In einem Vergnügungsort in Gils tanzte stud. phil. Aldeborn. Leutnant Döring vom 68. Regiment, der die Tänzerin Aldeborns auch kannte, sagte ihr: „Mit dem da hätte ich nicht getanzt“, was von der Tänzerin an Aldeborn berichtet wurde. Dieser forderte Leutnant Döring vor dem Lokal auf — was in aller Ruhe geschehen sein soll — ihm eine Erklärung über diese Aeußerung zu geben. Auf wiederholtes Eruchen habe Döring dann in verächtlichem Tone gesagt: „Was geht es Sie an, was ich zu Ihrer Tänzerin sage“. Darauf ließ Aldeborn sich hinreißen, Döring eine Ohrfeige zu geben, der alsbald eine zweite folgte. Der Zweikampf fand gestern früh statt; beim fünften Kugelwechsel erhielt Aldeborn den tödlichen Schuß.

Daß sich die Duellantiker gegenseitig massakrieren, ist uns selbstverständlich von Heran gleichgültig. Wenn wir solcher Fälle erwähnen, so geschieht es nur, um die sittliche Verdorbenheit dieser Staatsräger zu kennzeichnen.

In der Festung Huy (Belgien) erfolgte Freitagvormittag eine Explosion, wobei ein Granitplitter Patronen und ein Vorderlader entzündete. Durch die Explosion wurden zwei Personen getötet, vier Soldaten, ein Offizier und ein Adjutant verwundet. Man glaubt, daß die Explosion durch Unvorsichtigkeit verursacht sei. Die benachbarte Straße wurde völlig verwüstet. Die Zahl der Opfer ist elf, davon sind zwei todt, zwei hoffnungslos verletzt und sieben schwer verwundet. Außerdem erlitten noch 8 Personen leichtere Verletzungen.

Aus New-York wird schon wieder ein Brandunglück gemeldet. Ein fünfstöckiges Wohngebäude in der 57. Straße ist Freitag früh niedergebrannt. Sieben Personen sind tot, neun werden vermisst, mehrere sind verletzt. — Ueber den Brand wird weiter bekannt: Das Feuer brach in dem Herzen des vornehmsten Viertels nahe bei der fünften Avenue aus, und zwar in der Wohnung des Präbidenten Andrews', von der Dampfheizungs-Gesellschaft. Die Gattin Andrews', die Schwägerin derselben und vier ihrer Kinder sowie zwei weibliche Dienstmädchen kamen in den Flammen um. Vier weibliche Dienstmädchen werden vermisst. Ein benachbartes großes Wohnhaus wurde durch die Funken des Feuers ebenfalls in Flammen gesetzt und brannte nieder. Rahezu alle Bewohner des letzteren konnten sich noch rechtzeitig in Sicherheit bringen. Sechs Frauen erlitten infolge Verletzungen. Im oberen Stiegenhause des Andrews'schen Hauses wurden inzwischen vier Leichen aufgefunden, welche man für diejenigen der vermissten Dienstmädchen hält. Es sind im Andrews'schen Hause somit im ganzen 12 Personen umgelommen.

Witterungsübersicht vom 7. April 1899, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. = 5/9 F.	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. = 5/9 F.
Schwabmünde	754	SSO	3	Wolflg	5	Saparanda	747	SSW	—	Schnee	2
Darmstadt	749	SSO	2	Regen	6	Biersburg	752	SSO	—	Schnee	3
Berlin	754	SSO	3	Regen	6	East	752	SSW	—	Wolflg	3
Niederraden	753	SSO	1	bedekt	11	Aberdeen	742	SSO	—	Schnee	2
München	759	SSO	4	1/2 bed.	9	Paris	754	SSW	—	1/2 bed.	0
Wien	762	SSW	—	Wolflg	9						

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 8. April 1899.
Zunächst etwas wärmer, vorwiegend trübe mit Niederschlägen und starken westlichen Winden; nachher aufklärend und kühl.
Berliner Wetterbureau.

Nochmals Bernsteins Streitschrift.

Von R. Kautsky.

I. Die neueste Lesart der Marx'schen Zusammenbruchs-Theorie.

An Bernsteins Antwort auf meine Kritik seiner Streitschrift hat mich vor allem ihre Kürze überrascht. Ich werde ihn leider nicht so kurz antworten können, trotzdem eine Antwort auf eine Reihe von Punkten, die ich angegriffen, nicht eingeht. Aber diejenigen, die er erörtert, sind gerade die für unsere Agitation wichtigsten.

Ich hatte die von Bernstein vorgeführten Einkommensstatistiken für nichtssagend erklärt. Er macht keine Miene, sie weiter zu verteidigen, und doch hatten sie seinen Haupttrumpf gebildet: „Dass die Zahl der Besitzenden zu- und nicht abnimmt, ist nicht eine Entfindung bürgerlicher Harmonie-Oekonomien, sondern eine von den Steuerbehörden oft sehr zum Verdruß der Betroffenen ausgemerkelteste Thatsache, an der sich heute gar nicht mehr rütteln läßt“ (S. 178). In seiner Antwort verschwinden diese so unwiderleglichen Thatsachen der Steuerstatistik, die sich zu verheimlichen, größte Thorheit wäre, völlig im Hintergrunde und es bleibt uns nur noch der Hinweis auf einige Indizien — die Gewerbestatistik, die Zunahme der Börsezeitungen und die Verteilung des Aktienbesitzes.

„Wenn es wirklich die Betriebsstatistik sein muß“, meint er, „so weist sie jedenfalls eine verhältnismäßig stärkere Vermehrung der kapitalistischen Geschäfte als der Lohnarbeiter nach. Die Zahl der letzteren stieg in Deutschland von 1882—85 in der Industrie um 89,9, die der ersteren aber um 79,5 Prozent.“

Dass diese Zahlen nicht von der Industrie, sondern vom Gewerbe gelten, worunter die deutsche Vertriebsstatistik auch Handel und Verkehr, Tierzucht (nicht landwirtschaftliche) und Gärtnerei rechnet, (der gleichen Verwechslung machte ich mich einmal, wie ich schon in einer Verichtigung bemerkt, ebenfalls schuldig), hat nichts zur Sache und sei nur beiläufig erwähnt. Was aber den Bernsteinischen Zahlen ihre Beweiskraft nimmt, ist eine andere Verwechslung: Die Gewerbestatistik spricht nicht von der Zahl der Lohnarbeiter, sondern von der Zahl der beschäftigten Personen. Diese ist es, die bloß um 89,9 zunahm. Zu diesen beschäftigten Personen gehören aber auch die Arbeiter der Kleinbetriebe, die in der Regel gleichzeitig ihre Inhaber sind, und die Besitzer der kleineren Betriebe, die selbst mitarbeiten. Die Zahl dieser kleinen Besitzenden hat abgenommen, und diese Abnahme ist es, die sich in der Statistik der beschäftigten Personen merkbar macht und bewirkt, daß deren Zahl im ganzen langsamer wächst als die der kapitalistischen Unternehmungen. Das wird deutlich, wenn man die Zunahme der Betriebe und die der beschäftigten Personen in den einzelnen Größenklassen verfolgt. Im Ergänzungsheft zum ersten der Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reiches, 1898, finden wir auf S. 10 folgende Tabelle:

Table with 3 columns: Betriebsgröße, Prozenten 1882-95, and change in number of persons. Rows include Kleinbetriebe ohne Motoren, Gehilfenbetriebe mit 1 bis 5 Pers., etc.

Also bei allen Größenklassen mit Ausnahme der Kleinbetriebe wächst die Zahl der beschäftigten Personen rascher, als die der Betriebe.

Der Schluß, den Bernstein aus der Betriebsstatistik ziehen wollte, wäre damit also mißlungen.

Weitere statistische Daten der ökonomischen Entwicklung zum Beweis der Thatsache, die zu leugnen die größte Thorheit, giebt Bernstein aber in seiner Antwort überhaupt nicht.

Kun soll die Vermehrung der Börseblätter ausreichen. Ja, aber die beweist doch nur das, was niemand bestritten, nämlich wir eben einen statistischen Beweis gesehen, daß die Zahl der kapitalistischen Unternehmungen wächst, daß der Kapitalismus sich immer weiter ausbreitet, immer weitere Zweige des Erwerbslebens, immer weitere Gebiete der Erde in sein Reich hineinzieht, daß der Weltmarkt sich rapid entwickelt und daß der einzelne Geschäftsmann immer weniger im Stande ist, ihn durch seine eigenen persönlichen Beziehungen zu überblicken, daß nur die Mittel einzelner großer Zeitungen im Stande sind, diese Uebersicht zu liefern; endlich beweist diese rasche Vermehrung der Börseblätter noch die rasche Fortschritte des Aktienwesens, die fortschreitende Zunahme jener kapitalistischen Unternehmungen, die einer gewissen öffentlichen Kontrolle unterliegen und der Öffentlichkeit bedürfen, jener „publicité“, die, wie die Banque-Affaire gezeigt, eine so vielgeschmähte und teure Ware geworden ist.

Aber die Zahl der Börseblätter läßt und absolut im Dunkeln über die Zahl der Besitzenden. Jeder, der in Handel und Verkehr tätig ist, muß sie heutzutage lesen, einerlei, ob er Kapitalist oder bloß Angestellter eines Kapitalisten ist.

Für eine so offenkundige Thatsache, wie die Zunahme der Besitzenden, sollten etwas deutlichere Beweise zu finden sein.

Aber haben wir nicht die Aktiengesellschaften? Wie ungenügend die Gewerbestatistik gerade da ist, bemerkt Bernstein, „wo es sich um die Ermittlung der Besitzverteilung handelt, zeigen die Zahlen, die ich über die Verteilung des Aktienbesitzes in England gab. Wenn der Vermögensbesitz an einem einzigen Trust der englischen Baumwollspinnerei sich auf 12 000, sage zwölftausend Personen — der an einem andern auf über 6 000 Personen verteilt, so verzeichnet die Betriebsstatistik für den ersteren gerade 20, für den letzteren etwa 15 Fabriken.“

Diese Thatsachen verzeichnet allerdings Bernstein in seiner Schrift. Aber ihnen gehen folgende Zeilen voraus: „Leider fehlt es durchaus noch an zahlenmäßigen Nachweisen über die tatsächliche Verteilung der Stamm-, Prioritäts- u. c. Anteile der heute einen so gewaltigen Raum einnehmenden Aktiengesellschaften, da in den meisten Ländern die Anteile anonym sind, also wie anderes Papiergeld ohne Umstände den Inhaber wechseln können, während in England, wo die auf den Namen eingetragenen Aktien überwiegen und die Listen der so festgestellten Aktionäre von jedermann im staatlichen Registeramt eingesehen werden können, die Aufstellung einer genaueren Statistik der Aktienbesitzer eine Riesenaufgabe ist, an die sich noch niemand herangewagt hat“ (S. 48). Mit anderen Worten, wir haben keine Statistik des Aktienbesitzes und wissen absolut nicht, wie er sich verteilt! Da wird man es begreiflich finden, wenn man den Zahlen, die Bernstein über die Verteilung des Aktienbesitzes in England“ mittelt, keine übermäßige Beweiskraft beimißt.

Er weist darauf hin, daß die Zahl der Aktieninhaber in England auf weit über eine Million geschätzt wird. Was soll damit bewiesen werden? Ist denn jeder, der eine Aktie besitzt, ein „Besitzer“? Ramentlich in England, wo man für 20 M. schon „Aktieninhaber“ werden kann! Und wenn die Form der Aktie eine Tendenz einführt, die der durch Zentralisation der Betriebe herbeigeführten Zentralisation der Vermögen entgegenwirkt, so ermöglicht sie es andererseits wieder, daß der einzelne Kapitalist an viel mehr Betrieben Anteil haben kann, als es ihm in der Gestalt des Unternehmers möglich wäre. Wenn es die Aktienform ermöglicht, daß ein Unternehmen im Werte sagen wir von einer Million Mark in den Besitz von tausend Aktionären gelangt, so erlaubt sie es auch, daß der Besitzer einer Million Mark Teilhaber an tausend verschiedenen Unternehmungen wird.

Das weiß Bernstein natürlich eben so gut wie ich. Er giebt zu, daß selbstverständlich nicht alle Aktionäre in nennens-

wertem Grade Kapitalisten sind und vielfach ein und derselbe große Kapitalist bei allen möglichen Gesellschaften als kleiner Aktionär wiedererkehrt.“ Aber er macht leider von dieser Erkenntnis keinen Gebrauch. Denn sie mußte ihm sagen, daß sein ganzes Aktienargument wertlos ist, weil wir über die Tendenzen des Aktienbesitzes gar keine Daten haben — mir wenigstens sind keine bekannt und Bernstein auch nicht, sonst würde er sie veröffentlicht haben.

Wir haben aber gar keinen Grund, anzunehmen, daß beim Aktienwesen die dezentralisierenden Tendenzen über die centralisierenden die Oberhand gewinnen. Sichere, sich gut verifizierende Aktien werden von den großen Kapitalisten mit Beschlag belegt, die den Aktienmarkt beherrschen. Für die kleineren Leute bleiben von den höher sich verziehenden nur die unrichtigen Papiere, diese sind nicht ein Mittel, Besitzlose in Besitzende zu verwandeln, sondern umgekehrt, die Spargroschen des Kleinbürgertums und der proletarischen Elite in die Taschen der Spekulanten zu locken.

Erst kürzlich war im „Vorwärts“ ein Artikel zu lesen über einen „neuen Ventag des englischen Kapitals“. Eine Aktiengesellschaft mit 800 000 Anteilen à 20 M. (nominal) ist gegründet worden, angeblich zur Verwertung eines neuen Glühlicht-Patents. Mit einem Schlag werden da vielleicht eine Viertelmillion Proletarier, welche diese Aktien erwerben (Kapitalisten kaufen solches Zeug nicht) in „Besitzende“ verwandelt, mit ihren Angehörigen machen sie zusammen vielleicht eine Million aus. In diesem Tempo vermehrt sich das Proletariat allerdings nicht. Also — nehmen die Besitzenden rascher zu, als die Proletarier.

Aber sollte nicht Bernstein selbst zugeben, daß solche Gründungen kein anderes Resultat haben, als das, einige Millionen aus den Taschen vertrauensvoller Besitzloser in die weiten Taschen einiger wenigen Besitzenden zu konzentrieren?

Andererseits bildet das Aktienwesen nur eine besondere Form des Kredits, die den großen Kapitalisten die Gelder der kleineren zur Verfügung stellt und damit ihre ökonomische Macht vermehrt. Erst jüngst lasen wir in einer amerikanischen Zeitung, der Nominalwert der Certifikate des Standard-Oil-Trusts betrage 97 250 000 Dollars. John D. Rockefeller besitzt deren im Werte von 49 000 000. Er hat also die Mehrheit der Stimmen, und die Aktienform ist ein Mittel, ihm die freie Verfügung über fast das Doppelte seines eigenen Einflusses zu gewähren. Das mag gleichgültig scheinen vom bloßen Standpunkte der Verteilung des Profits. Aber das entscheidende soziale Moment ist nicht die Verteilung, sondern die Produktion, und auf diesem Gebiete wird die Macht, damit aber auch das Einkommen des einen Rockefeller durch die Einzahlungen seiner Mitaktionäre enorm gesteigert.

Weit entfernt, die Wirkungen der Konzentration der Kapitalien aufzuheben, ist das Aktienwesen vielmehr das Mittel, sie auf die Spitze zu treiben. Die Form der Aktiengesellschaft erst ermöglicht riesige Unternehmungen, denen das Einzelkapital nicht gewachsen ist. Sie ist die Form, in der sich die Monopolisierung einzelner Betriebszweige vollzieht. Ist die Monopolisierung der Trusts, der Eisenbahnen, der großen Banken, deswegen eine geringere, weil sie Aktiengesellschaften sind? Und sind sie deshalb weniger die Werkzeuge einzelner Finanzmagnaten, welche alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses usurpieren und monopolisieren (Marx)?

Wir haben keine Statistik der Verteilung des Aktienbesitzes, aber alles weist darauf hin, daß im Aktienwesen derselbe Prozeß der Accumulation und Centralisation von Kapital vor sich geht, den wir an den kapitalistischen Unternehmungen beobachten können.

Was durch das Aktienwesen offenbar vergrößert wird, das ist nicht die Zahl der Besitzenden, sondern die der mäßigen Besitzenden. Es entsteht die Kapitalisten von Funktionen, die sie im ökonomischen Betriebe haben und macht sie bereits in der kapitalistischen Gesellschaft überflüssig. Diese Thatsache wird durch das rasche Anwachsen der Zahl der Aktiengesellschaften allerdings drastisch illustriert.

Die stete Zunahme der „Trust“-Gesellschaften, die den Kapitalisten die Sorge um die Anlage ihrer Vermögen abnehmen, auf die sich Bernstein als ein Zeichen der Zunahme der Besitzenden beruft, beweist ebenfalls nur die Zunahme der Zahl der mäßigen Besitzenden, beweist, wie rasch die Kapitalistenklasse für das ökonomische Gebiete der Gesellschaft überflüssig wird, wie sehr sie immer mehr zum Parasiten am gesellschaftlichen Körper heranwächst.

Das ist freilich nicht jene Seite des Aktienwesens, die Bernstein interessiert. Auf Seite 54 sühlt er sich getrieben, zu betonen, daß „nicht alle Aktionäre Nichtsther sind.“ Als Aktionäre sind sie es allerdings.

Diese hier angeführten Thatsachen neben einigen fragwürdigen Einkommensstatistiken sind es, und sie allein, auf die Bernstein seine Behauptung von der Zunahme der Besitzenden stützt. Das sind die Thatsachen, die und zwingen sollen, unser Programm umzuwälzen!

Aber nachdem er diesen zwingenden Beweis erbracht, erklärt Bernstein selbst: „Nichtig ist nur, daß in den vorgeschrittenen Ländern die Zahl der Lohnarbeiter heute schneller wächst, als die der Gesamtbevölkerung. Aber es mir nie eingefallen, das zu bestreiten. Kautsky liest in meine Sätze Dinge hinein, die ganz und gar nicht darin stehen.“

Darüber zu urteilen, was in den Sätzen Bernsteins steht, ist allerdings er kompetent, aber wenn ich in seine Sätze Dinge hineingelesen habe, die ganz und gar nicht darin stehen, geschah es nur deswegen, weil diese Sätze mir sonst völlig unbegreiflich blieben.

In seiner Schrift behauptet er ausdrücklich, es sei „falsch, anzunehmen, daß die gegenwärtige Entwicklung eine relative oder gar absolute Verminderung der Zahl der Besitzenden aufweist. Nicht mehr oder minder, sondern schlechtweg mehr, d. h. absolut und relativ wächst die Zahl der Besitzenden“ (S. 50). Das sagte ich allerdings auf als die Behauptung, daß die Zahl der Proletarier relativ abnimmt, daß die fortschreitende Proletarisierung der Massen ein Märchen sei. Nun erklärt er, die Besitzenden und die Lohnarbeiter nehmen zu — das heißt, beide Schichten wachsen rascher als die Gesamtbevölkerung. Ja, auf Kosten welcher Schicht wachsen sie denn?

Setzen wir an Stelle des vagen Wortes „Besitzende“ das bestimmtere „Kapitalisten“, dann könnte man annehmen, was ja auch in der Regel der Fall, daß Kapitalisten und Proletarier wachsen auf Kosten der Mittelschichten. Aber Bernstein erklärt gerade: „Wir sehen diese nirgends abnehmen, vielmehr fast überall sich erheblich ausdehnen.“ (S. 63).

Wir kommen also zu dem famosen Bild einer Gesellschaft, in der alle Volksschichten rascher zunehmen als die Gesamtbevölkerung. Das damit das Bild der kapitalistischen Entwicklung, wie es Marx zeichnete, nicht vereinbar ist, gebe ich gerne zu. Ob es aber gerade deswegen „nicht der Wirklichkeit entspricht“ (S. 47), möchte ich bezweifeln.

Wenn meine Ueberzeugung von der Wichtigkeit der Marx-Engels'schen Zusammenbruchs-Theorie durch etwas bekräftigt werden konnte, so geschah es durch die Kritik, die Bernstein an ihr übte.

Aber, wendet dieser ein, die Zusammenbruchs-Theorie, die ich vertrete, das ist nicht die Marx-Engels'sche Theorie, sondern eine kautskische Lesart und Erweiterung derselben. Inwiefern sie mit dem vom Zusammenbruch handelnden Kapitel bei Marx zu vereinen ist, wo nicht von wachsender Reife und Macht, sondern von wachsender Entartung und Anechtung der Proletarier gesprochen wird, kann ich auf sich beruhen lassen“ zc.

Diesen Satz hat nicht irgend ein Vulgarökonom geschrieben, der das „Kapital“ nie in der Hand gehabt, sondern ein Mann, der als einer der besten und verständnisvollsten Kenner der marxistischen Literatur gilt. Wie berechtigt der Satz ist, zeige die wörtliche Wiedergabe der Stelle, auf die sich Bernstein beruft. Sie lautet: „Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses usurpieren und monopolisieren, wächst die Masse des Glens, des Drucks, der Anechtung,

der Degradation, der Ausbeutung, aber auch die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geistlichen, vereinten und organisierten Arbeiterklasse“ (Kapital, I, 2. Aufl. S. 793).

Geht eine stetige Zunahme der Zahl, der Schulung, der Organisation, Wachstums der Reife und Macht über nicht?

Wie kann also Bernstein behaupten, Marx rede in dem vom Zusammenbruch handelnden Kapitel nicht von wachsender Reife und Macht, sondern nur von wachsender Entartung und Anechtung des Proletariats? Und wie kann er behaupten, ich gebe nur meine Lesart, nicht die Marx-Engels'sche Theorie? Wartet nicht schon das kommunistische Manifest die wachsende Reife und Macht des Proletariats als eine der Vorbedingungen des Zusammenbruchs der kapitalistischen Gesellschaft?

„Die Bourgeoisie“, sagt es, „hat nicht nur die Waffen geschnitten, die ihr den Tod bringen, sie hat auch die Männer erzeugt, die diese Waffen führen werden — die modernen Arbeiter, die Proletarier... Mit der Entwicklung der Industrie vermehrt sich nicht nur das Proletariat; es wird in größeren Massen zusammengepreßt, seine Kraft wächst und es fñhlt sich mehr... Die Arbeiter beginnen, Koalitionen gegen die Bourgeoisie zu bilden... Das eigentliche Resultat ihrer Kämpfe ist nicht der unmittelbare Erfolg, sondern die immer weiter um sich greifende Vereinerung der Arbeiter... Die Organisation der Proletarier zur Klasse und damit zur politischen Partei, wird jeden Augenblick wieder gepreßt durch die Konkurrenz unter den Arbeitern selbst. Aber sie erlischt immer wieder, stärker, fester, mächtiger. Sie erzwingt die Anerkennung einzelner Interessen der Arbeiter in Gewerkschaften, — indem sie die Spaltungen der Bourgeoisie unter sich benützt, so die Jehusundenbill in England... Die Bourgeoisie selbst führt dem Proletariat ihre eigenen Bildungselemente, d. h. Waffen gegen sich selbst zu. Es werden ferner durch den Fortschritt der Industrie ganze Bestandteile der herrschenden Klasse ins Proletariat hinabgeworfen oder wenigstens in ihren Lebensbedingungen bedroht. Auch sie führen dem Proletariat eine Menge Bildungselemente zu“ zc.

Da haben wir schon im kommunistischen Manifest die Bedeutung auseinander gesetzt, welche die wachsende Reife und die Macht des Proletariats für den Zusammenbruch der kapitalistischen Ordnung in sich schließt. Seit der ersten Formulierung der Marx-Engels'schen Zusammenbruchs-Theorie ist der Hinweis auf das Wachstum der Reife und Macht des Proletariats ihr wesentlicher Bestandteil gewesen; ohne diesen ist sie gar nicht zu verstehen, und nun kommt Bernstein und behauptet, das sei bloß meine Lesart!

Aber der Satz vom Wachstum der Reife und Macht des Proletariats ist nicht nur ein wesentlicher Bestandteil der Marx'schen Zusammenbruchs-Theorie, er ist sogar ihr charakteristischer Bestandteil. Daß die kapitalistische Produktionsweise zu wachsendem Glend, stetigem Rückgang der Kleinbetriebe, zunehmender Uebersproduktion führe, das haben auch andere Socialisten vor Marx und gleichzeitig mit Marx, unabhängig von ihm, erklärt. Was Marx und Engels allein fanden, das waren neben den das Proletariat herabdrückenden die es erhebenden Tendenzen. Gerade das zeichnet sie aus, daß sie nicht bloß, wie andere Socialisten, die wachsende Anechtung des Proletariats sahen, sondern auch seine wachsende Empörung, sondern auch die Zunahme seiner Schulung und Organisation, seiner Reife und Macht, etwas, was freilich die vulgären Kritiker der sogenannten Verelendungs-Theorie nur zu leicht vergessen, die in der Regel nichts anderes kritisieren, als die vormarxistischen Verelendungs-Theorien.

Aber daß auch Bernstein es vergessen würde, das hätte ich allerdings nicht erwartet. Es scheint ein psychologisches Geheiß zu geben, das allen Marx-Kritikern die gleichen Bahnen vorzeichnet, woher sie auch kommen mögen.

Nachdem Bernstein aus der Marx'schen Zusammenbruchs-Theorie ihr charakteristisches Moment als „kautskische Lesart und Erweiterung“ herausgeworfen, fährt er triumphierend fort: Die Reife, die Macht, die Empörung des Proletariats, das sind ethische und politische, aber doch nicht ökonomische Faktoren. Wenn aber der Sieg des Socialismus eine immanente ökonomische Notwendigkeit sein soll, dann muß er auf den Nachweis von der Unermeidlichkeit des ökonomischen Zusammenbruchs der bestehenden Gesellschaft begründet sein.“

Hier sinkt die von Bernstein als marxistisch vorgeführte und kritisierte Zusammenbruchs-Theorie noch um einen Grad tiefer: aus der Theorie des gesellschaftlichen Zusammenbruchs wird eine der geschäftlichen Zusammenbruchs. Der Zusammenbruch aus „rein ökonomischen Gründen“, das ist die allgemeine Pleite, die mit Ethik allerdings sehr wenig zu thun hat.

Aber hier handelt es sich um die ökonomische Notwendigkeit eines gesellschaftlichen Zusammenbruchs vom Standpunkte des Historikers und nicht des Kaufmanns. Eine solche Notwendigkeit liegt auch dann vor, wenn die ökonomischen Verhältnisse mit Notwendigkeit politische und ethische Kräfte erzeugen, welche auf den Zusammenbruch des Bestehenden hinwirken.

Wozu denn unsere Agitation und Propaganda, unser Streben nach politischer Macht, wenn wir allein von rein ökonomischen Ursachen den Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft erwarteten? Es waren nicht die Marxisten, sondern ihre Gegner, Anarchisten, die hier eine Inkonsequenz zu sehen glaubten, den politischen Kampf verurteilten und die rein ökonomische Unterminierung der kapitalistischen Gesellschaft predigten. Nun wird für Bernstein heute die „anarchistische Lesart“ die wirklich marxistische.

Schweizerischer Arbeitertag.

Luzern, 8. April.

Unter großer Beteiligung von Delegierten aus allen Lagern des bunt zusammengeführten Schweizerischen Arbeiterbundes wurde heute, vormittags 9 Uhr, im „Hotel Union“ der Schweizerische Arbeitertag von dem Centralpräsidenten des Schweizerischen Grüttvereins, End, in Luzern mit einer kurzen Ansprache eröffnet und sodann ins Bureau gewählt: End als Präsident, der katholische Professor Dr. Wed. Freibur als erster, F. Holz-Solothurn als zweiter Vicepräsident, Adjunkt Marx als deutscher, Adjunkt Sigg. Genf als französischer Sekretär, Adjunkt Reimann-Viel als Uebersetzer.

Arbeitssekretär Greulich referierte sodann über die Forderung des Gewerkschaftswesens. Man sagt, die Lage der Arbeiter sei eine bessere geworden als sie früher war. Das mag sein, darüber streiten wir nicht, denn darauf kommt es auch gar nicht an, wohl aber auf die Vermehrung des Reichthums, mit dem die Fortschritte der Arbeiter nicht gleichen Schritt hielten. Unter Benützung eines reichen amtlichen statistischen Materials zeigte sodann der Referent, wie rasch sich die Industrie der Schweiz seit 1883 entwickelte und diese aus einem Agrarstaat ein Industriestaat wird. Die Gewerkschaften sind die erste ernsthafte Organisation der Arbeiterklasse. Leider ist die Gewerkschaftsbewegung in der Schweiz noch unbefriedigend, indem höchstens 50 000 Arbeiter organisiert sind, während in dem kleinen Dänemark 80 000 Arbeiter vereinigt sind. Besser als die schweizerischen Arbeiter sind die schweizerischen Unternehmer, wie Wäder, Buchdrucker, Maschinenindustriellen, Textilindustriellen zc. organisiert, die nahezu alle der Organisation angehören. Viel nötiger ist aber noch die Organisation der Arbeiter. Durch die Unterdrückung der Arbeiter wird nicht auch deren Unzufriedenheit unterdrückt, die sich dann oft in schlimmer Weise äußert. Der Genfer Bauarbeiterverein mit seinen Ausrichtungen wäre bei guter Organisation der Arbeiter unmöglich gewesen; sie sind die Früchte der Herren, welche die Organisation

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 8. April.

Opernhaus, Regina. Anf. 7 1/2 Uhr. Nachmittags 3 1/2 Uhr: Dänkel und Gretel. Die Puppenfee. Schauspielhaus. Das fünfte Rad. Anfang 7 1/2 Uhr.

Neues ital. Opern-Theater (Kroll). Im weißen Rössl. Anfang 7 1/2 Uhr.

Deutsches. Hand. Vorher: Mutterberg. Anfang 7 1/2 Uhr.

Kessing. Die Baubären. Anfang 7 1/2 Uhr.

Berliner. Sitz den Frauen! Anfang 7 1/2 Uhr.

Niedring. Der Schloßvogel - Komtroleur. Vorher: Zum Eintriedel. Anfang 7 1/2 Uhr.

Neues. Hofkapell. Anfang 7 1/2 Uhr. **Westen.** Die Erziehung zur Ehe. Vorher: Hledträume. Anfang 7 1/2 Uhr.

Metropol. Chand d'habits. (Der Kleiderhändler.) Gleis auf: Die kleinen Wägen. Anf. 7 1/2 Uhr.

Schiller. Die große Glocke. Anfang 8 Uhr.

Central. Die Puppe. Anf. 7 1/2 Uhr. **Thalia.** Der Haub der Sabinerinnen. Anfang 7 1/2 Uhr.

Pulsen. Das berühmte Muster. Anfang 8 Uhr.

Nachmittags 3 1/2 Uhr: Die Räuber. **Welle-Milano.** Danel Brägg. Anfang 8 Uhr.

Dreibild. Wilhelmshäufchen. **Der Diavolo.** Anfang 8 Uhr.

Alexanderplatz. Die Lebensmänner von Berlin oder: Der Klub der Garmloten. Anfang 8 Uhr.

Wiener Volkstheater. Unschuldig. Anfang 7 Uhr.

Chend. Die Bulgaria. Anf. 8 Uhr. **Wipolo.** Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.

Urania. Taubenstrasse 48-49. **Nachmittags 4 Uhr:** Vorstellung zu ermäßigten Preisen. **Im Hörsaal:** Dr. P. Schwahn: „Der Ocean und seine Erforschung.“ **Invalidenstr. 57/62:** **Tägl. Sternwarte.** Nachmittags täglich 5-10 Uhr.

Urania

Taubenstrasse 48/49.
Im Theater:
Das Land der Fjorde.
Nachmittags 4 Uhr: Vorstellung zu ermäßigten Preisen.
Im Hörsaal:
Dr. P. Schwahn: „Der Ocean und seine Erforschung.“
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags täglich 5-10 Uhr.

Passage-Panopticon.

Westend
8 Uhr früh bis
10 Uhr abends.
Das
Riesenweib.
Die schöne
Zätowierte.
Excelsior,
dargestellt
von 500 künstl.
Menschen.
Mittwoch, Sonnabend, Sonntag
4 Uhr: Kindervorstellung.

Castan's Panopticon.

Stal. Sänger- u. Tänzer-Gesellsch.
„Santa Lucia“.
Die berühmten „lebenden
Bilder“.
Neu! Dreyfus-Esterhazy.

Apollo-Theater.

Das
humoristische Programm
der Saison.
Ne. et Mr.
Blanca-Desroches
La Bella
Robert Steidl
Henry Bender
Ada Milani
Carmanellis, Prof. Jmanns.
Nur noch kurze Zeit:
Ein Abenteuer im Harem
Burleske von W. Mannstadt.
Musik von Paul Lincke.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vorverkauf im Theater und
beim „Künsterdank“, Unter den
Linden 69.

Alcazar-Theater

Dresdenerstr. 52/53. City-Passage.
Direktion: Richard Winkler.
Täglich mit stürmischem Jubel
Endlich
allein!
Gesangs-Posse von Joh. Götner.
Wahl von Max Schmidt.
In Scene gesetzt v. Otto Wendt.
Dazu das vorzüglichste
neue Special-Programm u. a.
Mr. James Thomas,
Juggler on the wire.
Wochentags Entree frei!
Sonntags 30 Pf.

Feen-Palast-Theater

Burgstr. 22. Burgstr. 22.
Das neue erstklassige
Specialitäten-Veronal.
Großes Riesen-Programm
25 Nummern! 40 Künstler!
Besonders hervorzuheben:
Die fliegenden Menschen.
Clown Dolly, Tierkassie.
Lebende Photographien.
Dazu um 6 1/2 Uhr Der
größte Schlager der Saison:
Zubermann Henjmel.
Berliner Volkstheater mit Gesangs-
Zubermann Henjmel, Direktor
Wilhelm Fiedel, Vize, seine
Tochter: Helene Boh.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonn- u. 6 Uhr.
Billet-Dopp. vorn v. 11-1 Uhr.
Sonnabend, den 15. April:
Benefiz für den Kapellmeister
Alfred Sommerfeldt.

Concerthaus

Leipzigerstr. No. 48.
Täglich: Hoffmann's
Quartett-Humoristen
Großartigste Programm,
dazu neuer die vorzügl. Stücke
Die letzte Fährte
und Italiano Beroli.
Die letzte Vorstellung im
Concerthaus vor Abbruch
deselben findet statt am
Sonntag, den 23. April.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger
Neues Elite-Programm.
Mehrf.
Wieros, Britton,
Siedl, Krone,
Köhl, Schuder
und Schrader.)
Britton als
Pantzen-Schulze
der Ziels vom Regiment.
Anfang präc. 8 Uhr.
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.
Numerierter Balkon 75 Pf., Balkon-
Loge 1 Mk., Orchester-Loge 1.50 Mk.
Freiwillige 2 Mk. Tageskasse 11-1.
Die Plätze zu den nummerierten
Sitzen sind seit 8 Tage lang vor-
her zu haben.

Mährs Theater

Crancin-Strasse 24.
Täglich:
Der Alingelunge von Bolle.
Lebensbild
in 2 Akten von Paul Wolfgang.
Eine alltägliche Geschichte.
Bolle in 1 Akt von S. Seand.
Anfang 8 Uhr. - Sonntags 6 Uhr.
Wochentags haben Bons Günstigkeit.

Victoria-Brauerei

Schloßstrasse 111/112.
Jeden Sonntag, Montag u. Freitag
**Humoristische Soiree der
Norddeutschen Sänger**
(Fährmann,
Horst, Walde).
Anfang:
wochentags
präc. 8 Uhr,
sonntags
7 Uhr.
Entree 50 Pf.

Circus Rens-Riesen-Tunnel.

Direktion: J. N. Hart.
Täglich:
**Konzert- und Spezialitäten-
Vorstellung.**
Kunststücken von Künstlern 1. Ranges.
Jeden Sonnabend und Sonntag
nach der Vorstellung
Tanztranchen.

Circus Busch

Sonnabend, den 8. April 1899:
Parade-Gala-Vorstellung.
Janz Benefiz für Herrin Burkhardt-
Footitt und Madame Maria Doré.
PERSIEN.
Am Sonntag, den 9. April 1899,
nachmittags 4 Uhr:
Wohlthätigkeits-Vorstellung
zum Besten der ostafrikanischen
Gesellschaft zur Linderung der
Hungersnot in Deutsch-Ostafrika.
Abends 7 1/2 Uhr: **Persien.**
Am 12. April:
**Unwiderstehlich Abschieds-
Vorstellung.**

Gesellschaftshaus

Zwinnmünderstr. 42.
Halle und Garten empfehle unter
konstanten Bedingungen zu Günstig-
keiten; einige Sonnabende sind noch
frei! Jeden Sonntag: Ball
und Theater-Vorstellung.
Empfehle mein vorzüglich gepfelegtes
Weiß- u. Baurisch-Bier. Alter
Nordhäuser wird auf Lager. Un-
gemeiner Aufenthalt i. d. Proletariat.
Schillingstr. 30.
E. Koepnick, Magasinstr.-Ecke.

Strand-Restaurant

Wangelsee
zwischen Müggelsee und Tegel-
see. Wunderbar schön von der Natur
begabt. Tausend mit Porquet-
Tischboden. 3 Regeldamen. Gr.
Galle. 2000 Personen fassend. Empf.
der Vereinen, Fabriken, Gesell-
schaften zum Sommer-Ausflug.
A. Degebrodt, Schloßstr.

Cöpenick.

Empf. mein
Baurisch-Bier.
4420*
Grünauer und
Rudowerstr.-Ecke.
Empfehle meine drei Restaurants:
Hübezahl, am Müggelsee,
Tegelsee, Müggelsee,
Marionett, a. d. Dahme,
zwischen Grünau und Friedrichshagen,
bei Fußpartien über die Müggel-
see. 6649*

C. Strelchhan,

Besitzer des Kaiserhof's Köpenick.
Restaurant Linden-Garten.
Köpenick, Grünauerstr. 7.
Gr. Saal. Kaffeehaus. Frühstüch.
Wittig- und Abendisch. C. Seidel.

M. Schulmeister

Begründung des Geschäfts 1878.
en gros en detail (14350*)
Dresdenerstrasse 4, am Rottbuser Thor.
Frühjahrs- und Sommer-Paletots von 13,50 M. an
Jackett-Anzüge von 15,— M. an
Rack-Anzüge von 23,— M. an
Radsfahrer-Anzüge von 11,— M. an
Jünglings-Anzüge von 12,— M. an
Knaben-Anzüge zu außergewöhnlich billigen Preisen.
Bestellungen nach Maß von englischen, französischen und deutschen Stoffen
werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut u. billig ausgeführt.
Streng reelle Bedienung.

Samariter + Kurjus

für Arbeiter und Arbeiterinnen.
Montag, den 10. April, abds. 8 Uhr, Arminhallen, Kommandantenstr. 20:
Vortrag des Herrn Dr. Weyl über: „Die Heilkraft des Wassers“.
Da der Kurjus vom Winter-Holdjahr sein Ende erreicht hat, werden
sehr zum Sommerkurjus neue Mitglieder aufgenommen. Näheres ist und
überhaupt als Wohl willkommen. (156/7) Der Vorstand.

Elysium,

Landsberger Allee No. 40-41.
Der 1. Mal, 1. Wochentag früh und Sonnabende zu Sommerfesten
sind noch unter constanten Bedingungen zu vergeben.

Stralau. Wwe. Schonert. Stralau.

Restaurant „Neu-Seeland“
Empfehle meinen 1000 Personen fassenden Saal mit großer
Theaterbühne zu Versammlungen und Gesellschaften unter den
günstigsten Bedingungen. 14029*

Wo? beim alten Freund.

ist der schönste Ort für Herrenpartien und Aus-
flüge? Auf der Insel Mühlseewerder
Achtung für Ausflügler! Schöner schattiger Garten
und Tausend für Sonn-
abende und Sonntage noch frei. Den Vereinen bestens empfohlen. Kaffee-
tische in Adlershof bei Berlin, Bismarck-Strasse 16, Paul Schmauser.

Achtung! Grünau. Achtung!

Da mir seitens des Herrn Kurvorstehers v. Dopen jede Tanz-
erlaubnis verweigert wird, so bitte ich die geehrten Vereine und die
Wenigen Berlins, mich auch diesen Sommer durch zahlreichen Besuch zu
unterstützen. Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.
G. Lindenhayn, Grünau.

Gewerkschaften u. Vereine

empfehle zu Partien u. Ausflügen meine Salons
Dampfer in jeder Zahl und Größe. 6500*
Konstante Bedingungen.
L. Kubat, Stralau, Tel. Amt Stralau Nr. 29.
Nachf.: **Johann Schulze, Berlin,**
Häckerstraße 17, Telefon-Amt I Nr. 9869.

Herren- u. Konfirmandenhüte, alle Farben,

mit neue moderne Sachen, 15655*
Prima Qualität 1.50 und 2.—
Die besten Arbeitshüte immer 85 Pf.
früher 1 Mark 4 u. 5.
Hutfabrik-Comptoir jetzt Kaiserstrasse 25 A.

Halb und Halb

Mampe mit Pomeranzen
kostet **1 Mark 25.**

J. Brünn,

(Bahnhof Börse) Hackescher Markt 4
Nach beachteter Inventur gelangen größte Lagerbestände
meiner
Teppiche! Gardinen!
Steppdecken! Portieren!
Fertige Wäsche!
zu sehr billigen Preisen zum
14110*

Jede Uhr

reparieren und reinigen
kostet bei mir unter
Garantie 6 Mark 110 Pf.
mit 1 Mark 50 Pf.
außer Bruch, keine Reparaturen
möglich. Große Lager neuer und
gebrauchter Taschenuhren, Regis-
toren und Wecker, alle Arten
Retten, sowie Brillen u. Pinocenz.
* **Carl Lux, Uhrmacher,**
35 Chaussee-Strasse 35.

Hans Kayser

Görlitzer Bahnhof, Platz 6.
Billigste Bezugsquelle für
Press- u. Steinkohlen.
14000*

Fahrräder-Teilzahlung

direkt an der Fabrik
mäßige Anzahlung, cont. Teilzahlung,
1 Jahr schriftl. Garantie.
33. Cronenstr. 33. (14150*)

Arbeiter-Radfahrer-Verein

„Berlin“.
Sonntag, 9. April:
Tour nach
**Waltersdorfer
Schleuse.**
Abfahrt 1 1/2 Uhr: Schief. Brücke.

Beij- u. Baurisch-Bierlotal

Ein Vereinszimmer, 20-25 Personen
fassen, steht zur Verfüg. Achtungsvoll
Otto Petri, Schloßstr.
25285 Curbenerstr. 2.

Nonnenberg's Restaur.

Treptow, Parkstrasse.
Großer Saal. - Großer Garten.
Jeden Sonntag: Ball. 6538*
Empfehle mein Lokal zu Gesellschaften

Selten günstiger

Gardinenkauf
bei **Bruno Guther,**
aus Plauen i. Sachs. Geegründet 1869
80 Grüner Weg 80,
parterre. Eing. vom Flur.
(Kein Laden.)

Engl. Tüll-Gardinen

v. d. billigsten bis zu den elegantesten
Neueste Gewebe u. Muster
in Tüll, Tüllspachtel, Mull
mit Tüll und Mull-Gardinen
(auch Reste).
Jeder Käufer erhält ein
Jubiläum-Geschenk.
Gardinen-Muster zur Ansicht
portofrei. 974L*

P. A. Wolff,

Uhr- u. Chronometermacher,
Spandauer Brücke 4/5,
Reparaturen-
preise
für Uhren unter
2jähriger Garantie
denjenigen
einer Uhr
mit 1.50,
neue Feder
mit 1.—
Silberblatt
mit 1.25,
Glas 20 Pf.
sowie jeder
einzelne
Bauteil
mit 1.50.
Reparatur
an Gold-
und Silber-
waren zu
den
billigsten
Preisen.

Möbel,

bar und Teilzahlung,
billigst Franz-
furter Allee 110 I,
Ecke Königbergerstr.

Jede Uhr

reparieren und reinigen
kostet bei mir unter
Garantie 6 Mark 110 Pf.
mit 1 Mark 50 Pf.
außer Bruch, keine Reparaturen
möglich. Große Lager neuer und
gebrauchter Taschenuhren, Regis-
toren und Wecker, alle Arten
Retten, sowie Brillen u. Pinocenz.
* **Carl Lux, Uhrmacher,**
35 Chaussee-Strasse 35.

Hans Kayser

Görlitzer Bahnhof, Platz 6.
Billigste Bezugsquelle für
Press- u. Steinkohlen.
14000*

Fahrräder-Teilzahlung

direkt an der Fabrik
mäßige Anzahlung, cont. Teilzahlung,
1 Jahr schriftl. Garantie.
33. Cronenstr. 33. (14150*)

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Bekannten die
traurige Nachricht, daß mein lieber
Vater, der Maurer 26318
Heinrich Klose
nach kurzem Leiden verschieden ist.
Die Beerdigung findet Sonntag
1 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des
Thomasstr. Hofes, statt.
Die trauernde Witwe: Sophie Klose.

**Kranken-Unterstützungsbund
der Schneider.**
Unser Mitglied
A. Lange
ist am 5. d. M. verstorben. Die Be-
erdigung findet am Sonntag nach-
mittag um 3 Uhr auf dem Neuen
Weihensee Kirchhof in Weihensee statt.
166/10 Die Ortsverwaltung.

**Zentral-Kranken- u. Sterbe-
Kasse d. deutsch. Wagenbauer.**
Hiermit zur Nachricht, daß unser
Mitglied
Hermann Schultze
am 5. d. M. verstorben ist.
Die Beerdigung findet Sonntag
nachmittag 3 1/2 Uhr von der Leichen-
halle des Dankesstr. Hofes aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung
Berlin II.

**Socialdemokratischer Wahl-
verein für Teltow-Beeskow-
Charlottenburg.**
Den Mitgliedern hiermit zur Kennt-
nis, daß unser Mitglied, der Rechnungsrat
Arthur Hamburger
plötzlich durch den Tod entziffen
worden ist. 250/4
Die Beerdigung findet heute
Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr von der
Leichenhalle des Neuen Weihen-
see Kirchhofes am Fürstendammweg
aus statt.
Der Vorstand.

Dankagung.
Für die vielen Beweise der Teil-
nahme und für die Kranzspenden d.
„Verbandes deutscher Gastwirts-
geschäften sowie des „Schwarze
Eule“ bei der Beerdigung meines
Vaters **Rud. Dittlerich** am
5. d. Mts. und für die trostreichen
Worte des Genossen **Meurer** an der
Grube sage ich hiermit meinen innig-
sten Dank. 250/5
Witwe Pauline Dittlerich.

**Orts-Krankenkasse der
Buchbinder**
und verwandten Gewerbe.
Montag, 17. April, abends 8 Uhr,
im Feuersteins Salon,
Alte Jakobstraße 75:
Ordentliche

General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Berichterstattung über die Tätigkeit
des Vorstandes pro 1898.
2. Wahl von 5 Bureau-Mitgliedern.
3. Wahl von 5 Vorstandsmitgliedern
(4 Arbeitgeber und 1 Arbeitnehmer).
4. Revision der Statuten. 5. Ber-
richt über die Tätigkeit des Vorstandes.
6. Verschiedenes. 24/1
Die Versammlung wird pünktlich
eröffnet.
Der Vorstand.
Berat. Hof, Eugen Bräuner,
Schriftführer.

**Ordnentliche
General-Versammlung
der Orts-Krankenkasse der
Stellmacher.**
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom Jahre 1898
2. Antrag des Vorstandes: a) Aus-
zahlung der Krankenkassenbeiträge vom
Tage der Erkrankung an. b) Erhöhung
des Beitragssatzes. c) Verlängerung
der Zeit der Krankenkassenbeiträge.
3. Ergänzungswahl des Vorstandes.
4. Verschiedene Kasseeingaben.
25/26 Der Vorstand.
J. A. K. Damske, Vorsitzender.

**Ordnentliche
General-Versammlung
der Orts-Krankenkasse der
Hutmacher,
Hutfabrikanten
u. Filzwaren-Verfertiger
zu Berlin** 28186
am Sonntag, den 16. April 1899,
vormittags 10 Uhr, im Restaurant
des Herrn **H. Feind**, Weinstr. 11,
wogu die Delegierten hiermit ein-
geladen werden.
Tagesordnung:
a) In getrennter Versammlung:
1. Ergänzungswahl zweier Vorstands-
mitglieder der Arbeitnehmer.
b) In gemeinschaftlicher Versammlung:
2. Bericht der Kasseeinnehmer pro
1898 und Antrag auf Erteilung der
Decharge des Vorstandes und des
Vorstandes. 3. Verschiedenes.
c) Eintritt ist nur gegen
Vorzeigung der Vollkarte ge-
stattet.
Der Vorstand.
(gez.) Karl Kummert, Vorsitzender,
Pantow, Kaiser Friedrichstr. 15.

Die dem Heinelein Ella Mühl
zugefügte Beleidigung bedauere ich
und erkläre hierdurch dieselbe für
durchaus ehrenhaft. 25215
Jahn, Gr. Frankfurterstr. 59.

Achtung! 2. Wahlkreis. Achtung!
Am Montag, den 10. April, abends 8 Uhr:
4 Volks-Versammlungen
in folgenden Lokalen:
1. Friedrichstädtisches Kasino, Friedrichstraße 236.
Referent Reichstags-Abgeordneter **Wih. Liebknecht**.
2. Bickels Festsäle, Spandauerstr. 52/53. Referent Reichstags-
Abgeordneter **Arthur Stadthagen**.
3. Bock-Brauerei, Tempelhofer Berg. Referent Reichstags-
Abgeordneter **August Bebel**.
4. Zuhkes 'Salon', Dönhofsstr. 13. Referent Reichstags-
Abgeordneter **Paul Singer**.
Tages-Ordnung in allen Versammlungen:
1. Die gegnerischen Parteien und die Reichstags-Wahl im
2. Wahlkreis. 2. Diskussion. 211/2
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Das Wahlkomitee.

Rixdorf.
Socialdemokr. Verein „Vorwärts“.
Dienstag, den 11. April, abds. 8 Uhr:
General-Versammlung
im Deutschen Wirtshaus „Klemke“,
Bergstraße Nr. 136/37.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung des Kassierers.
2. Bericht des Vorstandes und des Bibliothekars.
3. Abrechnung vom Märzvergnügen und der Urania-Vorstellung.
4. Statutenänderung.
5. Wahl des gesamten Vorstandes, der Revisoren und des Bibliothekars.
6. Vereinskassenangelegenheiten und Fragenfragen. 232/4
Mitgliedsbuch legitimiert.
Zahlreiches Besuch erwartet
Der Vorstand.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
(Verwaltungsstelle Berlin.)
Sonntag, den 9. April, vormittags 11 1/2 Uhr, im großen
Saale der Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/49:
Versammlung
sämtlicher Arbeiter und Arbeiterinnen der „Union“,
Elektricitäts-Gesellschaft Martinidenfelde.
Tages-Ordnung:
Die augenblickliche Lage in der Metall-Industrie und die
Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der „Union“, Elektricitäts-
Gesellschaft. Referent **Friedrich Schlegel**.
Kollegen! In Anbetracht der überaus wichtigen Tages-Ordnung ist es
Ehrensache jedes Einzelnen, pünktlich zu erscheinen. 111/11
Die Ortsverwaltung.

Verband der Sattler und Tapezierer.
(Zentrale Berlin V.)
Sonntag, den 9. April, abends 9 Uhr, im „Englischen
Garten“, Alexanderstraße Nr. 27c:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht über die Tätigkeit des Arbeitnachweises. 2. Annahme des
selben. 3. Verschiedenes. 156/9
Der Vorstand.

**Verband der in Buchbindereien,
der Papier- und Leder-Galanteriewaren-Industrie
beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.**
Zahlstelle Berlin.
Dienstag, den 11. April 1899, abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
im Feuersteins oberem Saal, Alte Jakobstr. 75.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Reichstags- Abgeordneten
Wolfgang Heine über: „Das Codes-Arteit!“
2. Stellungnahme zum Gewerkschaftsgesetz und Wahl eines
Delegierten. 3. Durchberatung der Geschäftsordnung. 4. Verbands-
angelegenheiten und Verschiedenes.
Wegen der überaus wichtigen Tagesordnung ersuchen wir alle Mit-
glieder, vollzählig und pünktlich zu erscheinen.
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet
24/2 Die Ortsverwaltung.

Feier des XII. Stiftungsfestes
Vokal- und Instrumental-Konzert
Neues Berliner Konzert-Orchester, Dirigent: Herr **Tietz**,
unter Mitwirkung des
Buchbinder Männer-Chores
Dirigent: Herr **Bombelke**.
Festrede, gehalten vom Reichstags-
Abgeordneten **Wilhelm Liebknecht**.
Nach dem Konzert: Großer Ball in beiden Sälen.
Im großen Festsaal: Ballmusik von 2 Orchestern.
Kassiererpause findet nicht statt.
Billets für Mitglieder à 30 Pf. und für Gäste à 50 Pf. inkl. Tanz-
und heute noch in sämtlichen Zahlstellen, am Dienstag in der Versammlungs-
halle sowie bis Sonntag, den 15. d. Mts., im Bureau, Kneipstr. 60, zu
haben. Am Festabend bleiben sämtliche Zahlstellen geschlossen:
ebenso ist das Bureau nur bis 8 Uhr abends geöffnet.
für Hüte auszugeben, man
erhält auch zu billigen
Preisen gute Sachen, wenn
man die richtige Bezugs-
quelle kennt. 109/20
Knabenfilzhüte v. 0,75 an
Herrenfilzhüte 1,25
Cylinderhüte 4,-
Haarfilzhüte 4,80
Einsegnungsbüchle v. 1 Pf. an
Chapeaux claque v. 6,-
9,- u. 10,- Pf.
im Einzelverkauf bei
Arnold & Eggert,
Gut-Engros-Lager
Waldemarstr. 44, pr. rechts
Kein Laden.

**Unsinn
ist
Viel Geld**

Möbel auf Teilzahl. Oraniensstr. 131.
Konstante **H. & M. Lewent**. Beamten
Zahl. Bed. ohne Anzahl.

Buchdrucker!
Den Buchdruckern Berlins und außerhalb zur
Kenntnis, daß die Buchdruckerei von
G. Schenk, Hollmannstr. 9/10
wegen Beschränkung der Koalitionsfreiheit
und sonstiger Mißstände für Verbandsmitglieder
und tarifstrenge Gehilfen gesperrt ist.
J. A. Alb. Massini.

Achtung! Überträger. Achtung!
Montag, den 10. April d. J., abends 8 Uhr, in Wernau
Festsaal, Schwedterstraße 23/24:
Oeffentl. Versammlung
der Überträger Berlins und Umgegend.
Tages-Ordnung:
1. Die Hebung unserer wirtschaftlichen Lage und unsere diesjährige
Lohnfrage. Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht. 2. Dis-
kussion. 3. Verschiedenes. 30/6
Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen.
Die Lohnkommission. J. A. W. Noack.

Verband der Möbelpolierer.
Heute, abends 8 Uhr, bei Keller, Kopenstr. 29 (großer Saal):
General-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes, Kassierers usw. 2. Wahl. 3. Bericht über die
Statistik der Kontrollkarten. 4. Sollen die Fragebogen betreffend die Daus-
krankheiten usw. ausgegeben werden? 5. Wie stellen sich die Mitglieder zur
obligatorischen Einführung der „Einigkeit“? Referent Kollege **Reuter**.
6. Verschiedenes.
Um 7 Uhr ebenfalls: Vorstandssitzung, Abrechnung der Billets.
Montag, den 10. April, abends 8 1/2 Uhr, Brunnenstr. 150:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Die Lehrlingsfrage. Referent Kollege **Weber**. 2. Diskussion.
3. Verschiedenes. 145/19 Der Vorstand.

Den Droschkenkutschern Berlins zur Nachricht, daß wir für
Weihensee einen 25175
Berein der Droschkentutcher,
behufs Wahrung ihrer Interessen gegründet haben. Allen den Kollegen,
welchen an einer Besserung ihrer Lage gelegen ist und sich obigem Verein an-
schließen wollen, werden zu dem Montag, den 10. April, abends 8 1/2 Uhr,
bei **Loepfe („zur Flora“), Gustav Adolfsstr. 142, stattfindenden Ver-
sammlung** ergebenst eingeladen.
J. A.: Der Vorstand.

Achtung! Elektrotechnik!
Am 12. April beginnt in den geräumigen, mit elektrischem Bogenlicht
ausgestatteten Hörsaal und Zeichenkabinen ein neuer Abendkursus für Praktiker
zur Ausbildung von **Elektromontagern, Installateuren,
Maschinen- und Zeichnern. Vorkenntnisse nicht
nötig.** Dauer 6 Monate, monatlich 5 Pf.; weitere Ausgaben ausgeschlossen.
Besondere Zukunft für Herren aller Berufswege; leicht-
sachliche, verständliche und der Praxis angepaßte Lehrmethode, die
erste und älteste in Berlin; feinste Referenzen, vielfache An-
erkennung der Befugnisse meiner Spezialanstalt, welche einzig
und allein im Lande ist. Herren in 5 Monaten ohne Branchenkennntnis
zu den oben angegebenen Berufsständen mit Erfolg auszubilden.
Der Unterricht wird von 3 akademisch gebildeten und gegenwärtig erste
Stellungen in der Praxis einnehmenden Elektro-Ingenieuren erteilt.
Anmeldung baldigst bis abends 10 Uhr, sonntags bis 12 Uhr
mittags im Bureau 25045
G. Jacksons Elektrotechnik
Special-Lehranstalt für Elektrotechnik zur Ausbildung von Technikern.
Berlin SW., Alte Jakobstr. 24, nahe Oraniensstr. (Jakobshof).
NB. Man verlange Prospekte. Tel.-Amt IV, 2042. u. 2202.

Hüte, Schirme.
Gewähre den Genossen bei Vorzeigung dieser
Announce 5 Pf. 649/6
Otto Gerholdt,
2 Dresdenerstr. 2, Ecke Salfingerstraße.
Kinder-, Puppen-, Sport-, Kasten-, Leiter- u. Ziegenbock-
wagen, Kindertische, Kinderklappstühle, Krankenwagen,
auch leihweise für Erwachsene u. Kind., Triumpfstühle,
Reise- u. Paporkörbe, Blumentische, Korbwagen jeder
Art, Kinderbestellen. Größtes Lager Berlins.
Auf Kinderwagen gest. Teilzahlung. **A. W. Schulz**,
95 Brunnenstr. 95, vis-à-vis Humboldtthal, 3 Minuten
vom Bahnhof Gesundbrunnen. Fernspr. Amt III, 1767.
Musterbuch gratis und franco. 754L/6

Kein Laden!
Empfehle mein reichhaltiges
Lager in 6269/6
**Filz- und Seidenhüten,
Schirmen**
in den neuesten Façons und
Farben, äußerst billige Preise.
Richard Klose, Anklamstr. 41,
zweites Haus von der Brunnenstraße. Eingang vom Hausflur.
Bitte genau auf die Hausnummer zu achten.

Möbel und Polsterwaaren. Neße Arbeit.
Ganze Einrichtungen zu billigen Preisen. 11849/6
Franz Tutzauer, Brunnenstraße 152.
D. Wurzel & Co., Brangelstraße 17,
Ede Mantelstraße.
Wäsche ausschließlich eigenes Fabrikat. Spezialität: Arbeiter-Berufs-
kleidung: blau Röper-Joden Nr. 1,65, steigend je nach Größe um 10 Pf., blau
Röper-Hosen, in allen Größen, Nr. 1,65. Arbeiterhemden, Blusen, Wä-
sserlittel u. Monteurhemden. **D. Wurzel & Co., Brangelstr. 17.**
**Cylinder-Hüte
Chapeaux claque**
kauft man am billigsten direkt in der
Fabrik.
Weiche und Filzhüte in großer Auswahl zu
billigen Preisen. Ede Andreastraße.
Max Radtke, Blumenstr. 39,
(Kein Laden.)

**Orts-Krankenkasse
der Klempner.**
Am Sonntag, den 16. April d. J.,
vorm. 10 Uhr, Kneipstr. 16,
General-Versammlung
der Vertreter der
Kassenmitglieder und Arbeitgeber.
Tages-Ordnung:
1. Berichterstattung über die Tätigkeit des Vorstandes und
Bericht des Rechnungsschreibers und
Decharge-Erteilung. 2. Beschlußfassung
über Änderung des § 20 des
Statuts. 4. Verschiedenes. 25055
Der Vorstand.
Meine Vollmacht für Galz, Kalen-
u. Ohrenleiden - Alexanderstr. 38 -
ist seit 1. April auch Sonntag
(11-12 1/2 Uhr) geöffnet; wochentäglich
wie bisher 12 1/2 - 2 Uhr.
24915 **Dr. Grabower.**

Allen Freunden u. Bekannten emp-
fehle Weiss- u. Baischbier-Lokal.
J. Conrad, Marsillusstr. 8.
Vereinsz. u. Piano zu verg. 14292/6

Allerlei Anzeigen.

GENERAL-Fundbureau.
Charlottenstr. 93.
Raucher Yellow-Kid.

Galbrenner.
Modell 99, allerfeinstes deutsches Fa-
berkat, muß ich spontillig verkaufen.
Garantiefrei nach 10 Monate. Lange-
straße 34, 1. Tr. links. 55/5
Schankgeschäft nachweisl. gutgeh.
Wiese 1300 Pf.
Billard, Klavier, Automat, Ueberr.
nur 800 R. erfordert. Gefrag. Comptoir
Holzmarktstr. 40 part. 9-7. Sonnt. 10-12.

Cigarrengeschäft 7 Jahre nachw.
mit einem Ueber-
schuß von 2000 R. jährlich betrieben.
Wiese mit Wohnung 550 R., wegen
Uebernahme eines Restaurants 800 R.
verfüglich. Näheres Comptoir Holz-
marktstr. 40 part. 9-7. Sonnt. 10-12.

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Silberdrucker
für Rund. Coal verlangt 25126
Kdaberstr. 40.

Grundierer
für Maschine gesucht 14309/6
Zinke Nachf., Magdeburg-Süd.
Goldleisten-Fabrik.

Maschinenmeister
25255 und
Erster Umbrucker,
nur beste Kräfte bei hohem Lohn von
einer Apparatfabrik für Chromolitho-
graphie verlangt. Adressen bitten sub
Chiffre Z. 10 bekannt zu geben.

Buchbinder
zur Aufnahme verlangt 25088
Fellehenfeld, Salfingerstr. 19.

Klavierpieler für Sonntag u.
Sonntag. **W. E. D. u. Weg 97.** 25235
Tapezierer, Kleber verlangt
Bäcker, Salfingerstr. 54a.

Tüchtige Losverkäufer
für sofort gegen hohe Provision gesucht.
Offert. unter No. 7242 an die Exped.
der Landeszeitung, Neustrotzstr.

Malergehilfen
verlangt Salfingerstr. 54a.

Junge tüchtige Gürtler
für chirurg. Instr. nach auswärts ge-
sucht. Offert. mit Angabe bisheriger
Thätigkeit unter U. 10 dieses Bl.

6 tüchtige Korbmacher auf Gescho-
börbe verlangt 25015
Witwe Aug. Bärwalde, Spandau.

Einem Weibier-Kutscher, einen
Reisenden zum Besuch der Witwe
verlangt 14242/6
Weibierbrauerei Diefenstr. 43.

Wasserlehrling 25445
verlangt E. Schwesler, Belfstr. 5.

Goldfädeninnen auf Kater u. Kl-
geigen verlangt Works, Moritzstr. 5.

Bergolber (Wädgen u. Belegerin)
verlangt E. Joers, Salfingerstr. 28.

Arbeiterinnen für Herren- u.
Kneipenhemden finden dauernde Be-
schäftigung gegen Vorzeigung von
Probearbeit. **Adersheim u. Gott-
schalk, Köpckestr. 50, III.** 25165

Kran zum Waschen verlangen
sollort 25135
Sandmann u. Co., Plan-Ufer 92 b.

Gebilte Belegerinnen verl. 25196
Deutsch u. Puchmann, Salfingerstr. 4.

Tüchtige Arbeiterinnen auf Wirt-
schafts- und Kinderkleidern
verlangt Alfred Joseph,
25035 Kommandantenstr. 59, 2 Tr.

Schirmmädchen
bei garantiertem Wochenverdienst von
20-25 Pf. verlangt 25025
Schirmfabrik Wallstr. 11.
Anlegerin
verlangt Buchdrucker 25075
Fellehenfeld, Salfingerstr. 19.
Eine Unterrodarbeiterin, Leh-
mädchen, verlangt Pohl, Breslau-
straße 14, II. 25009
Schneiderinnen, gebilte, sofort
verlangt Kietler, Lindenstr. 112
bei Harang. 25245